Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 18. 05. 2012

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006

A. Problem und Ziel

Der Markenrechtsvertrag (Trademark Law Treaty – TLT) der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) vom 27. Oktober 1994 (BGBI. 2002 II S. 174, 175) ist in Deutschland am 16. Oktober 2004 in Kraft getreten (BGBI. 2004 II S. 1407). Er dient der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verfahren zur Anmeldung einer Marke in den einzelnen Mitgliedstaaten. Hierdurch soll es Anmeldern erleichtert werden, in einem für sie fremden Rechtssystem Markenschutz zu erlangen.

Der Markenrechtsvertrag von Singapur (Singapore Treaty on the Law of Trademarks – STLT) der WIPO vom 27. März 2006 basiert auf dem TLT und entwickelt diesen fort. Insbesondere hat er einen breiteren Anwendungsbereich und enthält weitere erhebliche Vereinfachungen. Die Diplomatische Konferenz zur Annahme des STLT, zu dem auch eine Ausführungsordnung gehört, hat eine Ergänzende Entschließung zum STLT und zu seiner Ausführungsordnung gefasst. Der STLT ist nach Ratifizierung durch zehn Mitgliedstaaten am 16. März 2009 in Kraft getreten. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag bisher weder ratifiziert noch ist sie ihm beigetreten.

B. Lösung

Zustimmung zu dem Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006 einschließlich seiner Ausführungsordnung sowie der Ergänzenden Entschließung der Diplomatischen Konferenz zum Markenrechtsvertrag von Singapur und zu seiner Ausführungsordnung.

	lter		

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, Mai 2012

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 896. Sitzung am 11. Mai 2012 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Carl llu

Entwurf

Gesetz zu dem Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006 einschließlich der Ausführungsordnung zum Markenrechtsvertrag von Singapur sowie der Ergänzenden Entschließung der Diplomatischen Konferenz zum Markenrechtsvertrag von Singapur und zu seiner Ausführungsordnung wird zugestimmt. Der Vertrag einschließlich der Ausführungsordnung sowie die Ergänzende Entschließung werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, Änderungen der Ausführungsordnung einschließlich der Muster internationaler Formblätter nach Artikel 23 Absatz 2 Ziffer ii in Verbindung mit Artikel 22 Absatz 2 und 3 des Vertrags durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 28 Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Markenrechtsvertrag von Singapur findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Gemäß Artikel 23 Absatz 1 des Vertrags haben die Vertragsparteien eine Versammlung. Diese Versammlung hat unter anderem die Befugnis, die Ausführungsordnung einschließlich der Muster internationaler Formblätter zu ändern (Artikel 23 Absatz 2 Ziffer ii des Vertrags). Artikel 22 Absatz 2 und 3 regelt die Stimmerfordernisse für solche Änderungen.

Änderungen der Ausführungsordnungen zu internationalen Verträgen kommen häufig vor. In Artikel 2 wird daher das Bundesministerium der Justiz ermächtigt, diese Änderungen durch den Erlass von Rechtsverordnungen nachzuvollziehen. Andernfalls wäre bei jeder Änderung der Ausführungsordnung ein erneutes Vertragsgesetz erforderlich.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem der Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben. Nach Artikel 28 Absatz 3 des Vertrags wird die Bundesrepublik Deutschland an den Vertrag gebunden, sobald drei Monate nach dem Tag vergangen sind, an dem sie ihre Beitrittsurkunde hinterlegt hat.

Schlussbemerkung

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar

Das deutsche Recht befindet sich bereits vollständig im Einklang mit den Regeln des Singapurer Markenrechtsvertrags. Es muss daher nicht infolge des Beitritts zu diesem Vertrag geändert werden. Aus diesem Grund entsteht auch kein Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung.

Für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden entstehen keine Kosten. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Kosten für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, entstehen nicht.

Markenrechtsvertrag von Singapur

Singapore Treaty on the Law of Trademarks

(Übersetzung)

List of Articles

Verzeichnis der Artikel

	List of Articles			Verzeichnis der Artikel
Article 1:	Abbreviated Expressions	Artikel	1:	Kurzbezeichnungen
Article 2:	Marks to Which the Treaty Applies	Artikel	2:	Marken, auf die der Vertrag Anwendung findet
Article 3:	Application	Artikel	3:	Anmeldung
Article 4:	Representation; Address for Service	Artikel	4:	Vertretung; Zustellungsanschrift
Article 5:	Filing Date	Artikel	5:	Anmeldedatum
Article 6:	Single Registration for Goods and/or Services in Several Classes	Artikel	6:	Eine einzige Eintragung für Waren und/oder Dienstleistungen in mehreren Klassen
Article 7:	Division of Application and Registration	Artikel	7:	Teilung der Anmeldung und der Eintragung
Article 8:	Communications	Artikel	8:	Nachrichten
Article 9:	Classification of Goods and/or Services	Artikel	9:	Klassifikation von Waren und/oder Dienstleistungen
Article 10:	Changes in Names or Addresses	Artikel 1	0:	Änderungen des Namens oder der Anschrift
Article 11:	Change in Ownership	Artikel 1	1:	Änderung der Inhaberschaft
Article 12:	Correction of a Mistake	Artikel 1	2:	Berichtigung eines Fehlers
Article 13:	Duration and Renewal of Registration	Artikel 1	3:	Laufzeit und Erneuerung der Eintragung
Article 14:	Relief Measures in Case of Failure to Comply with Time Limits	Artikel 1	4:	Abhilfe bei Fristversäumnissen
Article 15:	Obligation to Comply with the Paris Convention	Artikel 1	5:	Verpflichtung zur Einhaltung der Pariser Verbandsübereinkunft
Article 16:	Service Marks	Artikel 1	6:	Dienstleistungsmarken
Article 17:	Request for Recordal of a License	Artikel 1	7:	Antrag auf Eintragung einer Lizenz
Article 18:	Request for Amendment or Cancellation of the Recordal of a License	Artikel 1	8:	Antrag auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz
Article 19:	Effects of the Non-Recordal of a License	Artikel 1	9:	Wirkungen der Nichteintragung einer Lizenz
Article 20:	Indication of the License	Artikel 2	20:	Angabe der Lizenz
Article 21:	Observations in Case of Intended Refusal	Artikel 2	21:	Stellungnahme im Fall einer beabsichtigten Zurückweisung
Article 22:	Regulations	Artikel 2	2:	Ausführungsordnung
Article 23:	Assembly	Artikel 2	23:	Versammlung
Article 24:	International Bureau	Artikel 2	24:	Internationales Büro
Article 25:	Revision or Amendment	Artikel 2	25:	Revision oder Änderung
Article 26:	Becoming Party to the Treaty			Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden
Article 27:	Application of the TLT 1994 and This Treaty	Artikel 2	27:	Anwendung des TLT 1994 und dieses Vertrags
Article 28:	Entry into Force; Effective Date of Ratifications and Accessions	Artikel 2	28:	Inkrafttreten; Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts
Article 29:	Reservations	Artikel 2	9:	Vorbehalte
Article 30:	Denunciation of the Treaty	Artikel 3	80:	Kündigung des Vertrags
Article 31:	Languages of the Treaty; Signature	Artikel 3	31:	Vertragssprachen; Unterzeichnung
Article 32:	Depositary	Artikel 3	32:	Verwahrer

Article 1

Abbreviated Expressions

For the purposes of this Treaty, unless expressly stated otherwise:

- "Office" means the agency entrusted by a Contracting Party with the registration of marks;
- (ii) "registration" means the registration of a mark by an Office;
- (iii) "application" means an application for registration;
- (iv) "communication" means any application, or any request, declaration, correspondence or other information relating to an application or a registration, which is filed with the Office:
- (v) references to a "person" shall be construed as references to both a natural person and a legal entity;
- (vi) "holder" means the person whom the register of marks shows as the holder of the registration;
- (vii) "register of marks" means the collection of data maintained by an Office, which includes the contents of all registrations and all data recorded in respect of all registrations, irrespective of the medium in which such data are stored:
- (viii) "procedure before the Office" means any procedure in proceedings before the Office with respect to an application or a registration;
- (ix) "Paris Convention" means the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, signed at Paris on March 20, 1883, as revised and amended;
- (x) "Nice Classification" means the classification established by the Nice Agreement Concerning the International Classification of Goods and Services for the Purposes of the Registration of Marks, signed at Nice on June 15, 1957, as revised and amended:
- (xi) "license" means a license for the use of a mark under the law of a Contracting Party;
- (xii) "licensee" means the person to whom a license has been granted;
- (xiii) "Contracting Party" means any State or intergovernmental organization party to this Treaty;
- (xiv) "Diplomatic Conference" means the convocation of Contracting Parties for the purpose of revising or amending the Treatv:
- (xv) "Assembly" means the Assembly referred to in Article 23;
- (xvi) references to an "instrument of ratification" shall be construed as including references to instruments of acceptance and approval;
- (xvii) "Organization" means the World Intellectual Property Organization;
- (xviii) "International Bureau" means the International Bureau of the Organization;
- (xix) "Director General" means the Director General of the Organization;
- (xx) "Regulations" means the Regulations under this Treaty that are referred to in Article 22:
- (xxi) references to an "Article" or to a "paragraph", "subparagraph" or "item" of an Article shall be construed as including references to the corresponding rule(s) under the Regulations;

Artikel 1

Kurzbezeichnungen

Im Sinne dieses Vertrags und sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist,

- i) bedeutet "Amt" die von einer Vertragspartei mit der Eintragung von Marken beauftragte Behörde;
- bedeutet "Eintragung" die Eintragung einer Marke durch ein Amt;
- iii) bedeutet "Anmeldung" eine Anmeldung zur Eintragung;
- iv) bedeutet "Nachricht" eine Anmeldung oder einen Antrag, eine Erklärung, eine Zuschrift oder eine sonstige Information in Bezug auf eine Anmeldung oder Eintragung, die oder der beim Amt eingereicht oder gestellt beziehungsweise an das Amt übermittelt wird;
- v) ist eine Bezugnahme auf eine "Person" als Bezugnahme sowohl auf eine natürliche als auch auf eine juristische Person zu verstehen:
- vi) bedeutet "Inhaber" die Person, die im Markenregister als Inhaber der Eintragung ausgewiesen ist;
- vii) bedeutet "Markenregister" die von einem Amt geführte Sammlung von Daten, die den Inhalt aller Eintragungen sowie alle zu diesen Eintragungen aufgenommenen Daten enthält, und zwar unabhängig von dem Träger, auf dem diese Daten gespeichert sind;
- viii) bedeutet "Verfahren vor dem Amt" Verfahrensschritte in Verfahren vor dem Amt in Bezug auf eine Anmeldung oder Eintragung;
- ix) bedeutet "Pariser Verbandsübereinkunft" die am 20. März 1883 in Paris unterzeichnete Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums in ihrer revidierten und geänderten Fassung;
- x) bedeutet "Nizzaer Klassifikation" die durch das am 15. Juni 1957 in Nizza unterzeichnete Abkommen von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken in seiner revidierten und geänderten Fassung geschaffene Klassifikation;
- xi) bedeutet "Lizenz" eine Lizenz für die Benutzung einer Marke nach dem Recht einer Vertragspartei;
- xii) bedeutet "Lizenznehmer" die Person, der eine Lizenz erteilt worden ist;
- xiii) bedeutet "Vertragspartei" jeden Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation, die Vertragspartei dieses Vertrags sind:
- xiv) bedeutet "diplomatische Konferenz" die Einberufung der Vertragsparteien zum Zweck der Revision oder Änderung dieses Vertrags;
- xv) bedeutet "Versammlung" die in Artikel 23 genannte Versammlung;
- xvi) ist eine Bezugnahme auf eine "Ratifikationsurkunde" auch als Bezugnahme auf Annahme- und Genehmigungsurkunden zu verstehen;
- xvii) bedeutet "Organisation" die Weltorganisation für geistiges Eigentum;
- vviii) bedeutet "Internationales Büro" das Internationale Büro der Organisation;
- xix) bedeutet "Generaldirektor" den Generaldirektor der Organisation:
- xx) bedeutet "Ausführungsordnung" die in Artikel 22 genannte Ausführungsordnung dieses Vertrags;
- xxi) ist eine Bezugnahme auf einen "Artikel" oder auf einen "Absatz", einen "Buchstaben" oder eine "Ziffer" eines Artikels auch als Bezugnahme auf die entsprechende(n) Regel(n) der Ausführungsordnung zu verstehen;

(xxii) "TLT 1994" means the Trademark Law Treaty done at Geneva on October 27, 1994.

Article 2

Marks to Which the Treaty Applies

(1) [Nature of Marks]

Any Contracting Party shall apply this Treaty to marks consisting of signs that can be registered as marks under its law.

- (2) [Kinds of Marks]
- (a) This Treaty shall apply to marks relating to goods (trademarks) or services (service marks) or both goods and services.
- (b) This Treaty shall not apply to collective marks, certification marks and guarantee marks.

Article 3

Application

- (1) [Indications or Elements Contained in or Accompanying an Application; Fee]
- (a) Any Contracting Party may require that an application contain some or all of the following indications or elements:
 - (i) a request for registration;
 - (ii) the name and address of the applicant;
 - (iii) the name of a State of which the applicant is a national if he/she is the national of any State, the name of a State in which the applicant has his/her domicile, if any, and the name of a State in which the applicant has a real and effective industrial or commercial establishment, if any;
 - (iv) where the applicant is a legal entity, the legal nature of that legal entity and the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the said legal entity has been organized;
 - (v) where the applicant has a representative, the name and address of that representative;
 - (vi) where an address for service is required under Article 4(2)(b), such address;
 - (vii) where the applicant wishes to take advantage of the priority of an earlier application, a declaration claiming the priority of that earlier application, together with indications and evidence in support of the declaration of priority that may be required pursuant to Article 4 of the Paris Convention;
 - (viii) where the applicant wishes to take advantage of any protection resulting from the display of goods and/or services in an exhibition, a declaration to that effect, together with indications in support of that declaration, as required by the law of the Contracting Party;
 - (ix) at least one representation of the mark, as prescribed in the Regulations;
 - (x) where applicable, a statement, as prescribed in the Regulations, indicating the type of mark as well as any specific requirements applicable to that type of mark;
 - (xi) where applicable, a statement, as prescribed in the Regulations, indicating that the applicant wishes that the mark be registered and published in the standard characters used by the Office;

xxii) bedeutet "TLT 1994" den am 27. Oktober 1994 in Genf beschlossenen Markenrechtsvertrag.

Artikel 2

Marken, auf die der Vertrag Anwendung findet

(1) [Wesen der Marken]

Jede Vertragspartei wendet diesen Vertrag auf Marken an, die aus Zeichen bestehen, die nach ihrem Recht als Marken eintragbar sind.

- (2) [Arten von Marken]
- Dieser Vertrag findet auf Marken für Waren (Warenmarken) oder für Dienstleistungen (Dienstleistungsmarken) oder sowohl für Waren als auch für Dienstleistungen Anwendung.
- Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf Kollektivmarken, Gewährleistungsmarken und Garantiemarken.

Artikel 3

Anmeldung

- (1) [Angaben oder Bestandteile, die in der Anmeldung enthalten oder dieser beigefügt sind; Gebühr]
- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass eine Anmeldung alle folgenden Angaben oder Bestandteile oder einen Teil davon enthält:
 - i) einen Antrag auf Eintragung;
 - ii) den Namen und die Anschrift des Anmelders;
 - iii) den Namen eines Staates, dessen Angehöriger der Anmelder ist, falls er Angehöriger eines Staates ist, gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der Anmelder seinen Wohnsitz hat, sowie gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der Anmelder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat;
 - iv) ist der Anmelder eine juristische Person, die Rechtsform dieser juristischen Person und den Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit dieses Staates, nach dessen beziehungsweise deren Recht die juristische Person gegründet wurde;
 - v) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Anmelder einen Vertreter bestellt hat;
 - vi) die Zustellungsanschrift, falls nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b eine solche Anschrift verlangt wird;
 - vii) beabsichtigt der Anmelder, sich die Priorität einer früheren Anmeldung zunutze zu machen, eine Erklärung, in der die Priorität dieser früheren Anmeldung beansprucht wird, mit den Angaben und Nachweisen, die zur Stützung der Prioritätserklärung nach Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft verlangt werden können;
 - viii) beabsichtigt der Anmelder, sich den Schutz aus der Zurschaustellung von Waren und/oder Dienstleistungen auf einer Ausstellung zunutze zu machen, eine diesbezügliche Erklärung mit den nach dem Recht der Vertragspartei erforderlichen Angaben zur Stützung dieser Erklärung;
 - ix) mindestens eine Darstellung der Marke, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben;
 - x) gegebenenfalls eine Erklärung, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben, mit Angaben zur Markenform und den für diese Markenform geltenden besonderen Erfordernissen;
 - xi) gegebenenfalls eine Erklärung, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben, mit der Angabe, dass der Anmelder wünscht, dass die Marke in den vom Amt verwendeten üblichen Schriftzeichen eingetragen und veröffentlicht wird;

- (xii) where applicable, a statement, as prescribed in the Regulations, indicating that the applicant wishes to claim color as a distinctive feature of the mark;
- (xiii) a transliteration of the mark or of certain parts of the
- (xiv) a translation of the mark or of certain parts of the mark;
- (xv) the names of the goods and/or services for which the registration is sought, grouped according to the classes of the Nice Classification, each group preceded by the number of the class of that Classification to which that group of goods or services belongs and presented in the order of the classes of the said Classification;
- (xvi) a declaration of intention to use the mark, as required by the law of the Contracting Party.
- (b) The applicant may file, instead of or in addition to the declaration of intention to use the mark referred to in subparagraph (a)(xvi), a declaration of actual use of the mark and evidence to that effect, as required by the law of the Contracting Party.
- (c) Any Contracting Party may require that, in respect of the application, fees be paid to the Office.
- (2) [Single Application for Goods and/or Services in Several Classes]

One and the same application may relate to several goods and/or services, irrespective of whether they belong to one class or to several classes of the Nice Classification.

(3) [Actual Use]

Any Contracting Party may require that, where a declaration of intention to use has been filed under paragraph (1)(a)(xvi), the applicant furnish to the Office within a time limit fixed in its law, subject to the minimum time limit prescribed in the Regulations, evidence of the actual use of the mark, as required by the said law

(4) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) and (3) and in Article 8 be complied with in respect of the application. In particular, the following may not be required in respect of the application throughout its pendency:

- the furnishing of any certificate of, or extract from, a register of commerce:
- (ii) an indication of the applicant's carrying on of an industrial or commercial activity, as well as the furnishing of evidence to that effect:
- (iii) an indication of the applicant's carrying on of an activity corresponding to the goods and/or services listed in the application, as well as the furnishing of evidence to that effect;
- (iv) the furnishing of evidence to the effect that the mark has been registered in the register of marks of another Contracting Party or of a State party to the Paris Convention which is not a Contracting Party, except where the applicant claims the application of Article 6quinquies of the Paris Convention.

(5) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office in the course of the examination of the application where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication or element contained in the application.

- xii) gegebenenfalls eine Erklärung, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben, mit der Angabe, dass der Anmelder Farbe als Unterscheidungsmerkmal der Marke zu beanspruchen wünscht;
- xiii) eine Transliteration der Marke oder bestimmter Teile der Marke;
- xiv) eine Übersetzung der Marke oder bestimmter Teile der Marke;
- xv) die Bezeichnungen der Waren und/oder Dienstleistungen, für die um die Eintragung ersucht wird, zusammengefasst in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei jeder Gruppe die Nummer der Klasse dieser Klassifikation vorangestellt wird, zu der die jeweilige Gruppe von Waren oder Dienstleistungen gehört, und die verschiedenen Gruppen in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation angeordnet werden:
- xvi) eine Erklärung nach dem Recht der Vertragspartei über die Absicht, die Marke zu benutzen.
- b) Anstelle oder neben der unter Buchstabe a Ziffer xvi genannten Erklärung über die Absicht, die Marke zu benutzen, kann der Anmelder eine Erklärung darüber, dass die Marke tatsächlich benutzt wird, sowie einen diesbezüglichen Nachweis nach dem Recht der Vertragspartei einreichen.
- Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für die Anmeldung Gebühren an das Amt entrichtet werden.
- (2) [Eine einzige Anmeldung für Waren und/oder Dienstleistungen in mehreren Klassen]

Ein und dieselbe Anmeldung kann sich auf mehrere Waren und/oder Dienstleistungen beziehen, unabhängig davon, ob diese zu einer oder mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation gehören.

(3) [Tatsächliche Benutzung]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass in dem Fall, in dem eine Erklärung über die Benutzungsabsicht nach Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvi eingereicht worden ist, der Anmelder bei dem Amt innerhalb der in ihrem Recht festgesetzten Frist, vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Mindestfrist, einen Nachweis darüber, dass die Marke tatsächlich benutzt wird, nach diesem Recht vorlegt.

(4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass für die Anmeldung andere als die in den Absätzen 1 und 3 und in Artikel 8 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf für die Anmeldung, solange sie anhängig ist, Folgendes nicht verlangt werden:

- i) die Vorlage einer Bestätigung oder eines Auszugs aus einem Handelsregister;
- ii) die Angabe, dass der Anmelder eine gewerbliche oder Handelstätigkeit ausübt, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises:
- die Angabe, dass der Anmelder eine Tätigkeit ausübt, die einen Bezug zu den in der Anmeldung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen hat, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises;
- iv) die Vorlage eines Nachweises, dass die Marke im Markenregister einer anderen Vertragspartei oder eines Staates eingetragen ist, der Vertragspartei der Pariser Verbandsübereinkunft, aber nicht Vertragspartei dieses Vertrags ist, sofern nicht der Anmelder die Anwendung des Artikels 6quinquies der Pariser Verbandsübereinkunft beansprucht.

(5) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt während der Prüfung der Anmeldung Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben oder Bestandteilen hat, die in der Anmeldung enthalten sind.

Article 4

Representation; Address for Service

- (1) [Representatives Admitted to Practice]
- (a) Any Contracting Party may require that a representative appointed for the purposes of any procedure before the Office
 - (i) have the right, under the applicable law, to practice before the Office in respect of applications and registrations and, where applicable, be admitted to practice before the Office:
 - (ii) provide, as its address, an address on a territory prescribed by the Contracting Party.
- (b) An act, with respect to any procedure before the Office, by or in relation to a representative who complies with the requirements applied by the Contracting Party under subparagraph (a), shall have the effect of an act by or in relation to the applicant, holder or other interested person who appointed that representative.
 - (2) [Mandatory Representation; Address for Service]
- (a) Any Contracting Party may require that, for the purposes of any procedure before the Office, an applicant, holder or other interested person who has neither a domicile nor a real and effective industrial or commercial establishment on its territory be represented by a representative.
- (b) Any Contracting Party may, to the extent that it does not require representation in accordance with subparagraph (a), require that, for the purposes of any procedure before the Office, an applicant, holder or other interested person who has neither a domicile nor a real and effective industrial or commercial establishment on its territory have an address for service on that territory.
 - (3) [Power of Attorney]
- (a) Whenever a Contracting Party allows or requires an applicant, a holder or any other interested person to be represented by a representative before the Office, it may require that the representative be appointed in a separate communication (hereinafter referred to as "power of attorney") indicating the name of the applicant, the holder or the other person, as the case may be.
- (b) The power of attorney may relate to one or more applications and/or registrations identified in the power of attorney or, subject to any exception indicated by the appointing person, to all existing and future applications and/or registrations of that person.
- (c) The power of attorney may limit the powers of the representative to certain acts. Any Contracting Party may require that any power of attorney under which the representative has the right to withdraw an application or to surrender a registration contain an express indication to that effect.
- (d) Where a communication is submitted to the Office by a person who refers to itself in the communication as a representative but where the Office is, at the time of the receipt of the communication, not in possession of the required power of attorney, the Contracting Party may require that the power of attorney be submitted to the Office within the time limit fixed by the Contracting Party, subject to the minimum time limit prescribed in the Regulations. Any Contracting Party may provide that, where the power of attorney has not been submitted to the Office within the time limit fixed by the Contracting Party, the communication by the said person shall have no effect.

(4) [Reference to Power of Attorney]

Any Contracting Party may require that any communication made to the Office by a representative for the purposes of a procedure before the Office contain a reference to the power of attorney on the basis of which the representative acts.

Artikel 4

Vertretung; Zustellungsanschrift

- (1) [Zugelassene Vertreter]
- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass ein für ein Verfahren vor dem Amt bestellter Vertreter
 - nach dem anzuwendenden Recht berechtigt ist, vor dem Amt in Bezug auf Anmeldungen und Eintragungen zu handeln, und gegebenenfalls vor dem Amt zugelassen ist;
 - ii) als seine Anschrift eine Anschrift in einem von der Vertragspartei vorgeschriebenen Gebiet angibt.
- b) Eine Handlung hinsichtlich eines Verfahrens vor dem Amt durch oder in Bezug auf einen Vertreter, der die von der Vertragspartei nach Buchstabe a angewandten Erfordernisse erfüllt, hat die Wirkung einer Handlung durch oder in Bezug auf den Anmelder, den Inhaber oder eine andere beteiligte Person, der oder die den Vertreter bestellt hat.
 - (2) [Vertretungszwang; Zustellungsanschrift]
- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass Anmelder, Inhaber oder andere beteiligte Personen, die in ihrem Gebiet weder einen Wohnsitz noch eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung haben, für Verfahren vor dem Amt einen Vertreter bestellen.
- b) Soweit sie nicht die Vertretung nach Buchstabe a verlangt, kann jede Vertragspartei verlangen, dass für Verfahren vor dem Amt Anmelder, Inhaber oder andere beteiligte Personen, die in ihrem Gebiet weder einen Wohnsitz noch eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung haben, eine Zustellungsanschrift in dem Gebiet haben.
 - (3) [Vollmacht]
- a) Gestattet oder verlangt eine Vertragspartei, dass ein Anmelder, ein Inhaber oder eine andere beteiligte Person vor dem Amt durch einen Vertreter vertreten ist, so kann sie die Bestellung des Vertreters in einer gesonderten Nachricht (im Folgenden als "Vollmacht" bezeichnet) verlangen, die, je nach Fall, den Namen und die Unterschrift des Anmelders, des Inhabers oder der anderen Person enthält.
- b) Die Vollmacht kann sich auf eine oder mehrere in der Vollmacht bezeichnete Anmeldungen und/oder Eintragungen oder, vorbehaltlich der von der bestellenden Person angegebenen Ausnahmen, auf alle bestehenden oder zukünftigen Anmeldungen und/oder Eintragungen jener Person beziehen.
- c) In der Vollmacht können die Befugnisse des Vertreters auf bestimmte Handlungen beschränkt werden. Jede Vertragspartei kann verlangen, dass eine Vollmacht, der zufolge der Vertreter berechtigt ist, eine Anmeldung zurückzunehmen oder auf eine Eintragung zu verzichten, eine ausdrückliche diesbezügliche Angabe enthält.
- d) Wird dem Amt eine Nachricht von einer Person vorgelegt, die sich in der Nachricht als Vertreter bezeichnet, ohne dass das Amt im Zeitpunkt des Eingangs der Nachricht im Besitz der erforderlichen Vollmacht ist, so kann die Vertragspartei verlangen, dass die Vollmacht bei dem Amt innerhalb der von der Vertragspartei festgesetzten Frist, vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Mindestfrist, nachgereicht wird. Jede Vertragspartei kann vorsehen, dass die Nachricht der genannten Person ohne Wirkung bleibt, wenn die Vollmacht nicht innerhalb der von der Vertragspartei festgesetzten Frist nachgereicht worden ist.

(4) [Bezugnahme auf die Vollmacht]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass jede Nachricht eines Vertreters an das Amt für die Zwecke eines Verfahrens vor dem Amt auf die Vollmacht Bezug nimmt, auf deren Grundlage der Vertreter tätig wird.

(5) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (3) and (4) and in Article 8 be complied with in respect of the matters dealt with in those paragraphs.

(6) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication contained in any communication referred to in paragraphs (3) and (4).

Article 5

Filing Date

- (1) [Permitted Requirements]
- (a) Subject to subparagraph (b) and paragraph (2), a Contracting Party shall accord as the filing date of an application the date on which the Office received the following indications and elements in the language required under Article 8(2):
 - an express or implicit indication that the registration of a mark is sought;
 - (ii) indications allowing the identity of the applicant to be established:
 - (iii) indications allowing the applicant or its representative, if any, to be contacted by the Office;
 - (iv) a sufficiently clear representation of the mark whose registration is sought;
 - (v) the list of the goods and/or services for which the registration is sought;
 - (vi) where Article 3(1)(a)(xvi) or (b) applies, the declaration referred to in Article 3(1)(a)(xvi) or the declaration and evidence referred to in Article 3(1)(b), respectively, as required by the law of the Contracting Party.
- (b) Any Contracting Party may accord as the filing date of the application the date on which the Office received only some, rather than all, of the indications and elements referred to in subparagraph (a) or received them in a language other than the language required under Article 8(2).
 - (2) [Permitted Additional Requirement]
- (a) A Contracting Party may provide that no filing date shall be accorded until the required fees are paid.
- (b) A Contracting Party may apply the requirement referred to in subparagraph (a) only if it applied such requirement at the time of becoming party to this Treaty.
 - (3) [Corrections and Time Limits]

The modalities of, and time limits for, corrections under paragraphs (1) and (2) shall be fixed in the Regulations.

(4) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) and (2) be complied with in respect of the filing date.

Article 6

Single Registration for Goods and/or Services in Several Classes

Where goods and/or services belonging to several classes of the Nice Classification have been included in one and the same (5) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass für die in den Absätzen 3 und 4 und in Artikel 8 geregelten Angelegenheiten andere als die dort genannten Erfordernisse erfüllt werden.

(6) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben in einer der in den Absätzen 3 und 4 genannten Nachrichten hat.

Artikel 5

Anmeldedatum

- (1) [Zulässige Erfordernisse]
- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b und des Absatzes 2 weist jede Vertragspartei einer Anmeldung als Anmeldedatum das Datum des Tages zu, an dem folgende Angaben und Bestandteile in der nach Artikel 8 Absatz 2 vorgeschriebenen Sprache bei dem Amt eingegangen sind:
 - i) eine ausdrückliche oder stillschweigende Angabe, dass um Eintragung einer Marke ersucht wird;
 - ii) Angaben, aufgrund derer die Identität des Anmelders festgestellt werden kann;
 - iii) Angaben, die es dem Amt erlauben, mit dem Anmelder oder gegebenenfalls seinem Vertreter in Verbindung zu treten:
 - iv) eine ausreichend deutliche Darstellung der Marke, um deren Eintragung ersucht wird;
 - v) die Liste der Waren und/oder Dienstleistungen, für die um die Eintragung ersucht wird;
 - vi) findet Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvi oder Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b Anwendung, die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvi genannte Erklärung nach dem Recht der Vertragspartei beziehungsweise die Erklärung und der Nachweis nach dem Recht der Vertragspartei, die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b genannt sind.
- b) Jede Vertragspartei kann der Anmeldung als Anmeldedatum das Datum des Tages zuweisen, an dem die unter Buchstabe a genannten Angaben und Bestandteile nur zum Teil, nicht aber vollständig beim Amt eingegangen sind oder an dem sie in einer anderen als der nach Artikel 8 Absatz 2 vorgeschriebenen Sprache eingegangen sind.
 - (2) [Zulässiges zusätzliches Erfordernis]
- a) Eine Vertragspartei kann bestimmen, dass ein Anmeldedatum erst zugewiesen wird, wenn die erforderlichen Gebühren entrichtet sind.
- Eine Vertragspartei darf das unter Buchstabe a genannte Erfordernis nur dann anwenden, wenn sie es bereits zu dem Zeitpunkt angewendet hat, in dem sie Vertragspartei dieses Vertrags wurde.
 - (3) [Berichtigungen und Fristen]

Die Modalitäten und Fristen für Berichtigungen im Rahmen der Absätze 1 und 2 sind in der Ausführungsordnung festgelegt.

(4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass für das Anmeldedatum andere als die in den Absätzen 1 und 2 genannten Erfordernisse erfüllt werden.

Artikel 6

Eine einzige Eintragung für Waren und/oder Dienstleistungen in mehreren Klassen

Sind Waren und/oder Dienstleistungen, die zu mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation gehören, in derselben Anmeldung

application, such an application shall result in one and the same registration.

Article 7

Division of Application and Registration

- (1) [Division of Application]
- (a) Any application listing several goods and/or services (hereinafter referred to as "initial application") may,
 - (i) at least until the decision by the Office on the registration of the mark.
 - (ii) during any opposition proceedings against the decision of the Office to register the mark,
 - (iii) during any appeal proceedings against the decision on the registration of the mark,

be divided by the applicant or at its request into two or more applications (hereinafter referred to as "divisional applications") by distributing among the latter the goods and/or services listed in the initial application. The divisional applications shall preserve the filing date of the initial application and the benefit of the right of priority, if any.

- (b) Any Contracting Party shall, subject to subparagraph (a), be free to establish requirements for the division of an application, including the payment of fees.
 - (2) [Division of Registration]

Paragraph (1) shall apply, *mutatis mutandis*, with respect to a division of a registration. Such a division shall be permitted

- during any proceedings in which the validity of the registration is challenged before the Office by a third party,
- (ii) during any appeal proceedings against a decision taken by the Office during the former proceedings,

provided that a Contracting Party may exclude the possibility of the division of registrations if its law allows third parties to oppose the registration of a mark before the mark is registered.

Article 8

Communications

(1) [Means of Transmittal and Form of Communications]

Any Contracting Party may choose the means of transmittal of communications and whether it accepts communications on paper, communications in electronic form or any other form of communication.

- (2) [Language of Communications]
- (a) Any Contracting Party may require that any communication be in a language admitted by the Office. Where the Office admits more than one language, the applicant, holder or other interested person may be required to comply with any other language requirement applicable with respect to the Office, provided that no indication or element of the communication may be required to be in more than one language.
- (b) No Contracting Party may require the attestation, notarization, authentication, legalization or any other certification of any translation of a communication other than as provided under this Treaty.
- (c) Where a Contracting Party does not require a communication to be in a language admitted by its Office, the Office may require that a translation of that communication by an official translator or a representative, into a language admitted by the Office, be supplied within a reasonable time limit.

enthalten, so führt diese Anmeldung zu einer einzigen Eintragung.

Artikel 7

Teilung der Anmeldung und der Eintragung

- (1) [Teilung der Anmeldung]
- Jede Anmeldung, in der mehrere Waren und/oder Dienstleistungen aufgeführt sind (im Folgenden als "Erstanmeldung" bezeichnet), kann
 - zumindest bis zur Entscheidung des Amtes über die Eintragung der Marke.
 - ii) während eines Widerspruchsverfahrens gegen die Entscheidung des Amtes, die Marke einzutragen,
 - iii) während eines Rechtsmittelverfahrens gegen die Entscheidung über die Eintragung der Marke

vom Anmelder oder auf seinen Antrag in mehrere Anmeldungen geteilt werden (im Folgenden als "Teilanmeldungen" bezeichnet), indem die in der Erstanmeldung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen auf diese verteilt werden. Die Teilanmeldungen behalten das Anmeldedatum der Erstanmeldung und gegebenenfalls den Vorteil des Prioritätsrechts.

- b) Jeder Vertragspartei steht es vorbehaltlich des Buchstabens a frei, für die Teilung von Anmeldungen Erfordernisse festzulegen, einschließlich der Zahlung von Gebühren.
 - (2) [Teilung der Eintragung]

Absatz 1 findet auf die Teilung einer Eintragung sinngemäß Anwendung. Diese Teilung ist zulässig

- i) während eines Verfahrens, in dem die Rechtswirksamkeit der Eintragung vor dem Amt von einem Dritten angefochten wird,
- ii) während eines Rechtsmittelverfahrens gegen eine vom Amt im früheren Verfahren getroffene Entscheidung

mit der Maßgabe, dass eine Vertragspartei die Möglichkeit der Teilung von Eintragungen ausschließen kann, wenn nach ihrem Recht Dritte die Möglichkeit haben, der Eintragung einer Marke zu widersprechen, bevor die Marke eingetragen wird.

Artikel 8

Nachrichten

(1) [Art der Übermittlung und Form von Nachrichten]

Jede Vertragspartei kann die Art der Übermittlung von Nachrichten frei auswählen und entscheiden, ob sie Nachrichten auf Papier, Nachrichten in elektronischer Form oder andere Nachrichtenformen zulässt.

- (2) [Sprache der Nachrichten]
- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass Nachrichten in einer vom Amt zugelassenen Sprache abgefasst werden. Lässt das Amt mehr als eine Sprache zu, so kann vom Anmelder, vom Inhaber oder von einer anderen beteiligten Person verlangt werden, etwaige andere gegenüber dem Amt geltende sprachliche Erfordernisse zu erfüllen; allerdings darf nicht verlangt werden, dass Angaben oder Bestandteile von Nachrichten in mehr als einer Sprache abgefasst werden.
- Eine Vertragspartei darf die Bestätigung, die notarielle Beglaubigung, die Echtheitsbescheinigung, die Legalisation oder eine andere Beurkundung der Übersetzung einer Nachricht nur verlangen, soweit dieser Vertrag es vorsieht.
- c) Verlangt eine Vertragspartei nicht, dass eine Nachricht in einer von ihrem Amt zugelassenen Sprache abgefasst wird, so kann das Amt verlangen, dass innerhalb einer angemessenen Frist eine von einem amtlichen Übersetzer oder einem Vertreter gefertigte Übersetzung dieser Nachricht in eine vom Amt zugelassene Sprache vorgelegt wird.

- (3) [Signature of Communications on Paper]
- (a) Any Contracting Party may require that a communication on paper be signed by the applicant, holder or other interested person. Where a Contracting Party requires a communication on paper to be signed, that Contracting Party shall accept any signature that complies with the requirements prescribed in the Regulations.
- (b) No Contracting Party may require the attestation, notarization, authentication, legalization or other certification of any signature except, where the law of the Contracting Party so provides, if the signature concerns the surrender of a registration.
- (c) Notwithstanding subparagraph (b), a Contracting Party may require that evidence be filed with the Office where the Office may reasonably doubt the authenticity of any signature of a communication on paper.
- (4) [Communications Filed in Electronic Form or by Electronic Means of Transmittal]

Where a Contracting Party permits the filing of communications in electronic form or by electronic means of transmittal, it may require that any such communications comply with the requirements prescribed in the Regulations.

(5) [Presentation of a Communication]

Any Contracting Party shall accept the presentation of a communication the content of which corresponds to the relevant Model International Form, if any, provided for in the Regulations.

(6) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that, in respect of paragraphs (1) to (5), requirements other than those referred to in this Article be complied with.

(7) [Means of Communication with Representative]

Nothing in this Article regulates the means of communication between an applicant, holder or other interested person and its representative.

Article 9

Classification of Goods and/or Services

(1) [Indications of Goods and/or Services]

Each registration and any publication effected by an Office which concerns an application or registration and which indicates goods and/or services shall indicate the goods and/or services by their names, grouped according to the classes of the Nice Classification, and each group shall be preceded by the number of the class of that Classification to which that group of goods or services belongs and shall be presented in the order of the classes of the said Classification.

- (2) [Goods or Services in the Same Class or in Different Classes]
- (a) Goods or services may not be considered as being similar to each other on the ground that, in any registration or publication by the Office, they appear in the same class of the Nice Classification.
- (b) Goods or services may not be considered as being dissimilar from each other on the ground that, in any registration or publication by the Office, they appear in different classes of the Nice Classification.

- (3) [Unterschrift bei Nachrichten auf Papier]
- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass eine Nachricht auf Papier vom Anmelder, vom Inhaber oder von einer anderen beteiligten Person unterschrieben wird. Verlangt eine Vertragspartei, dass eine Nachricht auf Papier unterschrieben wird, so lässt sie jede Unterschrift zu, welche die in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Erfordernisse erfüllt.
- b) Eine Vertragspartei darf die Bestätigung, die notarielle Beglaubigung, die Echtheitsbescheinigung, die Legalisation oder eine andere Beurkundung einer Unterschrift nicht verlangen, es sei denn, dass das Recht der Vertragspartei eine Ausnahme für den Fall vorsieht, dass die Unterschrift den Verzicht auf eine Eintragung betrifft.
- c) Ungeachtet des Buchstabens b kann eine Vertragspartei verlangen, dass beim Amt Nachweise eingereicht werden, wenn das Amt begründete Zweifel an der Echtheit einer Unterschrift auf einer Nachricht auf Papier hat.
- (4) [Nachrichten in elektronischer Form oder elektronisch übermittelte Nachrichten]

Gestattet eine Vertragspartei die Einreichung von Nachrichten in elektronischer Form oder durch elektronische Übermittlung, so kann sie verlangen, dass diese Nachrichten die in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Erfordernisse erfüllen.

(5) [Formerfordernisse für Nachrichten]

Jede Vertragspartei lässt die Einreichung einer Nachricht zu, deren Inhalt dem gegebenenfalls in der Ausführungsordnung hierfür vorgesehenen Muster eines internationalen Formblatts entspricht.

(6) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf die Absätze 1 bis 5 andere als die in diesem Artikel genannten Erfordernisse erfüllt werden.

(7) [Mittel des Nachrichtenverkehrs mit einem Vertreter]

Dieser Artikel regelt nicht die Mittel des Nachrichtenverkehrs zwischen einem Anmelder, einem Inhaber oder einer anderen beteiligten Person und ihrem Vertreter.

Artikel 9

Klassifikation von Waren und/oder Dienstleistungen

(1) [Angabe der Waren und/oder Dienstleistungen]

Jede von einem Amt vorgenommene Eintragung und Veröffentlichung, die eine Anmeldung oder eine Eintragung betrifft und in der Waren und/oder Dienstleistungen angegeben sind, gibt die Waren und/oder Dienstleistungen mit ihrer Bezeichnung an, zusammengefasst in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei jeder Gruppe die Nummer der Klasse dieser Klassifikation vorangestellt wird, zu der die jeweilige Gruppe von Waren oder Dienstleistungen gehört, und die verschiedenen Gruppen in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation angeordnet werden.

- (2) [Waren oder Dienstleistungen in derselben Klasse oder in unterschiedlichen Klassen]
- Waren oder Dienstleistungen k\u00f6nnen nicht deshalb als einander \u00e4hnlich angesehen werden, weil sie in einer Eintragung oder Ver\u00f6ffentlichung des Amtes in derselben Klasse der Nizzaer Klassifikation erscheinen.
- b) Waren oder Dienstleistungen k\u00f6nnen nicht deshalb als einander un\u00e4hnlich angesehen werden, weil sie in einer Eintragung oder Ver\u00f6ffentlichung des Amtes in unterschiedlichen Klassen der Nizzaer Klassifikation erscheinen.

Article 10

Changes in Names or Addresses

- (1) [Changes in the Name or Address of the Holder]
- (a) Where there is no change in the person of the holder but there is a change in its name and/or address, each Contracting Party shall accept that a request for the recordal of the change by the Office in its register of marks be made by the holder in a communication indicating the registration number of the registration concerned and the change to be recorded.
- (b) Any Contracting Party may require that the request indicate
 - (i) the name and address of the holder;
 - (ii) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
 - (iii) where the holder has an address for service, such address.
- (c) Any Contracting Party may require that, in respect of the request, a fee be paid to the Office.
- (d) A single request shall be sufficient even where the change relates to more than one registration, provided that the registration numbers of all registrations concerned are indicated in the request.
 - (2) [Change in the Name or Address of the Applicant]

Paragraph (1) shall apply, *mutatis mutandis*, where the change concerns an application or applications, or both an application or applications and a registration or registrations, provided that, where the application number of any application concerned has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, the request otherwise identifies that application as prescribed in the Regulations.

(3) [Change in the Name or Address of the Representative or in the Address for Service]

Paragraph (1) shall apply, *mutatis mutandis*, to any change in the name or address of the representative, if any, and to any change relating to the address for service, if any.

(4) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) to (3) and in Article 8 be complied with in respect of the request referred to in this Article. In particular, the furnishing of any certificate concerning the change may not be required.

(5) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication contained in the request.

Article 11

Change in Ownership

- (1) [Change in the Ownership of a Registration]
- (a) Where there is a change in the person of the holder, each Contracting Party shall accept that a request for the recordal of the change by the Office in its register of marks be made by the holder or by the person who acquired the ownership (hereinafter referred to as "new owner") in a communication indicating the registration number of the registration concerned and the change to be recorded.
- (b) Where the change in ownership results from a contract, any Contracting Party may require that the request indicate that fact and be accompanied, at the option of the requesting party, by one of the following:

Artikel 10

Änderungen des Namens oder der Anschrift

- (1) [Änderungen des Namens oder der Anschrift des Inhabers]
- a) Tritt nicht hinsichtlich der Person des Inhabers, sondern hinsichtlich seines Namens und/oder seiner Anschrift eine Änderung ein, so lässt jede Vertragspartei zu, dass der Inhaber die Eintragung der Änderung im Markenregister des Amtes durch eine Nachricht beantragt, in der die Eintragungsnummer der betroffenen Eintragung und die einzutragende Änderung angegeben sind.
- b) Jede Vertragspartei kann folgende Angaben im Antrag verlangen;
 - i) den Namen und die Anschrift des Inhabers;
 - i) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat:
 - iii) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden.
- Jede Vertragspartei kann verlangen, dass f
 ür den Antrag eine Geb
 ühr an das Amt entrichtet wird.
- d) Ein einziger Antrag ist ausreichend, auch wenn die Änderung mehr als eine Eintragung betrifft; allerdings müssen die Eintragungsnummern aller betroffenen Eintragungen im Antrag angegeben sein.
 - (2) [Änderung des Namens oder der Anschrift des Anmelders]

Absatz 1 gilt sinngemäß, wenn die Änderung eine oder mehrere Anmeldungen oder sowohl eine oder mehrere Anmeldungen als auch eine oder mehrere Eintragungen betrifft; allerdings muss, falls die Anmeldenummer einer betroffenen Anmeldung noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt ist, der Antrag die Anmeldung auf andere Weise bezeichnen, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

(3) [Änderung des Namens oder der Anschrift des Vertreters oder der Zustellungsanschrift]

Absatz 1 gilt gegebenenfalls sinngemäß für Änderungen des Namens oder der Anschrift des Vertreters und Änderungen der Zustellungsanschrift.

(4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den in diesem Artikel genannten Antrag andere als die in den Absätzen 1 bis 3 und in Artikel 8 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf die Vorlage einer Bescheinigung über die Änderung nicht verlangt werden.

(5) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von im Antrag enthaltenen Angaben hat.

Artikel 11

Änderung der Inhaberschaft

- (1) [Änderung der Inhaberschaft einer Eintragung]
- a) Tritt hinsichtlich der Person des Inhabers eine Änderung ein, so lässt jede Vertragspartei zu, dass der Inhaber oder die Person, die Eigentümer geworden ist (im Folgenden als "neuer Eigentümer" bezeichnet), die Eintragung der Änderung im Markenregister des Amtes durch eine Nachricht beantragt, in der die Eintragungsnummer der betroffenen Eintragung und die einzutragende Änderung angegeben sind.
- b) Ergibt sich die Änderung der Inhaberschaft aus einem Vertrag, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass diese Tatsache im Antrag angegeben ist und dass dem Antrag nach Wahl des Antragstellers eines der folgenden Dokumente beigefügt wird:

- a copy of the contract, which copy may be required to be certified, by a notary public or any other competent public authority, as being in conformity with the original contract:
- (ii) an extract of the contract showing the change in ownership, which extract may be required to be certified, by a notary public or any other competent public authority, as being a true extract of the contract;
- (iii) an uncertified certificate of transfer drawn up in the form and with the content as prescribed in the Regulations and signed by both the holder and the new owner;
- (iv) an uncertified transfer document drawn up in the form and with the content as prescribed in the Regulations and signed by both the holder and the new owner.
- (c) Where the change in ownership results from a merger, any Contracting Party may require that the request indicate that fact and be accompanied by a copy of a document, which document originates from the competent authority and evidences the merger, such as a copy of an extract from a register of commerce, and that that copy be certified by the authority which issued the document or by a notary public or any other competent public authority, as being in conformity with the original document.
- (d) Where there is a change in the person of one or more but not all of several co-holders and such change in ownership results from a contract or a merger, any Contracting Party may require that any co-holder in respect of which there is no change in ownership give its express consent to the change in ownership in a document signed by it.
- (e) Where the change in ownership does not result from a contract or a merger but from another ground, for example, from operation of law or a court decision, any Contracting Party may require that the request indicate that fact and be accompanied by a copy of a document evidencing the change and that that copy be certified as being in conformity with the original document by the authority which issued the document or by a notary public or any other competent public authority.
- (f) Any Contracting Party may require that the request indicate
 - (i) the name and address of the holder;
 - (ii) the name and address of the new owner;
 - (iii) the name of a State of which the new owner is a national if he/she is the national of any State, the name of a State in which the new owner has his/her domicile, if any, and the name of a State in which the new owner has a real and effective industrial or commercial establishment, if any;
 - (iv) where the new owner is a legal entity, the legal nature of that legal entity and the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the said legal entity has been organized;
 - (v) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
 - (vi) where the holder has an address for service, such address:
 - (vii) where the new owner has a representative, the name and address of that representative;

- eine Kopie des Vertrags, hinsichtlich deren zudem verlangt werden kann, dass ihre Übereinstimmung mit dem Originalvertrag notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt ist;
- ein Auszug aus dem Vertrag, aus dem die Änderung der Inhaberschaft ersichtlich ist und hinsichtlich dessen zudem verlangt werden kann, dass seine Übereinstimmung mit dem Vertrag notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt ist;
- iii) eine unbeglaubigte Bestätigung des Rechtsübergangs in der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Form und mit dem dort vorgeschriebenen Inhalt, die sowohl vom Inhaber als auch vom neuen Eigentümer unterschrieben ist;
- iv) ein unbeglaubigtes Dokument über den Rechtsübergang in der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Form und mit dem dort vorgeschriebenen Inhalt, das sowohl vom Inhaber als auch vom neuen Eigentümer unterschrieben ist
- c) Ergibt sich die Änderung der Inhaberschaft aus einem Unternehmenszusammenschluss, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass diese Tatsache im Antrag angegeben ist und dass dem Antrag die Kopie eines von der zuständigen Behörde ausgestellten Dokuments beigefügt wird, aus dem der Zusammenschluss ersichtlich ist, wie z. B. die Kopie eines Auszugs aus dem Handelsregister, und dass die Übereinstimmung der Kopie mit dem Original von der Behörde, die das Dokument ausgestellt hat, oder notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt ist.
- d) Tritt hinsichtlich der Person eines oder mehrerer, nicht jedoch aller Mitinhaber eine Änderung ein und ergibt sich diese Änderung aus einem Vertrag oder einem Unternehmenszusammenschluss, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass jeder Mitinhaber, der Mitinhaber bleibt, seine ausdrückliche Zustimmung zu der Änderung in einem von ihm unterschriebenen Dokument erteilt.
- e) Ergibt sich die Änderung der Inhaberschaft nicht aus einem Vertrag oder einem Unternehmenszusammenschluss, sondern aus einem anderen Grund, z. B. aus der Rechtsanwendung oder aus einer Gerichtsentscheidung, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass diese Tatsache im Antrag angegeben ist, dass dem Antrag die Kopie eines Dokuments beigefügt ist, aus dem die Änderung ersichtlich ist, und dass die Übereinstimmung der Kopie mit dem Original von der Behörde, die das Dokument ausgestellt hat, oder notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt ist.
- f) Jede Vertragspartei kann folgende Angaben im Antrag verlangen:
 - i) den Namen und die Anschrift des Inhabers;
 - ii) den Namen und die Anschrift des neuen Eigentümers;
 - iii) den Namen eines Staates, dessen Angehöriger der neue Eigentümer ist, falls er Angehöriger eines Staates ist, gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der neue Eigentümer seinen Wohnsitz hat, sowie gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der neue Eigentümer eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat;
 - iv) ist der neue Eigentümer eine juristische Person, die Rechtsform dieser juristischen Person und den Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit dieses Staates, nach dessen beziehungsweise deren Recht die juristische Person gegründet wurde;
 - den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
 - vi) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden;
 - den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der neue Eigentümer einen Vertreter bestellt hat;

- (viii) where the new owner is required to have an address for service under Article 4(2)(b), such address.
- (g) Any Contracting Party may require that, in respect of the request, a fee be paid to the Office.
- (h) A single request shall be sufficient even where the change relates to more than one registration, provided that the holder and the new owner are the same for each registration and that the registration numbers of all registrations concerned are indicated in the request.
- (i) Where the change of ownership does not affect all the goods and/or services listed in the holder's registration, and the applicable law allows the recording of such change, the Office shall create a separate registration referring to the goods and/or services in respect of which the ownership has changed.
 - (2) [Change in the Ownership of an Application]

Paragraph (1) shall apply, *mutatis mutandis*, where the change in ownership concerns an application or applications, or both an application or applications and a registration or registrations, provided that, where the application number of any application concerned has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, the request otherwise identifies that application as prescribed in the Regulations.

(3) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) and (2) and in Article 8 be complied with in respect of the request referred to in this Article. In particular, the following may not be required:

- subject to paragraph (1)(c), the furnishing of any certificate of, or extract from, a register of commerce;
- (ii) an indication of the new owner's carrying on of an industrial or commercial activity, as well as the furnishing of evidence to that effect;
- (iii) an indication of the new owner's carrying on of an activity corresponding to the goods and/or services affected by the change in ownership, as well as the furnishing of evidence to either effect:
- (iv) an indication that the holder transferred, entirely or in part, its business or the relevant goodwill to the new owner, as well as the furnishing of evidence to either effect.

(4) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence, or further evidence where paragraph (1)(c) or (e) applies, be furnished to the Office where that Office may reasonably doubt the veracity of any indication contained in the request or in any document referred to in the present Article.

Article 12

Correction of a Mistake

- (1) [Correction of a Mistake in Respect of a Registration]
- (a) Each Contracting Party shall accept that the request for the correction of a mistake which was made in the application or other request communicated to the Office and which mistake is reflected in its register of marks and/or any publication by the Office be made by the holder in a communication indicating the registration number of the registration concerned, the mistake to be corrected and the correction to be entered.
- (b) Any Contracting Party may require that the request indicate
 - (i) the name and address of the holder;

- viii) die Zustellungsanschrift, wenn der neue Eigentümer nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b eine solche Anschrift haben muss.
- g) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für den Antrag eine Gebühr an das Amt entrichtet wird.
- h) Ein einziger Antrag ist ausreichend, auch wenn die Änderung mehr als eine Eintragung betrifft; allerdings müssen der Inhaber und der neue Eigentümer für jede Eintragung dieselben sein und die Eintragungsnummern aller betroffenen Eintragungen im Antrag angegeben sein.
- i) Betrifft die Änderung der Inhaberschaft nicht alle in der Eintragung des Inhabers aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen und gestattet das anzuwendende Recht die Eintragung einer solchen Änderung, so nimmt das Amt eine gesonderte Eintragung für die Waren und/oder Dienstleistungen vor, bei denen sich die Inhaberschaft geändert hat.
 - (2) [Änderung der Inhaberschaft einer Anmeldung]

Absatz 1 gilt sinngemäß, wenn die Änderung der Inhaberschaft eine oder mehrere Anmeldungen oder sowohl eine oder mehrere Anmeldungen als auch eine oder mehrere Eintragungen betrifft; allerdings muss, falls die Anmeldenummer einer betroffenen Anmeldung noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt ist, der Antrag die Anmeldung auf andere Weise bezeichnen, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

(3) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den in diesem Artikel genannten Antrag andere als die in den Absätzen 1 und 2 und in Artikel 8 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf Folgendes nicht verlangt werden:

- i) vorbehaltlich des Absatzes 1 Buchstabe c die Vorlage einer Bestätigung oder eines Auszugs aus dem Handelsregister;
- ii) die Angabe, dass der neue Eigentümer eine gewerbliche oder Handelstätigkeit ausübt, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises;
- iii) die Angabe, dass der neue Eigentümer eine Tätigkeit ausübt, die einen Bezug zu den von der Änderung der Inhaberschaft betroffenen Waren und/oder Dienstleistungen hat, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises;
- iv) die Angabe, dass der Inhaber sein Geschäft oder den maßgeblichen Firmenwert (goodwill) ganz oder teilweise auf den neuen Eigentümer übertragen hat, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises.

(4) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann die Vorlage eines Nachweises oder, wenn Absatz 1 Buchstabe c oder e Anwendung findet, weiterer Nachweise bei dem Amt verlangen, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben im Antrag oder in einem in diesem Artikel genannten Dokument hat.

Artikel 12

Berichtigung eines Fehlers

- (1) [Berichtigung eines Fehlers in Bezug auf eine Eintragung]
- a) Jede Vertragspartei lässt zu, dass der Inhaber die Berichtigung eines Fehlers, der in der Anmeldung oder in einem dem Amt übermittelten anderen Antrag gemacht wurde und der in dessen Markenregister und/oder einer Veröffentlichung des Amtes erscheint, durch eine Nachricht beantragt, in der die Eintragungsnummer der betroffenen Eintragung, der zu berichtigende Fehler und die anzubringende Berichtigung angegeben sind.
- b) Jede Vertragspartei kann folgende Angaben im Antrag verlangen:
 - i) den Namen und die Anschrift des Inhabers;

- (ii) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
- (iii) where the holder has an address for service, such address.
- (c) Any Contracting Party may require that, in respect of the request, a fee be paid to the Office.
- (d) A single request shall be sufficient even where the correction relates to more than one registration of the same person, provided that the mistake and the requested correction are the same for each registration and that the registration numbers of all registrations concerned are indicated in the request.
 - (2) [Correction of a Mistake in Respect of an Application]

Paragraph (1) shall apply, *mutatis mutandis*, where the mistake concerns an application or applications, or both an application or applications and a registration or registrations, provided that, where the application number of any application concerned has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, the request otherwise identifies that application as prescribed in the Regulations.

(3) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) and (2) and in Article 8 be complied with in respect of the request referred to in this Article.

(4) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office where the Office may reasonably doubt that the alleged mistake is in fact a mistake.

(5) [Mistakes Made by the Office]

The Office of a Contracting Party shall correct its own mistakes, ex officio or upon request, for no fee.

(6) [Uncorrectable Mistakes]

No Contracting Party shall be obliged to apply paragraphs (1), (2) and (5) to any mistake which cannot be corrected under its law.

Article 13

Duration and Renewal of Registration

- (1) [Indications or Elements Contained in or Accompanying a Request for Renewal; Fee]
- (a) Any Contracting Party may require that the renewal of a registration be subject to the filing of a request and that such request contain some or all of the following indications:
 - (i) an indication that renewal is sought;
 - (ii) the name and address of the holder;
 - (iii) the registration number of the registration concerned;
 - (iv) at the option of the Contracting Party, the filing date of the application which resulted in the registration concerned or the registration date of the registration concerned:
 - (v) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
 - (vi) where the holder has an address for service, such address:
 - (vii) where the Contracting Party allows the renewal of a registration to be made for some only of the goods and/or services which are recorded in the register of marks and such a renewal is requested, the names of the recorded goods and/or services for which the renewal is requested or the names of the recorded goods and/or services for which the renewal is not requested, grouped according to the classes of the Nice Classifica-

- den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
- iii) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden.
- Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für den Antrag eine Gebühr an das Amt entrichtet wird.
- d) Ein einziger Antrag ist ausreichend, auch wenn die Berichtigung mehr als eine Eintragung derselben Person betrifft; allerdings müssen der Fehler und die beantragte Berichtigung für jede Eintragung dieselben sein und die Eintragungsnummern aller betroffenen Eintragungen im Antrag angegeben sein
 - (2) [Berichtigung eines Fehlers in Bezug auf eine Anmeldung]

Absatz 1 gilt sinngemäß, wenn der Fehler eine oder mehrere Anmeldungen oder sowohl eine oder mehrere Anmeldungen als auch eine oder mehrere Eintragungen betrifft; allerdings muss, falls die Anmeldenummer einer betroffenen Anmeldung noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt ist, der Antrag die Anmeldung auf andere Weise bezeichnen, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

(3) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den in diesem Artikel genannten Antrag andere als die in den Absätzen 1 und 2 und in Artikel 8 genannten Erfordernisse erfüllt werden.

(4) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel hat, dass der angebliche Fehler tatsächlich ein Fehler ist.

(5) [Fehler des Amtes]

Das Amt einer Vertragspartei berichtigt eigene Fehler von Amts wegen oder auf Antrag gebührenfrei.

(6) [Nicht zu berichtigende Fehler]

Eine Vertragspartei ist nicht verpflichtet, die Absätze 1, 2 und 5 auf Fehler anzuwenden, die nach ihrem Recht nicht berichtigt werden können.

Artikel 13

Laufzeit und Erneuerung der Eintragung

- (1) [Angaben oder Bestandteile, die im Antrag auf Erneuerung enthalten oder diesem beigefügt sind; Gebühr]
- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für die Erneuerung einer Eintragung ein Antrag eingereicht wird, der alle folgenden Angaben oder einen Teil davon enthält:
 - i) die Angabe, dass um Erneuerung ersucht wird;
 - ii) den Namen und die Anschrift des Inhabers;
 - iii) die Eintragungsnummer der betroffenen Eintragung;
 - iv) nach Wahl der Vertragspartei das Anmeldedatum der Anmeldung, die zu der betroffenen Eintragung führte, oder das Datum des Tages, an dem die betreffende Eintragung erfolgte;
 - v) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
 - vi) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden;
 - vii) lässt die Vertragspartei die Erneuerung einer Eintragung auch für nur einige der Waren und/oder Dienstleistungen zu, die im Markenregister eingetragen sind, und wird eine solche Erneuerung beantragt, die Bezeichnung der eingetragenen Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Erneuerung beantragt wird, oder die Bezeichnung der eingetragenen Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Erneuerung nicht beantragt wird,

tion, each group preceded by the number of the class of that Classification to which that group of goods or services belongs and presented in the order of the classes of the said Classification;

- (viii) where a Contracting Party allows a request for renewal to be filed by a person other than the holder or its representative and the request is filed by such a person, the name and address of that person.
- (b) Any Contracting Party may require that, in respect of the request for renewal, a fee be paid to the Office. Once the fee has been paid in respect of the initial period of the registration or of any renewal period, no further payment may be required for the maintenance of the registration in respect of that period. Fees associated with the furnishing of a declaration and/or evidence of use shall not be regarded, for the purposes of this subparagraph, as payments required for the maintenance of the registration and shall not be affected by this subparagraph.
- (c) Any Contracting Party may require that the request for renewal be presented, and the corresponding fee referred to in subparagraph (b) be paid, to the Office within the period fixed by the law of the Contracting Party, subject to the minimum periods prescribed in the Regulations.
 - (2) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraph (1) and in Article 8 be complied with in respect of the request for renewal. In particular, the following may not be required:

- (i) any representation or other identification of the mark;
- (ii) the furnishing of evidence to the effect that the mark has been registered, or that its registration has been renewed, in any other register of marks;
- (iii) the furnishing of a declaration and/or evidence concerning use of the mark.
 - (3) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office in the course of the examination of the request for renewal where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication or element contained in the request for renewal.

(4) [Prohibition of Substantive Examination]

No Office of a Contracting Party may, for the purposes of effecting the renewal, examine the registration as to substance.

(5) [Duration]

The duration of the initial period of the registration, and the duration of each renewal period, shall be 10 years.

Article 14

Relief Measures in Case of Failure to Comply with Time Limits

(1) [Relief Measure Before the Expiry of a Time Limit]

A Contracting Party may provide for the extension of a time limit for an action in a procedure before the Office in respect of an application or a registration, if a request to that effect is filed with the Office prior to the expiry of the time limit.

(2) [Relief Measures After the Expiry of a Time Limit]

Where an applicant, holder or other interested person has failed to comply with a time limit ("the time limit concerned") for an action in a procedure before the Office of a Contracting Party in respect of an application or a registration, the Contracting Party

zusammengefasst in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei jeder Gruppe die Nummer der Klasse dieser Klassifikation vorangestellt wird, zu der die jeweilige Gruppe von Waren und Dienstleistungen gehört, und die verschiedenen Gruppen in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation angeordnet werden;

- viii) lässt eine Vertragspartei zu, dass der Antrag auf Erneuerung von einer anderen Person als dem Inhaber oder seinem Vertreter eingereicht wird, und wird der Antrag von einer solchen Person eingereicht, den Namen und die Anschrift der Person.
- b) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für den Antrag auf Erneuerung eine Gebühr an das Amt entrichtet wird. Wurde die Gebühr für die Laufzeit der ersten Eintragung oder einer Erneuerung entrichtet, so darf für die Aufrechterhaltung der Eintragung in Bezug auf den betreffenden Zeitraum eine weitere Zahlung nicht verlangt werden. Gebühren im Zusammenhang mit der Vorlage einer Benutzungserklärung und/oder einem Benutzungsnachweis werden für die Zwecke dieses Buchstabens nicht als zur Aufrechterhaltung der Eintragung erforderliche Zahlungen betrachtet und bleiben von diesem Buchstaben unberührt.
- c) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass innerhalb einer nach ihrem Recht festgesetzten Frist, vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Mindestfristen, der Antrag auf Erneuerung bei dem Amt eingereicht und die unter Buchstabe b genannte Gebühr an das Amt entrichtet wird.
 - (2) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den Antrag auf Erneuerung andere als die in Absatz 1 und in Artikel 8 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf Folgendes nicht verlangt werden:

- i) eine Darstellung oder sonstige Bezeichnung der Marke;
- ii) die Vorlage eines Nachweises, dass die Marke in einem anderen Markenregister eingetragen oder ihre dortige Eintragung erneuert worden ist:
- iii) die Vorlage einer Erklärung und/oder eines Nachweises über die Benutzung der Marke.
 - (3) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt während der Prüfung des Antrags auf Erneuerung Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben oder Bestandteilen hat, die in dem Antrag auf Erneuerung enthalten sind.

(4) [Ausschluss der Prüfung dem Grunde nach]

Ein Amt einer Vertragspartei darf zum Zweck einer Erneuerung die Eintragung nicht dem Grunde nach prüfen.

(5) [Laufzeit]

Die erste Laufzeit der Eintragung und die Laufzeit jeder Erneuerung beträgt 10 Jahre.

Artikel 14

Abhilfe bei Fristversäumnissen

(1) [Abhilfe vor Fristablauf]

Eine Vertragspartei kann die Verlängerung einer Frist für eine Handlung in einem Verfahren vor dem Amt in Bezug auf eine Anmeldung oder Eintragung vorsehen mit der Maßgabe, dass ein diesbezüglicher Antrag vor Fristablauf bei dem Amt gestellt wird.

(2) [Abhilfe nach Fristablauf]

Für den Fall, dass ein Anmelder, ein Inhaber oder eine andere beteiligte Person eine Frist ("die betreffende Frist") für eine Handlung in einem Verfahren vor dem Amt einer Vertragspartei in Bezug auf eine Anmeldung oder Eintragung versäumt hat, sieht die

shall provide for one or more of the following relief measures, in accordance with the requirements prescribed in the Regulations, if a request to that effect is filed with the Office:

- extension of the time limit concerned for the period prescribed in the Regulations;
- (ii) continued processing with respect to the application or registration;
- (iii) reinstatement of the rights of the applicant, holder or other interested person with respect to the application or registration if the Office finds that the failure to comply with the time limit concerned occurred in spite of due care required by the circumstances having been taken or, at the option of the Contracting Party, that the failure was unintentional.
 - (3) [Exceptions]

No Contracting Party shall be required to provide for any of the relief measures referred to in paragraph (2) with respect to the exceptions prescribed in the Regulations.

(4) [Fee]

Any Contracting Party may require that a fee be paid in respect of any of the relief measures referred to in paragraphs (1) and (2).

(5) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in this Article and in Article 8 be complied with in respect of any of the relief measures referred to in paragraph (2).

Article 15

Obligation to Comply with the Paris Convention

Any Contracting Party shall comply with the provisions of the Paris Convention which concern marks.

Article 16

Service Marks

Any Contracting Party shall register service marks and apply to such marks the provisions of the Paris Convention which concern trademarks.

Article 17

Request for Recordal of a License

(1) [Requirements Concerning the Request for Recordal]

Where the law of a Contracting Party provides for the recordal of a license with its Office, that Contracting Party may require that the request for recordal

- be filed in accordance with the requirements prescribed in the Regulations, and
- (ii) be accompanied by the supporting documents prescribed in the Regulations.
 - (2) [Fee]

Any Contracting Party may require that, in respect of the recordal of a license, a fee be paid to the Office.

(3) [Single Request Relating to Several Registrations]

A single request shall be sufficient even where the license relates to more than one registration, provided that the registration numbers of all registrations concerned are indicated in the request, the holder and the licensee are the same for all registrations, and the request indicates the scope of the license in accordance with the Regulations with respect to all registrations.

Vertragspartei eine oder mehrere der folgenden Abhilfemöglichkeiten in Übereinstimmung mit den in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Erfordernissen vor mit der Maßgabe, dass ein diesbezüglicher Antrag bei dem Amt gestellt wird:

- i) Verlängerung der betreffenden Frist um den in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Zeitraum;
- Fortsetzung des Verfahrens in Bezug auf die Anmeldung oder Eintragung;
- iii) Wiedereinsetzung des Anmelders, des Inhabers oder einer anderen beteiligten Person in den vorigen Stand in Bezug auf die Anmeldung oder Eintragung, wenn das Amt feststellt, dass das Versäumnis der betreffenden Frist trotz Anwendung der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt erfolgte oder unbeabsichtigt war, nach Wahl der Vertragspartei.
 - (3) [Ausnahmen]

Eine Vertragspartei ist nicht gehalten, in Bezug auf die in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Ausnahmen eine Abhilfe nach Absatz 2 vorzusehen.

(4) [Gebühren]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für eine Abhilfe nach den Absätzen 1 und 2 eine Gebühr entrichtet wird.

(5) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf eine Abhilfe nach Absatz 2 andere als die in diesem Artikel und in Artikel 8 genannten Erfordernisse erfüllt werden.

Artikel 15

Verpflichtung zur Einhaltung der Pariser Verbandsübereinkunft

Die Vertragsparteien halten die Bestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft, welche die Marken betreffen, ein.

Artikel 16

Dienstleistungsmarken

Die Vertragsparteien tragen Dienstleistungsmarken ein und wenden auf diese Marken die Bestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft, welche Warenmarken betreffen, an.

Artikel 17

Antrag auf Eintragung einer Lizenz

(1) [Erfordernisse betreffend den Antrag auf Eintragung]

Sieht das Recht einer Vertragspartei die Eintragung einer Lizenz bei ihrem Amt vor, so kann diese Vertragspartei verlangen, dass

- i) der Antrag auf Eintragung in Übereinstimmung mit den in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Erfordernissen gestellt wird und
- ii) dem Antrag auf Eintragung die in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Belegdokumente beigefügt werden.
 - (2) [Gebühr]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für die Eintragung einer Lizenz eine Gebühr an das Amt entrichtet wird.

(3) [Ein einziger Antrag für mehrere Eintragungen]

Ein einziger Antrag ist ausreichend, auch wenn die Lizenz mehr als eine Eintragung betrifft; allerdings müssen die Eintragungsnummern aller betroffenen Eintragungen im Antrag angegeben sein, müssen der Inhaber und der Lizenznehmer für alle Eintragungen die gleichen sein und muss der Antrag in Übereinstimmung mit der Ausführungsordnung in Bezug auf alle Eintragungen den Umfang der Lizenz angeben.

- (4) [Prohibition of Other Requirements]
- (a) No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) to (3) and in Article 8 be complied with in respect of the recordal of a license with its Office. In particular, the following may not be required:
 - (i) the furnishing of the registration certificate of the mark which is the subject of the license;
 - (ii) the furnishing of the license contract or a translation of it;
 - (iii) an indication of the financial terms of the license contract.
- (b) Subparagraph (a) is without prejudice to any obligations existing under the law of a Contracting Party concerning the disclosure of information for purposes other than the recording of the license in the register of marks.
 - (5) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication contained in the request or in any document referred to in the Regulations.

(6) [Requests Relating to Applications]

Paragraphs (1) to (5) shall apply, *mutatis mutandis*, to requests for recordal of a license for an application, where the law of a Contracting Party provides for such recordal.

Article 18

Request for Amendment or Cancellation of the Recordal of a License

(1) [Requirements Concerning the Request]

Where the law of a Contracting Party provides for the recordal of a license with its Office, that Contracting Party may require that the request for amendment or cancellation of the recordal of a license

- (i) be filed in accordance with the requirements prescribed in the Regulations, and
- (ii) be accompanied by the supporting documents prescribed in the Regulations.
 - (2) [Other Requirements]

Article 17(2) to (6) shall apply, *mutatis mutandis*, to requests for amendment or cancellation of the recordal of a license.

Article 19

Effects of the Non-Recordal of a License

(1) [Validity of the Registration and Protection of the Mark]

The non-recordal of a license with the Office or with any other authority of the Contracting Party shall not affect the validity of the registration of the mark which is the subject of the license or the protection of that mark.

(2) [Certain Rights of the Licensee]

A Contracting Party may not require the recordal of a license as a condition for any right that the licensee may have under the law of that Contracting Party to join infringement proceedings initiated by the holder or to obtain, by way of such proceedings, damages resulting from an infringement of the mark which is the subject of the license.

(3) [Use of a Mark Where License Is Not Recorded]

A Contracting Party may not require the recordal of a license as a condition for the use of a mark by a licensee to be deemed to

- (4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]
- a) Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf die Eintragung einer Lizenz bei ihrem Amt andere als die in den Absätzen 1 bis 3 und in Artikel 8 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf Folgendes nicht verlangt werden:
 - i) die Vorlage der Bescheinigung über die Eintragung der Marke, die Gegenstand der Lizenz ist;
 - ii) die Vorlage des Lizenzvertrags oder einer Übersetzung des Lizenzvertrags;
 - iii) eine Angabe der finanziellen Bedingungen des Lizenzvertrags.
- b) Buchstabe a lässt Verpflichtungen unberührt, die nach dem Recht einer Vertragspartei hinsichtlich der Offenlegung von Informationen zu anderen Zwecken als der Eintragung der Lizenz im Markenregister bestehen.
 - (5) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben hat, die im Antrag oder in Dokumenten, die in der Ausführungsordnung genannt werden, enthalten eind

(6) [Anträge zu Anmeldungen]

Die Absätze 1 bis 5 gelten sinngemäß für Anträge auf Eintragung einer Lizenz für eine Anmeldung, wenn eine solche Eintragung im Recht einer Vertragspartei vorgesehen ist.

Artikel 18

Antrag auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz

(1) [Erfordernisse betreffend den Antrag]

Sieht das Recht einer Vertragspartei die Eintragung von Lizenzen bei ihrem Amt vor, so kann diese Vertragspartei verlangen, dass

- i) der Antrag auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz in Übereinstimmung mit den in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Erfordernissen gestellt wird;
- ii) dem Antrag auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz die in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Belegdokumente beigefügt werden.
 - (2) [Andere Erfordernisse]

Artikel 17 Absätze 2 bis 6 gilt sinngemäß für Anträge auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz.

Artikel 19

Wirkungen der Nichteintragung einer Lizenz

(1) [Gültigkeit der Eintragung und Schutz der Marke]

Die Nichteintragung einer Lizenz beim Amt oder einer anderen Behörde der Vertragspartei berührt nicht die Gültigkeit der Eintragung der Marke, die Gegenstand der Lizenz ist, oder den Schutz dieser Marke.

(2) [Bestimmte Rechte des Lizenznehmers]

Eine Vertragspartei darf die Eintragung einer Lizenz nicht zur Voraussetzung für ein dem Lizenznehmer etwa nach dem Recht dieser Vertragspartei zustehendes Recht machen, einem vom Inhaber eingeleiteten Verletzungsverfahren beizutreten oder durch ein solches Verfahren Schadensersatz infolge der Verletzung der Marke, die Gegenstand der Lizenz ist, zu erhalten.

(3) [Benutzung einer Marke ohne Eintragung der Lizenz]

Eine Vertragspartei darf die Eintragung einer Lizenz nicht zur Voraussetzung dafür machen, dass die Benutzung einer Marke

constitute use by the holder in proceedings relating to the acquisition, maintenance and enforcement of marks.

Article 20

Indication of the License

Where the law of a Contracting Party requires an indication that the mark is used under a license, full or partial non-compliance with that requirement shall not affect the validity of the registration of the mark which is the subject of the license or the protection of that mark, and shall not affect the application of Article 19(3).

Article 21

Observations in Case of Intended Refusal

An application under Article 3 or a request under Articles 7, 10 to 14, 17 and 18 may not be refused totally or in part by an Office without giving the applicant or the requesting party, as the case may be, an opportunity to make observations on the intended refusal within a reasonable time limit. In respect of Article 14, no Office shall be required to give an opportunity to make observations where the person requesting the relief measure has already had an opportunity to present an observation on the facts on which the decision is to be based.

Article 22

Regulations

- (1) [Content]
- (a) The Regulations annexed to this Treaty provide rules concerning
 - matters which this Treaty expressly provides to be "prescribed in the Regulations";
 - (ii) any details useful in the implementation of the provisions of this Treaty;
 - (iii) any administrative requirements, matters or procedures.
- (b) The Regulations also contain Model International Forms.
 - (2) [Amending the Regulations]

Subject to paragraph (3), any amendment of the Regulations shall require three-fourths of the votes cast.

- (3) [Requirement of Unanimity]
- (a) The Regulations may specify provisions of the Regulations which may be amended only by unanimity.
- (b) Any amendment of the Regulations resulting in the addition of provisions to, or the deletion of provisions from, the provisions specified in the Regulations pursuant to subparagraph (a) shall require unanimity.
- (c) In determining whether unanimity is attained, only votes actually cast shall be taken into consideration. Abstentions shall not be considered as votes.
 - (4) [Conflict Between the Treaty and the Regulations]

In the case of conflict between the provisions of this Treaty and those of the Regulations, the former shall prevail.

durch den Lizenznehmer in Verfahren zum Erwerb, zur Aufrechterhaltung und zur Durchsetzung von Marken als Benutzung durch den Inhaber gilt.

Artikel 20

Angabe der Lizenz

Ist nach dem Recht einer Vertragspartei eine Angabe erforderlich, dass die Marke in Lizenz benutzt wird, so berührt die vollständige oder teilweise Nichterfüllung dieses Erfordernisses weder die Gültigkeit der Eintragung der Marke, die Gegenstand der Lizenz ist, noch den Schutz dieser Marke und lässt auch die Anwendung des Artikels 19 Absatz 3 unberührt.

Artikel 21

Stellungnahme im Fall einer beabsichtigten Zurückweisung

Eine Anmeldung nach Artikel 3 oder ein Antrag nach den Artikeln 7, 10 bis 14, 17 und 18 darf von einem Amt nicht als Ganzes oder zum Teil zurückgewiesen werden, ohne dass, je nach Fall, dem Anmelder oder dem Antragsteller Gelegenheit gegeben wird, zu der beabsichtigten Zurückweisung innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen. In Bezug auf Artikel 14 wird von einem Amt nicht verlangt, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wenn die um Abhilfe ersuchende Person bereits Gelegenheit hatte, zu dem Sachverhalt, auf den sich die Entscheidung stützen soll, Stellung zu nehmen.

Artikel 22

Ausführungsordnung

- (1) [Inhalt]
- a) Die diesem Vertrag beigefügte Ausführungsordnung enthält Regeln über
 - i) Angelegenheiten, die in diesem Vertrag ausdrücklich als "in der Ausführungsordnung vorgeschrieben" bezeichnet sind:
 - ii) Einzelheiten, die für die Durchführung des Vertrags zweckdienlich sind:
 - iii) verwaltungstechnische Erfordernisse, Angelegenheiten oder Verfahren.
- b) Die Ausführungsordnung enthält ferner Muster internationaler Formblätter.
 - (2) [Änderung der Ausführungsordnung]

Vorbehaltlich des Absatzes 3 sind für Änderungen der Ausführungsordnung drei Viertel der abgegebenen Stimmen erforderlich

- (3) [Erfordernis der Einstimmigkeit]
- a) In der Ausführungsordnung können Bestimmungen der Ausführungsordnung angegeben werden, die nur einstimmig geändert werden dürfen.
- Änderungen der Ausführungsordnung, die zur Hinzufügung oder Streichung von Bestimmungen nach Buchstabe a führen, erfordern Einstimmigkeit.
- c) Um festzustellen, ob Einstimmigkeit erreicht ist, werden nur die tatsächlich abgegebenen Stimmen berücksichtigt. Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.
- (4) [Widerspruch zwischen dem Vertrag und der Ausführungsordnung]

Im Fall eines Widerspruchs zwischen dem Vertrag und der Ausführungsordnung geht der Vertrag vor.

Article 23

Assembly

- (1) [Composition]
- (a) The Contracting Parties shall have an Assembly.
- (b) Each Contracting Party shall be represented in the Assembly by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors and experts. Each delegate may represent only one Contracting Party.
 - (2) [Tasks]

The Assembly shall

- (i) deal with matters concerning the development of this Treaty;
- (ii) amend the Regulations, including the Model International Forms;
- (iii) determine the conditions for the date of application of each amendment referred to in item (ii);
- (iv) perform such other functions as are appropriate to implementing the provisions of this Treaty.
 - (3) [Quorum]
- (a) One-half of the members of the Assembly which are States shall constitute a quorum.
- (b) Notwithstanding subparagraph (a), if, in any session, the number of the members of the Assembly which are States and are represented is less than one-half but equal to or more than one-third of the members of the Assembly which are States, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the conditions set forth hereinafter are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the members of the Assembly which are States and were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of such members having thus expressed their vote or abstention attains the number of the members which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect, provided that at the same time the required majority still obtains.
 - (4) [Taking Decisions in the Assembly]
- (a) The Assembly shall endeavor to take its decisions by consensus.
- (b) Where a decision cannot be arrived at by consensus, the matter at issue shall be decided by voting. In such a case,
 - each Contracting Party that is a State shall have one vote and shall vote only in its own name; and
 - (ii) any Contracting Party that is an intergovernmental organization may participate in the vote, in place of its Member States, with a number of votes equal to the number of its Member States which are party to this Treaty. No such intergovernmental organization shall participate in the vote if any one of its Member States exercises its right to vote and vice versa. In addition, no such intergovernmental organization shall participate in the vote if any one of its Member States party to this Treaty is a Member State of another such intergovernmental organization and that other intergovernmental organization participates in that vote.
 - (5) [Majorities]
- (a) Subject to Articles 22(2) and (3), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.

Artikel 23

Versammlung

- (1) [Zusammensetzung]
- a) Die Vertragsparteien haben eine Versammlung.
- b) Jede Vertragspartei wird in der Versammlung durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann. Jeder Delegierte kann nur eine Vertragspartei vertreten.
 - (2) [Aufgaben]

Die Versammlung

- i) behandelt Fragen betreffend die Entwicklung dieses Vertrags;
- ii) ändert die Ausführungsordnung, einschließlich der Muster internationaler Formblätter;
- legt die Bedingungen fest, die für den Zeitpunkt des Inkrafttretens einer Änderung nach Ziffer ii maßgebend sind;
- iv) nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die zur Durchführung dieses Vertrags geeignet sind.
 - (3) [Beschlussfähigkeit]
- a) Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn die Hälfte ihrer Mitglieder, die Staaten sind, vertreten ist.
- Ungeachtet des Buchstabens a kann die Versammlung Beschlüsse fassen, wenn während einer Tagung die Anzahl der vertretenen Mitglieder der Versammlung, die Staaten sind, zwar weniger als die Hälfte, aber mindestens ein Drittel der Mitglieder der Versammlung, die Staaten sind, beträgt; jedoch werden diese Beschlüsse mit Ausnahme der Beschlüsse über das Verfahren der Versammlung nur dann wirksam, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind. Das Internationale Büro teilt den Mitgliedern der Versammlung, die Staaten sind und nicht vertreten waren, diese Beschlüsse mit und fordert sie auf, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Zeitpunkt der Benachrichtigung an ihre Stimme oder Stimmenthaltung schriftlich bekannt zu geben. Entspricht nach Ablauf dieser Frist die Anzahl der Mitglieder, die auf diese Weise ihre Stimme oder Stimmenthaltung bekannt gegeben haben, mindestens der Anzahl der Mitglieder, die für die Beschlussfähigkeit während der Tagung gefehlt hatten, so werden die Beschlüsse wirksam, sofern gleichzeitig die erforderliche Mehrheit noch vorhanden ist.
 - (4) [Beschlussfassung in der Versammlung]
- Die Versammlung ist bestrebt, ihre Beschlüsse durch Konsens zu fassen.
- b) Gelingt es nicht, über einen Beschluss einen Konsens herbeizuführen, so wird der Beschluss über die anstehende Frage zur Abstimmung gestellt. In einem solchen Fall
 - i) verfügt jede Vertragspartei, die ein Staat ist, über eine Stimme und stimmt nur in ihrem eigenen Namen ab;
 - ii) kann eine Vertragspartei, die eine zwischenstaatliche Organisation ist, anstelle ihrer Mitgliedstaaten an der Abstimmung teilnehmen, wobei die Anzahl ihrer Stimmen der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Vertrags sind. Eine zwischenstaatliche Organisation nimmt an der Abstimmung nicht teil, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimmrecht ausübt, und umgekehrt. Außerdem nimmt eine zwischenstaatliche Organisation an der Abstimmung nicht teil, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten, der Vertragspartei dieses Vertrags ist, Mitgliedstaat einer anderen zwischenstaatlichen Organisation ist und diese an der Abstimmung teilnimmt.
 - (5) [Mehrheiten]
- a) Vorbehaltlich des Artikels 22 Absätze 2 und 3 fasst die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

- (b) In determining whether the required majority is attained, only votes actually cast shall be taken into consideration. Abstentions shall not be considered as votes.
 - (6) [Sessions]

The Assembly shall meet upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(7) [Rules of Procedure]

The Assembly shall establish its own rules of procedure, including rules for the convocation of extraordinary sessions.

Article 24

International Bureau

- (1) [Administrative Tasks]
- (a) The International Bureau shall perform the administrative tasks concerning this Treaty.
- (b) In particular, the International Bureau shall prepare the meetings and provide the secretariat of the Assembly and of such committees of experts and working groups as may be established by the Assembly.
 - (2) [Meetings Other than Sessions of the Assembly]

The Director General shall convene any committee and working group established by the Assembly.

- (3) [Role of the International Bureau in the Assembly and Other Meetings]
- (a) The Director General and persons designated by the Director General shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the committees and working groups established by the Assembly.
- (b) The Director General or a staff member designated by the Director General shall be ex officio secretary of the Assembly, and of the committees and working groups referred to in subparagraph (a).
 - (4) [Conferences]
- (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly, make the preparations for any revision conferences.
- (b) The International Bureau may consult with Member States of the Organization, intergovernmental organizations and international and national non-governmental organizations concerning the said preparations.
- (c) The Director General and persons designated by the Director General shall take part, without the right to vote, in the discussions at revision conferences.
 - (5) [Other Tasks]

The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it in relation to this Treaty.

Article 25

Revision or Amendment

This Treaty may only be revised or amended by a diplomatic conference. The convocation of any diplomatic conference shall be decided by the Assembly.

Article 26

Becoming Party to the Treaty

(1) [Eligibility]

The following entities may sign and, subject to paragraphs (2) and (3) and Article 28(1) and (3), become party to this Treaty:

- b) Um festzustellen, ob die erforderliche Mehrheit erreicht ist, werden nur die tatsächlich abgegebenen Stimmen berücksichtigt. Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.
 - (6) [Tagungen]

Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor zusammen, und zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.

(7) [Geschäftsordnung]

Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, einschließlich der Regeln zur Einberufung außerordentlicher Tagungen.

Artikel 24

Internationales Büro

- (1) [Verwaltungsaufgaben]
- a) Das Internationale Büro nimmt die Verwaltungsaufgaben bezüglich dieses Vertrags wahr.
- b) Das Internationale Büro bereitet insbesondere die Sitzungen der Versammlung sowie der etwa von ihr gebildeten Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen vor und besordt deren Sekretariat.
- (2) [Sitzungen, die nicht im Rahmen von Tagungen der Versammlung stattfinden]

Alle von der Versammlung gebildeten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen werden vom Generaldirektor einberufen.

- (3) [Rolle des Internationalen Büros in der Versammlung und bei sonstigen Sitzungen]
- a) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Versammlung und der von ihr gebildeten Ausschüsse und Arbeitsgrupnen teil.
- b) Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär der Versammlung sowie der unter Buchstabe a genannten Ausschüsse und Arbeitsgruppen.
 - (4) [Konferenzen]
- a) Das Internationale Büro bereitet nach den Weisungen der Versammlung die Revisionskonferenzen vor.
- b) Das Internationale Büro kann bei der Vorbereitung dieser Konferenzen Mitgliedstaaten der Organisation, zwischenstaatliche Organisationen sowie internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.
- Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen der Revisionskonferenzen teil.
 - (5) [Andere Aufgaben]

Das Internationale Büro nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm im Zusammenhang mit diesem Vertrag übertragen werden.

Artikel 25

Revision oder Änderung

Dieser Vertrag kann nur von einer diplomatischen Konferenz revidiert oder geändert werden. Die Einberufung einer diplomatischen Konferenz wird von der Versammlung beschlossen.

Artikel 26

Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden

(1) [Voraussetzungen]

Folgende Rechtsträger können diesen Vertrag unterzeichnen und vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 und des Artikels 28 Absätze 1 und 3 Vertragspartei werden:

- any State member of the Organization in respect of which marks may be registered with its own Office;
- (ii) any intergovernmental organization which maintains an Office in which marks may be registered with effect in the territory in which the constituting treaty of the intergovernmental organization applies, in all its Member States or in those of its Member States which are designated for such purpose in the relevant application, provided that all the Member States of the intergovernmental organization are members of the Organization;
- (iii) any State member of the Organization in respect of which marks may be registered only through the Office of another specified State that is a member of the Organization;
- (iv) any State member of the Organization in respect of which marks may be registered only through the Office maintained by an intergovernmental organization of which that State is a member:
- (v) any State member of the Organization in respect of which marks may be registered only through an Office common to a group of States members of the Organization.
 - (2) [Ratification or Accession]

Any entity referred to in paragraph (1) may deposit

- (i) an instrument of ratification, if it has signed this Treaty,
- (ii) an instrument of accession, if it has not signed this Treaty.
 - (3) [Effective Date of Deposit]

The effective date of the deposit of an instrument of ratification or accession shall be.

- in the case of a State referred to in paragraph (1)(i), the date on which the instrument of that State is deposited;
- (ii) in the case of an intergovernmental organization, the date on which the instrument of that intergovernmental organization is deposited;
- (iii) in the case of a State referred to in paragraph (1)(iii), the date on which the following condition is fulfilled: the instrument of that State has been deposited and the instrument of the other, specified State has been deposited;
- (iv) in the case of a State referred to in paragraph (1)(iv), the date applicable under item (ii), above;
- (v) in the case of a State member of a group of States referred to in paragraph (1)(v), the date on which the instruments of all the States members of the group have been deposited.

Article 27

Application of the TLT 1994 and This Treaty

(1) [Relations Between Contracting Parties to Both This Treaty and the TLT 1994]

This Treaty alone shall be applicable as regards the mutual relations of Contracting Parties to both this Treaty and the TLT 1994.

(2) [Relations Between Contracting Parties to This Treaty and Contracting Parties to the TLT 1994 That Are Not Party to This Treaty]

Any Contracting Party to both this Treaty and the TLT 1994 shall continue to apply the TLT 1994 in its relations with Contracting Parties to the TLT 1994 that are not party to this Treaty.

Article 28

Entry into Force; Effective Date of Ratifications and Accessions

(1) [Instruments to Be Taken into Consideration]

- jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken bei dessen eigenem Amt eingetragen werden können;
- ii) jede zwischenstaatliche Organisation, die ein Amt unterhält, in dem Marken mit Wirkung für das Gebiet, auf das der Gründungsvertrag der zwischenstaatlichen Organisation Anwendung findet, eingetragen werden können, sei es in allen Mitgliedstaaten oder in denjenigen Mitgliedstaaten, die zu diesem Zweck in der entsprechenden Anmeldung genannt worden sind, sofern alle Mitgliedstaaten der zwischenstaatlichen Organisation Mitglieder der Organisation sind;
- jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken nur über das Amt eines bezeichneten anderen Staates, der Mitglied der Organisation ist, eingetragen werden können;
- iv) jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken nur über das von einer zwischenstaatlichen Organisation, der dieser Staat als Mitglied angehört, unterhaltene Amt eingetragen werden können:
- v) jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken nur über ein gemeinsames Amt einer Gruppe von Staaten, die Mitglieder der Organisation sind, eingetragen werden können.
 - (2) [Ratifikation oder Beitritt]

Jeder in Absatz 1 genannte Rechtsträger kann

- i) eine Ratifikationsurkunde hinterlegen, sofern er diesen Vertrag unterzeichnet hat,
- ii) eine Beitrittsurkunde hinterlegen, sofern er diesen Vertrag nicht unterzeichnet hat.
 - (3) [Tag des Wirksamwerdens der Hinterlegung]

Der Tag des Wirksamwerdens einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ist

- i) bei einem in Absatz 1 Ziffer i genannten Staat der Tag, an dem die Urkunde des Staates hinterlegt wird:
- bei einer zwischenstaatlichen Organisation der Tag, an dem die Urkunde der zwischenstaatlichen Organisation hinterlegt wird;
- iii) bei einem in Absatz 1 Ziffer iii genannten Staat der Tag, an dem folgende Voraussetzung erfüllt ist: Die Urkunde des betreffenden Staates und die Urkunde des bezeichneten anderen Staates sind hinterlegt;
- iv) bei einem in Absatz 1 Ziffer iv genannten Staat der nach Ziffer ii geltende Tag;
- bei einem Mitgliedstaat einer in Absatz 1 Ziffer v genannten Gruppe von Staaten der Tag, an dem die Urkunden sämtlicher Mitgliedstaaten der Gruppe hinterlegt sind.

Artikel 27

Anwendung des TLT 1994 und dieses Vertrags

(1) [Verhältnis zwischen Vertragsparteien, die sowohl diesem Vertrag als auch dem TLT 1994 angehören]

Im Verhältnis zwischen Vertragsparteien, die sowohl diesem Vertrag als auch dem TLT 1994 angehören, findet nur dieser Vertrag Anwendung.

(2) [Verhältnis zwischen Vertragsparteien dieses Vertrags und Vertragsparteien des TLT 1994, die nicht Vertragsparteien dieses Vertrags sind!

Eine Vertragspartei, die sowohl diesem Vertrag als auch dem TLT 1994 angehört, wendet im Verhältnis zu Vertragsparteien des TLT 1994, die nicht Vertragsparteien dieses Vertrags sind, weiterhin den TLT 1994 an.

Artikel 28

Inkrafttreten; Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts

(1) [Zu berücksichtigende Urkunden]

For the purposes of this Article, only instruments of ratification or accession that are deposited by entities referred to in Article 26(1) and that have an effective date according to Article 26(3) shall be taken into consideration.

(2) [Entry into Force of the Treaty]

This Treaty shall enter into force three months after ten States or intergovernmental organizations referred to in Article 26(1)(ii) have deposited their instruments of ratification or accession.

(3) [Entry into Force of Ratifications and Accessions Subsequent to the Entry into Force of the Treaty]

Any entity not covered by paragraph (2) shall become bound by this Treaty three months after the date on which it has deposited its instrument of ratification or accession.

Article 29

Reservations

(1) [Special Kinds of Marks]

Any State or intergovernmental organization may declare through a reservation that, notwithstanding Article 2(1) and (2)(a), any of the provisions of Articles 3(1), 5, 7, 8(5), 11 and 13 shall not apply to associated marks, defensive marks or derivative marks. Such reservation shall specify those of the aforementioned provisions to which the reservation relates.

(2) [Multiple-class Registration]

Any State or intergovernmental organization, whose legislation at the date of adoption of this Treaty provides for a multiple-class registration for goods and for a multiple-class registration for services may, when acceding to this Treaty, declare through a reservation that the provisions of Article 6 shall not apply.

(3) [Substantive Examination on the Occasion of Renewal]

Any State or intergovernmental organization may declare through a reservation that, notwithstanding Article 13(4), the Office may, on the occasion of the first renewal of a registration covering services, examine such registration as to substance, provided that such examination shall be limited to the elimination of multiple registrations based on applications filed during a period of six months following the entry into force of the law of such State or organization that introduced, before the entry into force of this Treaty, the possibility of registering service marks.

(4) [Certain Rights of the Licensee]

Any State or intergovernmental organization may declare through a reservation that, notwithstanding Article 19(2), it requires the recordal of a license as a condition for any right that the licensee may have under the law of that State or intergovernmental organization to join infringement proceedings initiated by the holder or to obtain, by way of such proceedings, damages resulting from an infringement of the mark which is the subject of the license.

(5) [Modalities]

Any reservation under paragraphs (1), (2), (3) or (4) shall be made in a declaration accompanying the instrument of ratification of, or accession to, this Treaty of the State or intergovernmental organization making the reservation.

(6) [Withdrawal]

Any reservation under paragraphs (1), (2), (3) or (4) may be withdrawn at any time.

Für die Zwecke dieses Artikels werden nur Ratifikations- oder Beitrittsurkunden berücksichtigt, die von den in Artikel 26 Absatz 1 bezeichneten Rechtsträgern hinterlegt worden sind und die einen Tag des Wirksamwerdens nach Artikel 26 Absatz 3 haben.

(2) [Inkrafttreten des Vertrags]

Dieser Vertrag tritt drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von zehn Staaten oder in Artikel 26 Absatz 1 Ziffer ii bezeichneten zwischenstaatlichen Organisationen in Kraft.

(3) [Inkrafttreten der Ratifikation und des Beitritts nach Inkrafttreten des Vertrags]

Jeder nicht unter Absatz 2 fallende Rechtsträger ist durch diesen Vertrag gebunden, sobald drei Monate nach dem Tag vergangen sind, an dem er seine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat.

Artikel 29

Vorbehalte

(1) [Besondere Arten von Marken]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann durch einen Vorbehalt erklären, dass ungeachtet des Artikels 2 Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe a Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 1, der Artikel 5, 7, 8 Absatz 5 sowie der Artikel 11 und 13 nicht auf verbundene Marken, Defensivmarken oder abgeleitete Marken Anwendung finden. In dem Vorbehalt sind diejenigen der vorbezeichneten Bestimmungen anzugeben, auf die sich der Vorbehalt bezieht.

(2) [Eintragung mehrerer Klassen]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation, deren Rechtsvorschriften zum Zeitpunkt der Annahme dieses Vertrags die Eintragung mehrerer Klassen für Waren und die Eintragung mehrerer Klassen für Dienstleistungen vorsieht, kann beim Beitritt zu diesem Vertrag durch einen Vorbehalt erklären, dass Artikel 6 nicht anwendbar ist.

(3) [Prüfung dem Grunde nach anlässlich der Erneuerung]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann durch einen Vorbehalt erklären, dass ungeachtet des Artikels 13 Absatz 4 das Amt anlässlich der ersten Erneuerung einer Eintragung, die sich auf Dienstleistungen erstreckt, diese Eintragung dem Grunde nach prüfen kann, sofern sich die Prüfung auf die Beseitigung von Mehrfacheintragungen beschränkt, denen Anmeldungen zugrunde liegen, die innerhalb von sechs Monaten anch Inkrafttreten der Rechtsvorschrift des Staates oder der zwischenstaatlichen Organisation eingereicht wurden, mit der vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags die Möglichkeit der Eintragung von Dienstleistungsmarken eingeführt wurde.

(4) [Bestimmte Rechte des Lizenznehmers]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann durch einen Vorbehalt erklären, dass ungeachtet des Artikels 19 Absatz 2 die Eintragung einer Lizenz die Voraussetzung für ein dem Lizenznehmer etwa nach dem Recht des Staates oder der zwischenstaatlichen Organisation zustehendes Recht ist, einem vom Inhaber eingeleiteten Verletzungsverfahren beizutreten oder durch ein solches Verfahren Schadensersatz infolge der Verletzung der Marke, die Gegenstand der Lizenz ist, zu erhalten.

(5) [Modalitäten]

Vorbehalte nach Absatz 1, 2, 3 oder 4 werden in einer Erklärung angebracht, die der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde des betreffenden Staates oder der betreffenden zwischenstaatlichen Organisation zu diesem Vertrag beigefügt wird.

(6) [Rücknahme]

Vorbehalte nach Absatz 1, 2, 3 oder 4 können jederzeit zurückgenommen werden.

(7) [Prohibition of Other Reservations]

No reservation to this Treaty other than the reservations allowed under paragraphs (1), (2), (3) and (4) shall be permitted.

Article 30

Denunciation of the Treaty

(1) [Notification]

Any Contracting Party may denounce this Treaty by notification addressed to the Director General.

(2) [Effective Date]

Denunciation shall take effect one year from the date on which the Director General has received the notification. It shall not affect the application of this Treaty to any application pending or any mark registered in respect of the denouncing Contracting Party at the time of the expiration of the said one-year period, provided that the denouncing Contracting Party may, after the expiration of the said one-year period, discontinue applying this Treaty to any registration as from the date on which that registration is due for renewal.

Article 31

Languages of the Treaty; Signature

- (1) [Original Texts; Official Texts]
- (a) This Treaty shall be signed in a single original in the English, Arabic, Chinese, French, Russian and Spanish languages, all texts being equally authentic.
- (b) An official text in a language not referred to in subparagraph (a) that is an official language of a Contracting Party shall be established by the Director General after consultation with the said Contracting Party and any other interested Contracting Party.
 - (2) [Time Limit for Signature]

This Treaty shall remain open for signature at the headquarters of the Organization for one year after its adoption.

Article 32

Depositary

The Director General shall be the depositary of this Treaty.

(7) [Ausschluss anderer Vorbehalte]

Andere als die in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 gestatteten Vorbehalte zu diesem Vertrag sind nicht zulässig.

Artikel 30

Kündigung des Vertrags

(1) [Notifikation]

Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen.

(2) [Tag des Wirksamwerdens]

Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem der Generaldirektor die Notifikation erhalten hat. Sie lässt die Anwendung dieses Vertrags auf die zum Zeitpunkt des Ablaufs dieser Einjahresfrist anhängigen Anmeldungen oder eingetragenen Marken in Bezug auf die kündigende Vertragspartei unberührt; allerdings kann die kündigende Vertragspartei nach Ablauf dieser Einjahresfrist die Anwendung des Vertrags auf eine Eintragung zu dem Zeitpunkt beenden, zu dem die Erneuerung der Eintragung fällig ist.

Artikel 31

Vertragssprachen; Unterzeichnung

- (1) [Urschriften; amtliche Texte]
- Dieser Vertrag wird in einer Urschrift in englischer, arabischer, chinesischer, französischer, russischer und spanischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
- b) Ein amtlicher Text in einer unter Buchstabe a nicht genannten Sprache, die eine Amtssprache einer Vertragspartei ist, wird vom Generaldirektor nach Konsultierung der betreffenden Vertragspartei und aller anderen beteiligten Vertragsparteien hergestellt.
 - (2) [Unterzeichnungsfrist]

Dieser Vertrag liegt nach seiner Annahme ein Jahr lang am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf.

Artikel 32

Verwahrer

Der Generaldirektor ist Verwahrer dieses Vertrags.

Ausführungsordnung zum Markenrechtsvertrag von Singapur

Regulations under the Singapore Treaty on the Law of Trademarks

(Übersetzung)

List of Rules

Rule 1: Abbreviated Expressions Rule 2: Manner of Indicating Names and Addresses Rule 3: Details Concerning the Application Rule 4: Details Concerning Representation and Address for Service

- Rule 5: Details Concerning the Filing DateRule 6: Details Concerning Communications
- Rule 7: Manner of Identification of an Application Without Its Applica-
- Rule 8: Details Concerning Duration and Renewal
- Rule 9: Relief Measures in Case of Failure to Comply with Time Limits
- Rule 10: Requirements Concerning the Request for Recordal of a License or for Amendment or Cancellation of the Recordal of a License

List of Model International Forms

- Form No. 1: Application for the Registration of a Mark
- Form No. 2: Power of Attorney
- Form No. 3: Request for the Recordal of Change(s) in Name(s) and/or Address(es)
- Form No. 4: Request for the Recordal of a Change in Ownership in Respect of Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
- Form No. 5: Certificate of Transfer in Respect of Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
- Form No. 6: Transfer Document in Respect of Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
- Form No. 7: Request for the Correction of Mistake(s) in Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
- Form No. 8: Request for the Renewal of a Registration
- Form No. 9: Request for Recordal of License
- Form No. 10: Statement of License
- Form No. 11: Statement of Amendment of License Form No. 12: Statement of Cancellation of License

Rule 1

Abbreviated Expressions

- (1) [Abbreviated Expressions Defined in the Regulations]
 For the purposes of these Regulations, unless expressly stated
- (i) "Treaty" means the Singapore Treaty on the Law of Trademarks:
- (ii) "Article" refers to the specified Article of the Treaty;
- (iii) "exclusive license" means a license which is only granted to one licensee and which excludes the holder from using the mark and from granting licenses to any other person;

Verzeichnis der Regeln

Regel 1: Kurzbezeichnungen

Regel 2: Angabe von Namen und Anschriften

Regel 3: Einzelheiten bezüglich der Anmeldung

Regel 4: Einzelheiten bezüglich der Vertretung und der Zustellungsanschrift

Regel 5: Einzelheiten bezüglich des Anmeldedatums

Regel 6: Einzelheiten bezüglich Nachrichten

Regel 7: Bezeichnung einer Anmeldung bei fehlender Anmeldenummer

Regel 8: Einzelheiten bezüglich Laufzeit und Erneuerung

Regel 9: Abhilfe bei Fristversäumnissen

Regel 10: Erfordernisse für den Antrag auf Eintragung einer Lizenz oder auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz

Verzeichnis der Muster internationaler Formblätter

- Formblatt Nr. 1: Anmeldung zur Eintragung einer Marke
- Formblatt Nr. 2: Vollmacht
- Formblatt Nr. 3: Antrag auf Eintragung von Namens- und/oder Anschriftsänderungen
- Formblatt Nr. 4: Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft in Bezug auf Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken
- Formblatt Nr. 5: Bestätigung des Rechtsübergangs in Bezug auf Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken
- Formblatt Nr. 6: Dokument über den Rechtsübergang in Bezug auf Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken
- Formblatt Nr. 7: Antrag auf Berichtigung von Fehlern in Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken
- Formblatt Nr. 8: Antrag auf Erneuerung einer Eintragung
- Formblatt Nr. 9: Antrag auf Eintragung einer Lizenz
- Formblatt Nr. 10: Lizenzerklärung
- Formblatt Nr. 11: Erklärung über die Änderung einer Lizenz Formblatt Nr. 12: Erklärung über die Löschung einer Lizenz

Regel 1

Kurzbezeichnungen

- (1) [In der Ausführungsordnung definierte Kurzbezeichnungen] Im Sinne dieser Ausführungsordnung und sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist,
- i) bedeutet "Vertrag" den Markenrechtsvertrag von Singapur;
- ii) verweist "Artikel" auf den jeweils bezeichneten Artikel des Vertrags:
- iii) bedeutet "ausschließliche Lizenz" eine Lizenz, die nur einem Lizenznehmer erteilt wird und die dem Inhaber verbietet, die Marke zu benutzen und anderen Personen Lizenzen zu erteilen:

- (iv) "sole license" means a license which is only granted to one licensee and which excludes the holder from granting licenses to any other person but does not exclude the holder from using the mark;
- (v) "non-exclusive license" means a license which does not exclude the holder from using the mark or from granting licenses to any other person.
 - (2) [Abbreviated Expressions Defined in the Treaty]

The abbreviated expressions defined in Article 1 for the purposes of the Treaty shall have the same meaning for the purposes of these Regulations.

Rule 2

Manner of Indicating Names and Addresses

- (1) [Names]
- (a) Where the name of a person is to be indicated, any Contracting Party may require,
 - (i) where the person is a natural person, that the name to be indicated be the family or principal name and the given or secondary name or names of that person or that the name to be indicated be, at that person's option, the name or names customarily used by the said person;
 - (ii) where the person is a legal entity, that the name to be indicated be the full official designation of the legal entity.
- (b) Where the name of a representative which is a firm or partnership is to be indicated, any Contracting Party shall accept as indication of the name the indication that the firm or partnership customarily uses.
 - (2) [Addresses]
- (a) Where the address of a person is to be indicated, any Contracting Party may require that the address be indicated in such a way as to satisfy the customary requirements for prompt postal delivery at the indicated address and, in any case, consist of all the relevant administrative units up to, and including, the house or building number, if any.
- (b) Where a communication to the Office of a Contracting Party is in the name of two or more persons with different addresses, that Contracting Party may require that such communication indicate a single address as the address for correspondence.
- (c) The indication of an address may contain a telephone number, a telefacsimile number and an e-mail address and, for the purposes of correspondence, an address different from the address indicated under subparagraph (a).
- (d) Subparagraphs (a) and (c) shall apply, mutatis mutandis, to addresses for service.
 - (3) [Other Means of Identification]

Any Contracting Party may require that a communication to the Office indicate the number or other means of identification, if any, with which the applicant, holder, representative or interested person is registered with its Office. No Contracting Party may refuse a communication on grounds of failure to comply with any such requirement, except for applications filed in electronic form.

(4) [Script to Be Used]

Any Contracting Party may require that any indication referred to in paragraphs (1) to (3) be in the script used by the Office.

- iv) bedeutet "Alleinlizenz" eine Lizenz, die nur einem Lizenznehmer erteilt wird und die dem Inhaber verbietet, anderen Personen Lizenzen zu erteilen, ihm aber nicht verbietet, die Marke zu benutzen;
- v) bedeutet "nicht ausschließliche Lizenz" eine Lizenz, die dem Inhaber nicht verbietet, die Marke zu benutzen oder anderen Personen Lizenzen zu erteilen.
 - (2) [Im Vertrag definierte Kurzbezeichnungen]

Die in Artikel 1 für die Zwecke des Vertrags definierten Kurzbezeichnungen haben für die Zwecke dieser Ausführungsordnung dieselbe Bedeutung.

Regel 2

Angabe von Namen und Anschriften

- (1) [Namen]
- a) Ist der Name einer Person anzugeben, so kann jede Vertragspartei verlangen,
 - i) dass bei einer natürlichen Person als Name der Familienname oder der Hauptname und der Vor- oder Beiname beziehungsweise die Vor- oder Beinamen der Person oder, nach Wahl dieser Person, der Name oder die Namen, die von der betreffenden Person üblicherweise benutzt werden, anzugeben sind;
 - ii) dass bei einer juristischen Person als Name die volle amtliche Bezeichnung der juristischen Person anzugeben ist.
- b) Ist der Name eines Vertreters anzugeben, bei dem es sich um eine Kanzlei oder Kanzleigemeinschaft handelt, so erkennt jede Vertragspartei als Namensangabe die Bezeichnung an, welche die Kanzlei oder Kanzleigemeinschaft üblicherweise benutzt.
 - (2) [Anschriften]
- a) Ist die Anschrift einer Person anzugeben, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass die Anschrift in einer Weise angegeben wird, die den üblichen Erfordernissen für eine schnelle Postzustellung an die angegebene Anschrift entspricht, und in jedem Fall alle maßgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls einschließlich der Haus- oder Gebäudenummer, enthält.
- b) In Bezug auf Nachrichten, die im Namen mehrerer Personen mit unterschiedlichen Anschriften an das Amt einer Vertragspartei gerichtet werden, kann eine Vertragspartei verlangen, dass darin eine einzige Anschrift als Anschrift für Zuschriften angegeben wird.
- c) Die Angabe einer Anschrift kann eine Telefonnummer, eine Telefaxnummer und eine E-Mail-Adresse sowie für Zuschriften eine von der unter Buchstabe a angegebenen Anschrift abweichende Anschrift enthalten.
- d) Die Buchstaben a und c gelten sinngemäß für die Zustellungsanschriften.
 - (3) [Andere Mittel zur Identifizierung]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass in einer Nachricht an das Amt die Nummer oder gegebenenfalls ein anderes Mittel zur Identifizierung angegeben wird, unter der beziehungsweise mit dem der Anmelder, Inhaber, Vertreter oder eine beteiligte Person bei ihrem Amt eingetragen ist. Eine Vertragspartei darf eine Nachricht nicht wegen Nichterfüllung eines solchen Erfordernisses zurückweisen, es sei denn, es handelt sich um eine in elektronischer Form eingereichte Anmeldung.

(4) [Zu benutzende Schrift]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Angaben in der von dem Amt benutzten Schrift gemacht werden.

Rule 3

Details Concerning the Application

(1) [Standard Characters]

Where the Office of a Contracting Party uses characters (letters and numbers) that it considers as being standard, and where the application contains a statement to the effect that the applicant wishes that the mark be registered and published in the standard characters used by the Office, the Office shall register and publish that mark in such standard characters.

(2) [Mark Claiming Color]

Where the application contains a statement to the effect that the applicant wishes to claim color as a distinctive feature of the mark, the Office may require that the application indicate the name or code of the color or colors claimed and an indication, in respect of each color, of the principal parts of the mark which are in that color.

- (3) [Number of Reproductions]
- (a) Where the application does not contain a statement to the effect that the applicant wishes to claim color as a distinctive feature of the mark, a Contracting Party may not require more than
 - (i) five reproductions of the mark in black and white where the application may not, under the law of that Contracting Party, or does not contain a statement to the effect that the applicant wishes the mark to be registered and published in the standard characters used by the Office of the said Contracting Party;
 - (ii) one reproduction of the mark in black and white where the application contains a statement to the effect that the applicant wishes the mark to be registered and published in the standard characters used by the Office of that Contracting Party.
- (b) Where the application contains a statement to the effect that the applicant wishes to claim color as a distinctive feature of the mark, a Contracting Party may not require more than five reproductions of the mark in black and white and five reproductions of the mark in color.
 - (4) [Three-Dimensional Mark]
- (a) Where the application contains a statement to the effect that the mark is a three-dimensional mark, the reproduction of the mark shall consist of a two-dimensional graphic or photographic reproduction.
- (b) The reproduction furnished under subparagraph (a) may, at the option of the applicant, consist of one single view of the mark or of several different views of the mark.
- (c) Where the Office considers that the reproduction of the mark furnished by the applicant under subparagraph (a) does not sufficiently show the particulars of the three-dimensional mark, it may invite the applicant to furnish, within a reasonable time limit fixed in the invitation, up to six different views of the mark and/or a description by words of that mark.
- (d) Where the Office considers that the different views and/or the description of the mark referred to in subparagraph (c) still do not sufficiently show the particulars of the three dimensional mark, it may invite the applicant to furnish, within a reasonable time limit fixed in the invitation, a specimen of the mark.

Regel 3

Einzelheiten bezüglich der Anmeldung

(1) [Übliche Schriftzeichen]

Verwendet das Amt einer Vertragspartei Schriftzeichen (Buchstaben und Ziffern), die es als üblich ansieht, und enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass der Anmelder wünscht, dass die Marke in den von dem Amt benutzten üblichen Schriftzeichen eingetragen und veröffentlicht wird, so nimmt das Amt die Eintragung und Veröffentlichung der Marke in diesen üblichen Schriftzeichen vor.

(2) [Marke mit Farbanspruch]

In Bezug auf Anmeldungen, die eine Erklärung dahin gehend enthalten, dass der Anmelder Farbe als unterscheidendes Merkmal der Marke zu beanspruchen wünscht, kann das Amt verlangen, dass in der Anmeldung die Bezeichnung oder der Code der beanspruchten Farbe oder der beanspruchten Farben und für jede Farbe die wesentlichen Teile der Marke, die in dieser Farbe erscheinen, angegeben werden.

- (3) [Anzahl der Wiedergaben]
- a) In Bezug auf Anmeldungen, die keine Erklärung dahin gehend enthalten, dass der Anmelder Farbe als unterscheidendes Merkmal der Marke zu beanspruchen wünscht, darf eine Vertragspartei nicht mehr als Folgendes verlangen:
 - fünf Wiedergaben der Marke in Schwarzweiß, wenn die Anmeldung nach dem Recht der Vertragspartei keine Erklärung dahin gehend enthalten darf oder eine Erklärung dahin gehend nicht enthält, dass der Anmelder die Eintragung und Veröffentlichung der Marke in den von dem Amt der Vertragspartei benutzten üblichen Schriftzeichen wünscht:
 - ii) eine Wiedergabe der Marke in Schwarzweiß, wenn die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend enthält, dass auf Wunsch des Anmelders die Marke in den von dem Amt der Vertragspartei benutzten üblichen Schriftzeichen einzutragen und zu veröffentlichen ist.
- b) In Bezug auf Anmeldungen, die eine Erklärung dahin gehend enthalten, dass der Anmelder Farbe als unterscheidendes Merkmal der Marke zu beanspruchen wünscht, darf eine Vertragspartei nicht mehr als fünf Wiedergaben der Marke in Schwarzweiß und fünf Wiedergaben der Marke in Farbe verlangen.
 - (4) [Dreidimensionale Marke]
- a) Enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass es sich bei der Marke um eine dreidimensionale Marke handelt, so muss die Wiedergabe der Marke aus einer zweidimensionalen grafischen oder fotografischen Wiedergabe bestehen.
- b) Die nach Buchstabe a vorgelegte Wiedergabe kann nach Wahl des Anmelders aus einer einzigen Ansicht der Marke oder aus mehreren verschiedenen Ansichten der Marke bestehen.
- c) Ist das Amt der Auffassung, dass die vom Anmelder nach Buchstabe a eingereichte Wiedergabe der Marke die Einzelheiten der dreidimensionalen Marke nicht ausreichend veranschaulicht, so kann es den Anmelder auffordern, innerhalb einer angemessenen, in der Aufforderung festgesetzten Frist bis zu sechs verschiedene Ansichten der Marke und/oder eine Beschreibung dieser Marke in Worten vorzulegen.
- d) Ist das Amt der Auffassung, dass die unter Buchstabe c genannten verschiedenen Ansichten und/oder die dort genannte Beschreibung der Marke in Worten die Einzelheiten der dreidimensionalen Marke immer noch nicht ausreichend veranschaulichen, so kann es den Anmelder auffordern, innerhalb einer angemessenen, in der Aufforderung festgesetzten Frist ein Muster der Marke vorzulegen.

- (e) Notwithstanding subparagraphs (a) to (d), a sufficiently clear reproduction showing the three-dimensional character of the mark in one view shall be sufficient for the granting of a filing date.
- (f) Paragraph (3)(a)(i) and (b) shall apply mutatis mutandis.

(5) [Hologram Mark]

Where the application contains a statement to the effect that the mark is a hologram mark, the representation of the mark shall consist of one or several views of the mark capturing the holographic effect in its entirety. Where the Office considers that the view or views submitted do not capture the holographic effect in its entirety, it may require the furnishing of additional views. The Office may also require the applicant to furnish a description of the hologram mark.

(6) [Motion Mark]

Where the application contains a statement to the effect that the mark is a motion mark, the representation of the mark shall, at the option of the Office, consist of one image or a series of still or moving images depicting movement. Where the Office considers that the image or images submitted do not depict movement, it may require the furnishing of additional images. The Office may also require that the applicant furnish a description explaining the movement.

(7) [Color Mark]

Where the application contains a statement to the effect that the mark is a color *per* se mark or a combination of colors without delineated contours, the reproduction of the mark shall consist of a sample of the color or colors. The Office may require a designation of the color or colors by using their common names. The Office may also require a description on how the color is or the colors are applied to the goods or used in relation to the services. The Office may further require an indication of the color or colors by a recognized color code chosen by the applicant and accepted by the Office.

(8) [Position Mark]

Where the application contains a statement to the effect that the mark is a position mark, the reproduction of the mark shall consist of a single view of the mark showing its position on the product. The Office may require that matter for which protection is not claimed shall be indicated. The Office may also require a description explaining the position of the mark in relation to the product.

(9) [Sound Mark]

Where the application contains a statement to the effect that the mark is a sound mark, the representation of the mark shall, at the option of the Office, consist of a musical notation on a stave, or a description of the sound constituting the mark, or an analog or digital recording of that sound, or any combination thereof.

(10) [Mark Consisting of a Non-Visible Sign other than a Sound Mark]

Where the application contains a statement to the effect that the mark consists of a non-visible sign, other than a Sound Mark, a Contracting Party may require one or more representations of the mark, an indication of the type of mark and details concerning the mark, as prescribed by the law of that Contracting Party.

(11) [Transliteration of the Mark]

For the purposes of Article 3(1)(a)(xiii), where the mark consists of or contains matter in script other than the script used by the

- e) Ungeachtet der Buchstaben a bis d reicht eine hinreichend deutliche Wiedergabe des dreidimensionalen Charakters der Marke in einer Ansicht für die Zuweisung eines Anmeldedatums aus.
- f) Absatz 3 Buchstaben a Ziffer i und b gilt sinngemäß.

(5) [Hologramm-Marke]

Enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass es sich bei der Marke um eine Hologramm-Marke handelt, so muss die Darstellung der Marke aus einer oder mehreren Ansichten der Marke bestehen, die den holografischen Effekt vollständig erfassen. Ist das Amt der Auffassung, dass der holografische Effekt von der eingereichten Ansicht beziehungsweise den eingereichten Ansichten nicht vollständig erfasst ist, so kann es die Vorlage weiterer Ansichten verlangen. Das Amt kann vom Anmelder auch die Vorlage einer Beschreibung der Hologramm-Marke verlangen.

(6) [Bewegungsmarke]

Enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass es sich bei der Marke um eine Bewegungsmarke handelt, so muss die Darstellung der Marke nach Wahl des Amtes aus einem Bild oder einer Reihe von bewegten oder nicht bewegten Bildern bestehen, welche die Bewegung anschaulich darstellen. Ist das Amt der Auffassung, dass das eingereichte Bild beziehungsweise die eingereichten Bilder die Bewegung nicht anschaulich darstellen, so kann es die Vorlage weiterer Bilder verlangen. Das Amt kann vom Anmelder auch die Vorlage einer Beschreibung verlangen, in der die Bewegung erklärt wird.

(7) [Farbmarke]

Enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass es sich bei der Marke um eine Farbmarke per se oder um eine Farbzusammenstellung ohne figürliche Begrenzung handelt, so muss die Wiedergabe der Marke aus einem Muster der Farbe oder der Farben bestehen. Das Amt kann eine Bezeichnung der Farbe oder der Farben unter Verwendung ihrer gängigen Benennungen verlangen. Das Amt kann auch eine Beschreibung verlangen, aus der hervorgeht, wie die Farbe oder die Farben die Waren kennzeichnen oder in Bezug auf die Dienstleistungen verwendet werden. Das Amt kann darüber hinaus verlangen, dass die Farbe oder die Farben anhand eines vom Anmelder ausgewählten und vom Amt zugelassenen anerkannten Farbcodes angegeben werden.

(8) [Positionsmarke]

Enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass es sich bei der Marke um eine Positionsmarke handelt, so muss die Wiedergabe der Marke aus einer einzelnen Ansicht der Marke bestehen, die ihre Position auf dem Produkt zeigt. Das Amt kann verlangen, dass angegeben wird, wofür kein Schutz beansprucht wird. Das Amt kann auch eine Beschreibung verlangen, in der die Position der Marke im Verhältnis zu dem Produkt erklärt wird.

(9) [Hörmarke]

Enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass es sich bei der Marke um eine Hörmarke handelt, so muss die Darstellung der Marke nach Wahl des Amtes in Notenschrift, durch eine Beschreibung des die Marke bildenden Klanges, durch eine analoge oder digitale Aufnahme dieses Klanges oder durch eine Kombination davon erfolgen.

(10) [Aus einem nicht sichtbaren Zeichen bestehende Marke, bei der es sich nicht um eine Hörmarke handelt]

In Bezug auf Anmeldungen, die eine Erklärung dahin gehend enthalten, dass die Marke, bei der es sich nicht um eine Hörmarke handelt, aus einem nicht sichtbaren Zeichen besteht, kann eine Vertragspartei nach Maßgabe ihres Rechts eine oder mehrere Darstellungen der Marke, eine Angabe zur Markenform sowie Einzelheiten zur Marke verlangen.

(11) [Transliteration der Marke]

In Bezug auf Marken, die ganz oder teilweise aus einer anderen als der von dem Amt benutzten Schrift oder aus anderen als den Office or numbers expressed in numerals other than numerals used by the Office, a transliteration of such matter in the script and numerals used by the Office may be required.

(12) [Translation of the Mark]

For the purposes of Article 3(1)(a)(xiv), where the mark consists of or contains a word or words in a language other than the language, or one of the languages, admitted by the Office, a translation of that word or those words into that language or one of those languages may be required.

(13) [Time Limit for Furnishing Evidence of Actual Use of the Markl

The time limit referred to in Article 3(3) shall not be shorter than six months counted from the date of allowance of the application by the Office of the Contracting Party where that application was filed. The applicant or holder shall have the right to an extension of that time limit, subject to the conditions provided for by the law of that Contracting Party, by periods of at least six months each, up to a total extension of at least two years and a half.

Rule 4

Details Concerning Representation and Address for Service

(1) [Address Where a Representative Is Appointed]

Where a representative is appointed, a Contracting Party shall consider the address of that representative to be the address for service.

(2) [Address Where No Representative Is Appointed]

Where no representative is appointed and an applicant, holder or other interested person has provided as its address an address on the territory of the Contracting Party, that Contracting Party shall consider that address to be the address for service.

(3) [Time Limit]

The time limit referred to in Article 4(3)(d) shall be counted from the date of receipt of the communication referred to in that Article by the Office of the Contracting Party concerned and shall not be less than one month where the address of the person on whose behalf the communication is made is on the territory of that Contracting Party and not less than two months where such an address is outside the territory of that Contracting Party.

Rule 5

Details Concerning the Filing Date

(1) [Procedure in Case of Non-Compliance with Requirements]

If the application does not, at the time of its receipt by the Office, comply with any of the applicable requirements of Article 5(1)(a) or (2)(a), the Office shall promptly invite the applicant to comply with such requirements within a time limit indicated in the invitation, which time limit shall be at least one month from the date of the invitation where the applicant's address is on the territory of the Contracting Party concerned and at least two months where the applicant's address is outside the territory of the Contracting Party concerned. Compliance with the invitation may be subject to the payment of a special fee. Even if the Office fails to send the said invitation, the said requirements remain unaffected.

(2) [Filing Date in Case of Correction]

If, within the time limit indicated in the invitation, the applicant complies with the invitation referred to in paragraph (1) and pays any required special fee, the filing date shall be the date on which all the required indications and elements referred to in Art-

von dem Amt benutzten Ziffern bestehen, kann für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xiii eine Transliteration dieser Schrift und dieser Ziffern in die von dem Amt benutzte Schrift und in die von dem Amt benutzten Ziffern verlangt werden.

(12) [Übersetzung der Marke]

In Bezug auf Marken, die ganz oder teilweise aus einem Wort oder mehreren Wörtern in einer von dem Amt nicht zugelassenen Sprache bestehen, kann für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xiv eine Übersetzung dieses Wortes oder dieser Wörter in eine von dem Amt zugelassene Sprache verlangt werden.

(13) [Frist für die Vorlage des Nachweises über die tatsächliche Benutzung der Marke]

Die in Artikel 3 Absatz 3 genannte Frist beträgt mindestens sechs Monate, gerechnet ab dem Datum der Zulassung der Anmeldung durch das Amt der Vertragspartei, bei dem die Anmeldung eingereicht wurde. Der Anmelder oder der Inhaber hat unter den im Recht der betreffenden Vertragspartei vorgesehenen Voraussetzungen Anspruch auf Verlängerung dieser Frist um jeweils mindestens sechs Monate bis zu einer Gesamtverlängerung von mindestens zweieinhalb Jahren.

Regel 4

Einzelheiten bezüglich der Vertretung und der Zustellungsanschrift

(1) [Anschrift bei Bestellung eines Vertreters]

Bei Bestellung eines Vertreters sieht eine Vertragspartei die Anschrift dieses Vertreters als Zustellungsanschrift an.

(2) [Anschrift ohne Bestellung eines Vertreters]

Wird kein Vertreter bestellt und hat ein Anmelder, Inhaber oder eine andere beteiligte Person als seine/ihre Anschrift eine Anschrift im Gebiet der Vertragspartei angegeben, so sieht diese Vertragspartei diese Anschrift als Zustellungsanschrift an.

(3) [Frist]

Die in Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe d genannte Frist wird ab dem Datum des Eingangs der in jenem Artikel genannten Nachricht bei dem Amt der betreffenden Vertragspartei gerechnet und beträgt mindestens einen Monat, wenn sich die Anschrift der Person, in deren Namen die Nachricht eingereicht wird, im Gebiet dieser Vertragspartei befindet, und mindestens zwei Monate, wenn sich die Anschrift außerhalb des Gebiets dieser Vertragspartei befindet.

Regel 5

Einzelheiten bezüglich des Anmeldedatums

(1) [Verfahren im Fall der Nichterfüllung von Erfordernissen]

Erfüllt die Anmeldung zum Zeitpunkt ihres Eingangs bei dem Amt eines der anzuwendenden Erfordernisse des Artikels 5 Absätze 1 Buchstabe a oder 2 Buchstabe a nicht, so fordert das Amt den Anmelder umgehend auf, diese Erfordernisse innerhalb einer in der Aufforderung angegebenen Frist zu erfüllen, die mindestens einen Monat ab dem Datum der Aufforderung beträgt, wenn sich die Anschrift des Anmelders im Gebiet der betreffenden Vertragspartei befindet, und mindestens zwei Monate, wenn sich die Anschrift des Anmelders außerhalb des Gebiets der betreffenden Vertragspartei befindet. Für die Befolgung der Aufforderung kann die Zahlung einer besonderen Gebühr verlangt werden. Selbst wenn das Amt es unterlässt, die genannte Aufforderung zu übersenden, bleiben die genannten Erfordernisse unberührt.

(2) [Anmeldedatum im Fall einer Berichtigung]

Kommt der Anmelder innerhalb der in der Aufforderung angegebenen Frist der in Absatz 1 genannten Aufforderung nach und entrichtet er eine etwa erforderliche besondere Gebühr, so gilt als Anmeldedatum das Datum des Tages, an dem alle in Arti-

icle 5(1)(a) have been received by the Office and, where applicable, the required fees referred to in Article 5(2)(a) have been paid to the Office. Otherwise, the application shall be treated as if it had not been filed.

Rule 6

Details Concerning Communications

(1) [Indications Accompanying Signature of Communications on Paper]

Any Contracting Party may require that the signature of the natural person who signs be accompanied by

- an indication in letters of the family or principal name and the given or secondary name or names of that person or, at the option of that person, of the name or names customarily used by the said person;
- (ii) an indication of the capacity in which that person signed, where such capacity is not obvious from reading the communication.
 - (2) [Date of Signing]

Any Contracting Party may require that a signature be accompanied by an indication of the date on which the signing was effected. Where that indication is required but is not supplied, the date on which the signing is deemed to have been effected shall be the date on which the communication bearing the signature was received by the Office or, if the Contracting Party so allows, a date earlier than the latter date.

(3) [Signature of Communications on Paper]

Where a communication to the Office of a Contracting Party is on paper and a signature is required, that Contracting Party

- (i) shall, subject to item (iii), accept a handwritten signature;
- (ii) may permit, instead of a handwritten signature, the use of other forms of signature, such as a printed or stamped signature, or the use of a seal or of a bar-coded label;
- (iii) may, where the natural person who signs the communication is a national of the Contracting Party and such person's address is on its territory, or where the legal entity on behalf of which the communication is signed is organized under its law and has either a domicile or a real and effective industrial or commercial establishment on its territory, require that a seal be used instead of a handwritten signature.
- (4) [Signature of Communications on Paper Filed by Electronic Means of Transmittal]

A Contracting Party that provides for communications on paper to be filed by electronic means of transmittal shall consider any such communication signed if a graphic representation of a signature accepted by that Contracting Party under paragraph (3) appears on the communication as received.

(5) [Original of a Communication on Paper Filed by Electronic Means of Transmittal]

A Contracting Party that provides for communications on paper to be filed by electronic means of transmittal may require that the original of any such communication be filed

- with the Office accompanied by a letter identifying that earlier transmission and
- (ii) within a time limit which shall be at least one month from the date on which the Office received the communication by electronic means of transmittal.

kel 5 Absatz 1 Buchstabe a genannten erforderlichen Angaben und Bestandteile bei dem Amt eingegangen sind und gegebenenfalls die in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a genannten erforderlichen Gebühren an das Amt entrichtet worden sind. Anderenfalls wird die Anmeldung als nicht eingereicht betrachtet.

Regel 6

Einzelheiten bezüglich Nachrichten

(1) [Der Unterschrift beizufügende Angaben bei Nachrichten auf Papier]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass der Unterschrift der natürlichen Person, die unterschreibt, Folgendes beigefügt wird:

- die Angabe des Familien- oder Hauptnamens und des Voroder Beinamens oder der Vor- oder Beinamen dieser Person oder, nach Wahl dieser Person, des Namens oder der Namen, den oder die diese Person üblicherweise benutzt, in Buchstaben;
- die Angabe der Eigenschaft, in der diese Person unterschreibt, sofern diese Eigenschaft beim Lesen der Nachricht nicht offensichtlich wird.
 - (2) [Datum der Unterschriftsleistung]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass einer Unterschrift die Angabe des Datums der Unterschriftsleistung beigefügt wird. Wird diese Angabe, obwohl verlangt, nicht gemacht, so gilt als Datum der Unterschriftsleistung das Datum des Tages, an dem die Nachricht mit der Unterschrift bei dem Amt eingegangen ist, oder ein früheres Datum, sofern die Vertragspartei dies gestattet

(3) [Unterschrift bei Nachrichten auf Papier]

Für Nachrichten an das Amt einer Vertragspartei auf Papier, bei denen eine Unterschrift verlangt wird,

- i) lässt die Vertragspartei vorbehaltlich der Ziffer iii eine handschriftliche Unterschrift zu;
- kann die Vertragspartei anstelle einer handschriftlichen Unterschrift andere Formen der Unterschrift, zum Beispiel eine gedruckte oder gestempelte Unterschrift, oder die Benutzung eines Siegels oder eines Strichcodeaufklebers erlauben;
- iii) kann die Vertragspartei verlangen, dass anstelle einer handschriftlichen Unterschrift ein Siegel verwendet wird, wenn die natürliche Person, welche die Nachricht unterschreibt, Staatsangehörige der Vertragspartei ist und sich die Anschrift dieser Person in ihrem Gebiet befindet oder wenn die juristische Person, in deren Namen die Nachricht unterschrieben ist, nach ihrem Recht gegründet wurde und entweder einen Sitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung in ihrem Gebiet unterhält.
- (4) [Unterschrift bei Nachrichten auf Papier, die elektronisch übermittelt werden]

Eine Vertragspartei, welche die elektronische Übermittlung von Nachrichten auf Papier vorsieht, betrachtet solche Nachrichten als unterschrieben, wenn eine grafische Darstellung einer von dieser Vertragspartei nach Absatz 3 zugelassenen Unterschrift auf der eingegangenen Nachricht erscheint.

(5) [Original einer Nachricht auf Papier, die elektronisch übermittelt wird]

Eine Vertragspartei, welche die elektronische Übermittlung von Nachrichten auf Papier vorsieht, kann verlangen, dass das Original einer so übermittelten Nachricht

- mit einem Begleitschreiben, das diese vorherige Übermittlung n\u00e4her bezeichnet, bei dem Amt eingereicht wird, und zwar
- ii) innerhalb einer Frist von mindestens einem Monat ab dem Tag, an dem die elektronisch übermittelte Nachricht bei dem Amt eingegangen ist.

(6) [Authentication of Communications in Electronic Form]

A Contracting Party that permits the filing of communications in electronic form may require that any such communication be authenticated through a system of electronic authentication as prescribed by that Contracting Party.

(7) [Date of Receipt]

Each Contracting Party shall be free to determine the circumstances in which the receipt of a document or the payment of a fee shall be deemed to constitute receipt by or payment to the Office in cases in which the document was actually received by or payment was actually made to

- (i) a branch or sub-office of the Office,
- (ii) a national Office on behalf of the Office of the Contracting Party, where the Contracting Party is an intergovernmental organization referred to in Article 26(1)(ii),
- (iii) an official postal service,
- (iv) a delivery service, or an agency, specified by the Contracting Party,
- (v) an address other than the nominated addresses of the Office.

(8) [Electronic Filing]

Subject to paragraph (7), where a Contracting Party provides for the filing of a communication in electronic form or by electronic means of transmittal and the communication is so filed, the date on which the Office of that Contracting Party receives the communication in such form or by such means shall constitute the date of receipt of the communication.

Rule 7

Manner of Identification of an Application Without Its Application Number

(1) [Manner of Identification]

Where it is required that an application be identified by its application number but where such a number has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, that application shall be considered identified if the following is supplied:

- (i) the provisional application number, if any, given by the Office, or
- (ii) a copy of the application, or
- (iii) a representation of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or the representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or the representative.
 - (2) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraph (1) be complied with in order for an application to be identified where its application number has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative.

Rule 8

Details Concerning Duration and Renewal

For the purposes of Article 13(1)(c), the period during which the request for renewal may be presented and the renewal fee may be paid shall start at least six months before the date on which the renewal is due and shall end at the earliest six months after that date. If the request for renewal is presented and/or the renewal fees are paid after the date on which the renewal is due, any Contracting Party may subject the acceptance of the request for renewal to the payment of a surcharge.

(6) [Bescheinigung der Echtheit von Nachrichten in elektronischer Form]

Eine Vertragspartei, welche die Einreichung von Nachrichten in elektronischer Form gestattet, kann verlangen, dass die Echtheit solcher Nachrichten durch ein von ihr vorgeschriebenes elektronisches System zur Bescheinigung der Echtheit bescheinigt wird.

(7) [Eingangsdatum]

Jeder Vertragspartei steht es frei zu bestimmen, unter welchen Umständen der Eingang eines Dokuments oder die Zahlung einer Gebühr als Eingang bei dem Amt oder Zahlung an das Amt gilt, wenn das Dokument oder die Zahlung tatsächlich eingegangen ist

- i) bei einer Zweigstelle oder Dienststelle des Amtes,
- bei einem nationalen Amt für das Amt der Vertragspartei, falls es sich bei der Vertragspartei um eine zwischenstaatliche Organisation nach Artikel 26 Absatz 1 Ziffer ii handelt,
- iii) bei einem amtlichen Postdienst,
- iv) bei einem Zustellungsdienst oder einer Agentur, der beziehungsweise die von der Vertragspartei bezeichnet wurde,
- v) bei einer anderen Anschrift als den genannten Anschriften des Amtes.

(8) [Elektronische Einreichung]

Sieht eine Vertragspartei die Einreichung einer Nachricht in elektronischer Form oder durch elektronische Übermittlung vor und wird die Nachricht so eingereicht, so gilt vorbehaltlich des Absatzes 7 das Datum des Tages, an dem die Nachricht in dieser Form oder auf diese Weise bei dem Amt der Vertragspartei eingeht, als Eingangsdatum der Nachricht.

Regel 7

Bezeichnung einer Anmeldung bei fehlender Anmeldenummer

(1) [Art der Bezeichnung]

Wird verlangt, eine Anmeldung anhand ihrer Anmeldenummer zu bezeichnen, ist diese Nummer aber noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder dessen Vertreter nicht bekannt, so gilt die Anmeldung als bezeichnet, wenn Folgendes vorgelegt wird:

- i) die von dem Amt gegebenenfalls vergebene vorläufige Anmeldenummer oder
- ii) eine Kopie der Anmeldung oder
- iii) eine Darstellung der Marke mit einer Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder des Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein vom Anmelder oder dem Vertreter für die Anmeldung vergebenes Geschäftszeichen.
 - (2) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass andere als die in Absatz 1 genannten Erfordernisse erfüllt werden, um eine Anmeldung zu bezeichnen, wenn deren Anmeldenummer noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder dessen Vertreter nicht bekannt ist

Regel 8

Einzelheiten bezüglich Laufzeit und Erneuerung

Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe c beginnt die Frist, in welcher der Antrag auf Erneuerung gestellt und die Erneuerungsgebühr entrichtet werden kann, mindestens sechs Monate vor dem Tag, an dem die Erneuerung vorzunehmen ist, und endet frühestens sechs Monate nach diesem Tag. Wird der Antrag auf Erneuerung nach dem Tag, an dem die Erneuerung vorzunehmen war, gestellt und/oder wurden die Erneuerungsgebühren nach diesem Tag entrichtet, so kann jede Vertragspartei die Annahme des Antrags auf Erneuerung von der Zahlung einer Zuschlagsgebühr abhängig machen.

Rule 9

Relief Measures in Case of Failure to Comply with Time Limits

(1) [Requirements Concerning Extension of Time Limits Under Article 14(2)(i)]

A Contracting Party that provides for the extension of a time limit under Article 14(2)(i) shall extend the time limit for a reasonable period of time from the date of filing the request for extension and may require that the request

- contain an identification of the requesting party, the relevant application or registration number and the time limit concerned, and
- (ii) be filed within a time limit which shall not be less than two months from the date of expiry of the time limit concerned.
- (2) [Requirements Concerning Continued Processing Under Article 14(2)(ii)]

A Contracting Party may require that the request for continued processing under Article 14(2)(ii)

- contain an identification of the requesting party, the relevant application or registration number and the time limit concerned, and
- (ii) be filed within a time limit which shall not be less than two months from the date of expiry of the time limit concerned. The omitted act shall be completed within the same period or, where the Contracting Party so provides, together with the request.
- (3) [Requirements Concerning Reinstatement of Rights Under Article 14(2)(iii)]
- (a) A Contracting Party may require that the request for reinstatement of rights under Article 14(2)(iii)
 - contain an identification of the requesting party, the relevant application or registration number and the time limit concerned, and
 - (ii) set out the facts and evidence in support of the reasons for the failure to comply with the time limit concerned.
- (b) The request for reinstatement of rights shall be filed with the Office within a reasonable time limit, the duration of which shall be determined by the Contracting Party from the date of the removal of the cause of failure to comply with the time limit concerned. The omitted act shall be completed within the same period or, where the Contracting Party so provides, together with the request.
- (c) A Contracting Party may provide for a maximum time limit for complying with the requirements under subparagraphs (a) and (b) of not less than six months from the date of expiry of the time limit concerned.
 - (4) [Exceptions Under Article 14(3)]

The exceptions referred to in Article 14(3) are the cases of failure to comply with a time limit

- for which a relief measure has already been granted under Article 14(2),
- (ii) for filing a request for a relief measure under Article 14,
- (iii) for payment of a renewal fee,
- (iv) for an action before a board of appeal or other review body constituted in the framework of the Office,

Regel 9

Abhilfe bei Fristversäumnissen

(1) [Erfordernisse bezüglich Fristverlängerungen nach Artikel 14 Absatz 2 Ziffer i]

Eine Vertragspartei, die eine Fristverlängerung nach Artikel 14 Absatz 2 Ziffer i vorsieht, verlängert die Frist um einen angemessenen Zeitraum ab dem Tag der Einreichung des Antrags auf Fristverlängerung und kann verlangen, dass der Antrag

- i) die Bezeichnung des Antragstellers, die entsprechende Anmelde- oder Eintragungsnummer und die betreffende Frist enthält und
- ii) innerhalb einer Frist eingereicht wird, die nicht kürzer sein darf als zwei Monate ab dem Tag des Ablaufs der betreffenden Frist
- (2) [Erfordernisse bezüglich der Fortsetzung des Verfahrens nach Artikel 14 Absatz 2 Ziffer iil

Eine Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens nach Artikel 14 Absatz 2 Ziffer ii

- i) die Bezeichnung des Antragstellers, die entsprechende Anmelde- oder Eintragungsnummer und die betreffende Frist enthält und
- ii) innerhalb einer Frist eingereicht wird, die nicht k\u00fcrzer sein darf als zwei Monate ab dem Tag des Ablaufs der betreffenden Frist. Die vers\u00e4umte Handlung ist innerhalb desselben Zeitraums oder, wenn dies von der Vertragspartei vorgesehen ist, gleichzeitig mit der Antragstellung vorzunehmen.
- (3) [Erfordernisse bezüglich der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Artikel 14 Absatz 2 Ziffer iii]
- a) Eine Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Artikel 14 Absatz 2
 7/iffer iii
 - die Bezeichnung des Antragstellers, die entsprechende Anmelde- oder Eintragungsnummer und die betreffende Frist sowie
 - ii) die Angabe der maßgeblichen Tatsachen und Nachweise zur Stützung der Begründung für das Versäumnis der betreffenden Frist

enthält.

- b) Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist beim Amt innerhalb einer angemessenen Frist einzureichen, deren Dauer, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Wegfalls der Ursache für das Versäumnis der betreffenden Frist, von der Vertragspartei bestimmt wird. Die versäumte Handlung ist innerhalb desselben Zeitraums oder, wenn dies von der Vertragspartei vorgesehen ist, gleichzeitig mit der Antragstellung vorzunehmen.
- c) Eine Vertragspartei kann für die Erfüllung der Erfordernisse nach den Buchstaben a und b eine Höchstfrist von mindestens sechs Monaten ab dem Tag des Ablaufs der betreffenden Frist vorsehen.
 - (4) [Ausnahmen nach Artikel 14 Absatz 3]

Bei den Ausnahmen, auf die in Artikel 14 Absatz 3 Bezug genommen wird, handelt es sich um

- Fristversäumnisse, für die bereits nach Artikel 14 Absatz 2 Abhilfe gewährt wurde;
- ii) das Versäumnis der Frist für die Einreichung eines Antrags auf Abhilfe nach Artikel 14;
- iii) das Versäumnis der Frist für die Zahlung einer Erneuerungsgebühr;
- iv) das Versäumnis der Frist für die Vornahme einer Handlung vor einer Beschwerdekammer oder einem anderen im Rahmen des Amtes gebildeten Überprüfungsgremium;

- (v) for an action in inter partes proceedings,
- (vi) for filing the declaration referred to in Article 3(1)(a)(vii) or the declaration referred to in Article 3(1)(a)(viii),
- (vii) for filing a declaration which, under the law of the Contracting Party, may establish a new filing date for a pending application, and
- (viii) for the correction or addition of a priority claim.

Rule 10

Requirements Concerning the Request for Recordal of a License or for Amendment or Cancellation of the Recordal of a License

- (1) [Content of Request]
- (a) A Contracting Party may require that the request for recordal of a license under Article 17(1) contain some or all of the following indications or elements:
 - (i) the name and address of the holder:
 - (ii) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
 - (iii) where the holder has an address for service, such address:
 - (iv) the name and address of the licensee;
 - (v) where the licensee has a representative, the name and address of that representative;
 - (vi) where the licensee has an address for service, such address;
 - (vii) the name of a State of which the licensee is a national if he/she is a national of any State, the name of a State in which the licensee has his/her domicile, if any, and the name of a State in which the licensee has a real and effective industrial or commercial establishment, if any;
 - (viii) where the holder or the licensee is a legal entity, the legal nature of that legal entity and the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the said legal entity has been organized;
 - (ix) the registration number of the mark which is the subject of the license;
 - (x) the names of the goods and/or services for which the license is granted, grouped according to the classes of the Nice Classification, each group preceded by the number of the class of that Classification to which that group of goods or services belongs and presented in the order of the classes of the said Classification;
 - (xi) whether the license is an exclusive license, a non-exclusive license or a sole license;
 - (xii) where applicable, that the license concerns only a part of the territory covered by the registration, together with an explicit indication of that part of the territory;
 - (xiii) the duration of the license.
- (b) A Contracting Party may require that the request for amendment or cancellation of the recordal of a license under Article 18(1) contain some or all of the following indications or elements:

- v) das Versäumnis der Frist für die Vornahme einer Handlung in einem Inter-partes-Verfahren;
- vi) das Versäumnis der Frist für die Einreichung der Erklärung nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer vii oder der Erklärung nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer viii;
- vii) das Versäumnis der Frist für die Einreichung einer Erklärung, die nach dem Recht der Vertragspartei ein neues Anmeldedatum für eine anhängige Anmeldung begründen kann, und
- viii) das Versäumnis der Frist für die Berichtigung oder Hinzufügung eines Prioritätsanspruchs.

Regel 10

Erfordernisse für den Antrag auf Eintragung einer Lizenz oder auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz

- (1) [Inhalt des Antrags]
- a) Eine Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag auf Eintragung einer Lizenz nach Artikel 17 Absatz 1 alle folgenden Angaben oder Bestandteile oder einen Teil davon enthält:
 - i) den Namen und die Anschrift des Inhabers:
 - ii) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
 - iii) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden;
 - iv) den Namen und die Anschrift des Lizenznehmers;
 - v) den Namen und die Anschrift des Vertreters des Lizenznehmers, wenn dieser einen Vertreter bestellt hat;
 - vi) die Zustellungsanschrift des Lizenznehmers, falls vorhanden:
 - vii) den Namen eines Staates, dessen Angehöriger der Lizenznehmer ist, falls er Angehöriger eines Staates ist; gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der Lizenznehmer seinen Wohnsitz hat, sowie gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der Lizenznehmer eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat;
 - viii) ist der Inhaber oder der Lizenznehmer eine juristische Person, die Rechtsform dieser juristischen Person und den Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit dieses Staates, nach dessen beziehungsweise deren Recht die juristische Person gegründet wurde;
 - ix) die Eintragungsnummer der Marke, die Gegenstand der Lizenz ist;
 - x) die Bezeichnungen der Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Lizenz erteilt worden ist, zusammengefasst in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei jeder Gruppe die Nummer der Klasse dieser Klassifikation vorangestellt wird, zu der die jeweilige Gruppe von Waren oder Dienstleistungen gehört, und die verschiedenen Gruppen in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation angeordnet werden:
 - xi) ob es sich bei der Lizenz um eine ausschließliche Lizenz, eine nicht ausschließliche Lizenz oder eine Alleinlizenz handelt
 - xii) gegebenenfalls, dass die Lizenz nur einen Teil des von der Eintragung abgedeckten Gebiets betrifft, zusammen mit einer eindeutigen Angabe dieses Gebietsteils;
 - xiii) die Laufzeit der Lizenz.
- b) Eine Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz nach Artikel 18 Absatz 1 alle folgenden Angaben oder Bestandteile oder einen Teil davon enthält:

- (i) the indications specified in items (i) to (ix) of subparagraph (a);
- (ii) where the amendment or cancellation concerns any of the indications or elements specified under subparagraph (a), the nature and scope of the amendment or cancellation to be recorded.
- (2) [Supporting Documents for Recordal of a License]
- (a) A Contracting Party may require that the request for recordal of a license be accompanied, at the option of the requesting party, by one of the following:
 - an extract of the license contract indicating the parties and the rights being licensed, certified by a notary public or any other competent public authority as being a true extract of the contract; or
 - (ii) an uncertified statement of license, the content of which corresponds to the statement of license Form provided for in the Regulations, and signed by both the holder and the licensee
- (b) Any Contracting Party may require that any co-holder who is not a party to the license contract give its express consent to the license in a document signed by it.
- (3) [Supporting Documents for Amendment of Recordal of a Licensel
- (a) A Contracting Party may require that the request for amendment of the recordal of a license be accompanied, at the option of the requesting party, by one of the following:
 - documents substantiating the requested amendment of the recordal of the license; or
 - (ii) an uncertified statement of amendment of license, the content of which corresponds to the statement of amendment of license Form provided for in these Regulations, and signed by both the holder and the licensee.
- (b) Any Contracting Party may require that any co-holder who is not a party to the license contract give its express consent to the amendment of the license in a document signed by it.
- (4) [Supporting Documents for Cancellation of Recordal of a License]

A Contracting Party may require that the request for cancellation of the recordal of a license be accompanied, at the option of the requesting party, by one of the following:

- documents substantiating the requested cancellation of the recordal of the license; or
- (ii) an uncertified statement of cancellation of license, the content of which corresponds to the statement of cancellation of license Form provided for in these Regulations, and signed by both the holder and the licensee.

- die unter Buchstabe a Ziffern i bis ix aufgeführten Angahen:
- wenn die Änderung oder Löschung eine beziehungsweise einen der unter Buchstabe a aufgeführten Angaben oder Bestandteile betrifft, die Art und den Umfang der einzutragenden Änderung oder Löschung.
- (2) [Belegdokumente für die Eintragung einer Lizenz]
- a) Eine Vertragspartei kann verlangen, dass dem Antrag auf Eintragung einer Lizenz nach Wahl des Antragstellers eines der folgenden Dokumente beigefügt wird:
 - ein Auszug aus dem Lizenzvertrag mit Angabe der Parteien und der lizenzierten Rechte, dessen Übereinstimmung mit jenem Vertrag notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt ist, oder
 - ii) eine unbeglaubigte Lizenzerklärung, deren Inhalt mit dem in dieser Ausführungsordnung vorgesehenen Formblatt für die Lizenzerklärung übereinstimmt und die sowohl vom Inhaber als auch vom Lizenznehmer unterschrieben ist.
- b) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass ein Mitinhaber, der nicht Vertragspartei des Lizenzvertrags ist, der Lizenz in einem von ihm unterschriebenen Dokument ausdrücklich zustimmt.
- (3) [Belegdokumente für die Änderung der Eintragung einer Lizenzl
- a) Eine Vertragspartei kann verlangen, dass dem Antrag auf Änderung der Eintragung einer Lizenz nach Wahl des Antragstellers
 - i) Dokumente zur Begründung der beantragten Änderung der Eintragung der Lizenz oder
 - ii) eine unbeglaubigte Erklärung zur Änderung der Lizenz, deren Inhalt mit dem in dieser Ausführungsordnung vorgesehenen Formblatt für die Erklärung über die Änderung einer Lizenz übereinstimmt und die sowohl vom Inhaber als auch vom Lizenznehmer unterschrieben ist,

beigefügt werden beziehungsweise beigefügt wird.

- b) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass ein Mitinhaber, der nicht Vertragspartei des Lizenzvertrags ist, der Änderung der Lizenz in einem von ihm unterschriebenen Dokument ausdrücklich zustimmt.
- (4) [Belegdokumente für die Löschung der Eintragung einer Lizenz]

Eine Vertragspartei kann verlangen, dass dem Antrag auf Löschung der Eintragung einer Lizenz nach Wahl des Antragstellers die Dokumente nach Ziffer i oder die Erklärung nach Ziffer ii beigefügt werden:

- Dokumente zur Begründung der beantragten Löschung der Eintragung der Lizenz oder
- eine unbeglaubigte Erklärung zur Löschung der Lizenz, deren Inhalt mit dem in dieser Ausführungsordnung vorgesehenen Formblatt für die Erklärung über die Löschung einer Lizenz übereinstimmt und die sowohl vom Inhaber als auch vom Lizenznehmer unterschrieben ist.

Application for the Registration of a Mark

submitted to the Office of
For Office use only
Reference number of applicant:1)

1. Request for Registration

Registration of the mark reproduced in the present application is hereby requested.

¹⁾ The reference number allotted by the applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present application may be indicated in this space.

2.	Applicants(s)
----	---------------

2.1	If the applicant is a natural person, t (a) family or principal name: ²) (b) given or secondary name(s): ²)	the person's	
2.2	If the applicant is a legal entity, the	entity's full official designation:	
2.3	Address (including postal code and	country):	
	Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
2.4	State of nationality:		
	State of domicile:		
	State of establishment:3)		
2.5	Where the applicant is a legal entity	, indicate	
	- the legal nature of the legal entity	:	
	 the State, and, where applicable, ty is organized: 	the territorial unit within that State, u	nder the law of which the legal enti-
2.6		nan one applicant; in that case, list the data referred to in items 2.1 or 2	

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the applicant or the names customarily used by the applicant.

^{3) &}quot;Establishment" means a real and effective industrial or commercial establishment.

⁴⁾ Where several applicants are listed on the additional sheet with different addresses and there is no representative, the address for correspondence must be underlined on the additional sheet.

3. Hepresentative			
3.1 \square The applic	3.1 The applicant is not represented.		
3.2 \square The applic	cant is represented.		
3.2.1 Identific	cation of the representative		
3.2.1.1	Name:		
3.2.1.2	Address (including postal code	and country):	
	Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
	power of attorney is already in thial number:5)	ne possession of the Office.	
3.2.3 □ The	power of attorney is attached.		
3.2.4 □ The	power of attorney will be furnish	ed at a later date.	
3.2.5 □ No ¡	power of attorney is needed.		
4. Address for Service ⁶)			

⁵⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the applicant or the representative.

⁶⁾ An address for service must be indicated in the space available under the title of item 4 where the applicant does not have or, if there is more than one applicant, where none of the applicants has a domicile or a real and effective industrial or commercial establishment on the territory of the Contracting Party whose Office is the Office named on the first page of the present application, except where a representative is indicated in item 3.

5. Claiming of Priority	
-------------------------	--

	The applicant hereby claims the following priority:
5.1	Country (Office) of first filing: ⁷)
5.2	Date of first filing:
5.3	Application number of first filing (if available):
5.4	The certified copy of the application the priority of which is claimed ⁸)
	5.4.1 \square is attached.
	5.4.2 $\ \square$ will be furnished within three months from the filing date of the present application.
5.5	The translation of the certified copy
	5.5.1 \square is attached.
	5.5.2 $\ \square$ will be furnished within three months from the filing date of the present application.
5.6	☐ Check this box if there is more than one filing whose priority is claimed; in that case, list them in an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the information referred to in items 5.1, 5.2, 5.3, 5.4 and 5.5 and the goods and/or services mentioned in each of them.

⁷⁾ Where the application the priority of which is claimed was filed with an Office other than a national Office (e.g., OAPI, the Benelux Trademark Office and the Office for Harmonization in the Internal Market (trade marks and designs), the name of that Office has to be indicated instead of the name of a country. Otherwise, not the name of the Office but the name of the country must be indicated.

^{8) &}quot;Certified copy" means a copy of the application the priority of which is claimed, certified as being in conformity with the original by the Office which received such application.

6.	Registration(s) in the Co	untry (Office) of Origin ⁹)	
	☐ The certificate(s) of reg	gistration in the country (Office) of origin is (are) attached.	
7.	Protection Resulting Fro	m Display in an Exhibition	
		pplicant wishes to take advantage of any protection resulexhibition. In that case, give the details on an additional sl	
8.	Representation of the M	ark	
	8.1	ole sign.	
	8.1.1 Reproduction	of the mark:	
		(8 cm x 8 cm)	

⁹⁾ To be filled in where the applicant wishes to furnish evidence under Article 6quinquies A(1) of the Paris Convention when filing the application.

	8.2	☐ The applicant wishes that the Office register and publish the mark in the standard characters used by it. ¹⁰)
	8.3	☐ Color is claimed as a distinctive feature of the mark.
		8.3.1 Indication of the color(s) claimed: ¹¹)
		8.3.2 Principal parts of the mark which are in that (those) color(s):
	8.4	☐ The mark is three-dimensional.
		$\square \dots 12$) different views of the mark are attached.
	8.5	The mark is a
		8.5.1 \square hologram mark.
		8.5.2 motion mark.
		8.5.3 \square color mark.
		8.5.4 position mark.
	8.6	Where applicable, details concerning the mark(s) under 8.5.13)
	8.7	¹⁴) reproduction(s) of the mark in black and white is (are) attached.
	8.8	¹⁴) reproduction(s) of the mark in color is (are) attached.
	8.9	☐ The mark is a non-visible sign. 15)
9.	Tra	nsliteration of the Mark
	This	s mark or part of the mark is transliterated as follows:
10.	Tra	nslation of the Mark
	The	mark or part of the mark is translated as follows:

¹⁰⁾ Such a wish cannot be expressed in respect of marks which contain or consist of figurative elements. If, in the opinion of the Office, they do contain such elements, the Office will ignore the wish of the applicant and will register and publish the mark as appearing in the square.

 $^{^{11}\!)}$ The indication of the color may consist of the name and/or code of the color(s) claimed.

¹²⁾ If several different views of the mark are not included in the square provided in item 8 but are attached, check this box and indicate the number of those different views.

¹³⁾ In respect of any of these types of mark, the Office of a Contracting Party may require one or more reproductions of the mark and details concerning the mark, as prescribed by the law of that Contracting Party.

¹⁴) Indicate the number of reproductions in black and white and/or color.

¹⁵⁾ If the mark consists of a non-visible sign, the Office of a Contracting Party may require an indication of the type of mark, one or more representations of the mark and details concerning the mark, as prescribed by the law of that Contracting Party.

11.	Goods and/or Services			
	Names of the goods and/or services: ¹⁶)			
	☐ Check this box if the space above is not sufficient; in that case, give the names of the goods and/or services on an additional sheet.			
12.	Declaration Concerning Intention to Use or Actual Use; Evidence of Actual Use			
	12.1 Check this box if a declaration is attached.			
	12.2 Check this box if evidence of actual use is attached.			
13.	Requirements Relating to Languages			
	☐ Check this box if an attachment is enclosed in order to comply with any language requirement applicable with respect to the Office. ¹⁷)			

Where the goods and/or services belong to more than one class of the Nice Classification, they must be grouped according to the classes of that Classification. The number of each class must be indicated and the goods and/or services belonging to the same class must be grouped following the indication of the number of that class. Each group of goods or services must be presented in the order of the classes of the Nice Classification. Where all the goods or services belong to one class of the Nice Classification, the number of that class must be indicated.

 $^{^{\}rm 17}\!)$ This box is not to be used if the Office does not admit more than one language.

	14.1	Name of the natural person who signs or whose seal is used:
	14.2	Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the
		14.2.1 ☐ applicant.
		14.2.2 representative.
	14.3	Date of signature or of sealing:
	14.4	Signature or seal:
15.	Fee(s)
	15.1	Currency and amount(s) of the fee(s) paid in connection with the present application:
	15.2	Method of payment:
16.	Addi	tional Sheets and Attachments
		heck this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such neets and/or attachments:

Power of Attorney

	for procedure before the Office of
	For Office use only
Referer making	nce number of person g the appointment:1)

1. Appointment

The undersigned hereby appoints as his/her representative the person identified in item 3, below.

2. Name of the Person Making the Appointment2)

3. Representative

- 3.1 Name:
- 3.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s): (with the area code)

Telefacsimile number(s): (with the area code)

E-mail address:

¹⁾ The reference number allotted by the person making the appointment to this power of attorney may be indicated in this space.

²⁾ If the person making the appointment is the applicant (or one of the applicants), the name to be indicated is that of that applicant, as indicated in the application(s) to which this power relates. If the said person is the holder (or one of the holders), the name to be indicated is that of that holder, as recorded in the register of marks. If the said person is an interested person other than an applicant or holder, the name to be indicated is the full name of that person or the name customarily used by that person.

4. Application(s) and/or Registration(s) Concerned

This	powe	r of attorney concerns:
4.1		existing and future applications and/or registrations of the person making the appointment, subject to exception indicated on an additional sheet.
4.2	□ th	e following application(s) and/or registration(s):
	4.2.1	the application(s) concerning the following mark(s):3)
	4.2.2	the application(s) having the following application number(s) 4) as well as any registration(s) resulting therefrom:
	4.2.3	the registration(s) having the following registration number(s):
	4.2.4	☐ If the spaces under 4.2.1, 4.2.2 or 4.2.3 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

³⁾ Complete this item if the power of attorney is filed with the Office together with the application(s).

⁴⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, that application may be identified by furnishing either:

⁽i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

⁽ii) a copy of the application, or

⁽iii) a representation of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or its representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or its representative.

sheets and/or attachments:

5.	Sco	pe of the Power of Attorney
	5.1	☐ Check this box if the representative has the right to act as representative for all purposes, including, where the person making the appointment is an applicant or a holder, the following purposes:
		5.1.1 \square withdrawal of the application(s).
		5.1.2 urrender of the registration(s).
	5.2	☐ Check this box if the representative does not have the right to act as representative for all purposes and indicate here or on an additional sheet the purposes excluded from the powers of the representative:
6.	Sigi	nature or Seal
	6.1	Name of the natural person who signs or whose seal is used:
	6.2	Date of signature or of sealing:
	6.3	Signature or seal:
7.	Add	litional Sheets and Attachments
		Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such

Request for the Recordal of Change(s) in Name(s) or Address(es)

in respect of registration(s) and/or application(s) for registration of mark(s)

	submitted to the Office of	
	For Office use only	
	Reference number of holder and/or applicant:1)	
Request for Recorda The recordal of the characteristics.	I ange(s) indicated in the present request is hereby requested.	

2.3 \square If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an addition-

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present request concerns the following registration(s) and/or application(s):

2.1 Registration number(s):

2.2 Application number(s):2)

al sheet.

¹⁾ The reference number allotted by the holder and/or applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present request may be indicated in this space.

²⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, that application may be identified by furnishing either:

⁽i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

⁽ii) a copy of the application, or

⁽iii) a representation of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or its representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or its representative.

3.	Hol	der(s) and/or Applicant(s)				
	3.1	If the holder and/or applicant is a natural person, the person's (a) family or principal name: ³) (b) given or secondary name(s): ³)				
	3.2	3.2 If the holder and/or applicant is a legal entity, the entity's full official designation:				
	3.3	Address (including postal code and	country):			
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:		
	3.4	☐ Check this box if there is more t sheet and indicate, in respect of	han one holder and/or applicant; in teach of them, the data referred to in	that case, list them on an additiona items 3.1 or 3.2 and 3.3.		
4.	Rep	presentative				
	4.1	Name:				
	4.2	Address (including postal code and	country):			
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:		
	4.3	Serial number of the power of attorn	ney:4)			
5.	Add	ress for Service				

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present request relates.

⁴⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder and/or applicant or the representative.

6.	Ind	Indication of the Change(s)				
	6.1	Data to be changed:				
		Data as changed:5)				
	6.2	☐ Check this box if the above space is insufficient; in that case, indicate on an additional sheet the data to be changed with the data as changed.				
7.	Sig	nature or Seal				
	7.1	Name of the natural person who signs or whose seal is used:				
	7.2	Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the				
		7.2.1 holder and/or applicant.				
		7.2.2 representative.				
	7.3	Date of signature or of sealing:				
	7.4	Signature or seal:				
8.	Fee	,				
	8.1	Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for the recordal of change(s):				
	8.2	Method of payment:				
9.	Add	ditional Sheets and Attachments				
		Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:				

⁵⁾ Indicate the name(s) and/or address(es) as changed.

Request for the Recordal of a Change in Ownership

in respect of registration(s) and/or application(s) for registration of mark(s)

	submitted to the Office of
	For Office use only
	Reference number of holder and/or applicant:1)
1.	Request for Recordal
	The recordal of the change in ownership indicated in the present request is hereby requested.
2.	Registration(s) and/or Application(s) Concerned
	The present request concerns the following registration(s) and/or application(s):
	2.1 Registration number(s):
	2.2 Application number(s): ²)
	2.3 If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an addition

al sheet.

¹⁾ The reference number allotted by the holder and/or applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present request may be indicated in this space.

²⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, that application may be identified by furnishing either:

⁽i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

⁽ii) a copy of the application, or

⁽iii) a representation of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or its representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or its representative.

3.	God	ods	and/or Services Affected by the Change
	3.1		Check this box where all the goods and/or services listed in the application(s) and/or registration(s) referred to in item 2 are affected by the change.
	3.2		Check this box where item 2 mentions only one application or registration and where only some of the goods and/or services listed in that application or registration are affected by the change and indicate the goods and/or services that should appear in the application or registration of the new owner (in which case the goods and/or services not indicated will remain in the application or registration of the applicant or holder):
	3.3		Check this box where item 2 mentions more than one application or registration and if in respect of at least one of them the change affects less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each application and/or registration, whether the change affects all the goods and/or services or only some of them. In respect of any application or registration where only some of the goods and/or services are affected by the change, make the indication in the way specified in item 3.2.
4.	Bas	is f	or the Change in Ownership
	4.1		The change in ownership results from a contract.
		On	e of the following documents is enclosed:
		4.1	.1 $\ \square$ a copy, certified as being in conformity with the original, of the contract.
		4.1	.2 $\ \square$ an extract, certified as being a true extract, of the contract.
		4.1	.3 \square a certificate of transfer.
		4.1	.4 □ a transfer document.
	4.2		The change in ownership results from a merger.
			copy, certified as being in conformity with the original, of the following document, evidencing the merger, enclosed:
		4.2	2.1 extract from the register of commerce.
		4.2	$2.2\square$ other document originating from the competent authority.
	4.3		The change in ownership does not result from a contract or a merger.
		4.3	8.1 A copy, certified as being in conformity with the original, of a document evidencing the change is enclosed.

6.3 Serial number of the power of attorney:4)

5.	Hol	der(s) and/or Applicant(s)			
	5.1	If the holder and/or applicant is a natural person, the person's (a) family or principal name: ³) (b) given or secondary name(s): ³)			
	5.2	If the holder and/or applicant is a legal entity, the entity's full official designation:			
	5.3	Address (including postal code and country):			
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:	
	5.4	Check this box if there is more than one holder and/or applicant affected by the change; in that case, lis them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 5.7 or 5.2 and 5.3.			
	5.5		or applicant, or one of the holders and sting the recordal of that change, and d the ownership and the holder and/	nd enclose a document evidencing	
6.	Rep	presentative of the Holder and/or A	pplicant		
	6.1	Name:			
	6.2	Address (including postal code and	country):		
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:	

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present request relates.

⁴⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder and/or applicant or the representative.

7.	7. Address for Service of the Holder and/or Applicant				
_					
8.		v Owner(s)			
	8.1	If the new owner is a natural person (a) family or principal name:5) (b) given or secondary name(s):5)	, the person's		
	8.2	If the new owner is a legal entity, the	e entity's full official designation:		
	8.3	Address (including postal code and	country):		
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:	
	8.4	State of nationality: State of domicile: State of establishment:6)			
	8.5	Where the new owner is a legal entity the legal nature of the legal entity			
		 the State, and, where applicable, ty is organized: 	the territorial unit within that State, u	inder the law of which the legal enti	

8.6 Check this box if there is more than one new owner; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 8.1 or 8.2, 8.3, 8.4 and 8.5.7).

⁵⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the new owner or the names customarily used by the new owner.

^{6) &}quot;Establishment" means a real and effective industrial or commercial establishment.

⁷⁾ Where several new owners are listed on the additional sheet with different addresses and there is no representative, the address for correspondence must be underlined on the additional sheet.

9. Representative of the New Owner					
9.1 The new owner is not represented.					
9.2 The new owner is represented.					
9.2.1 Identification of the representative					
9.2.1.1 Name:					
9.2.1.2 Address (including postal co	de and country):				
Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:			
9.2.2 ☐ The power of attorney is already i Serial number:8)	in the possession of the Office.				
9.2.3 The power of attorney is attached	d.				
9.2.4 The power of attorney will be furn	nished at a later date.				
9.2.5 \square No power of attorney is needed.					
10. Address for Service of the New Owner ⁹)					

⁸⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the new owner or the representative.

⁹⁾ An address for service must be indicated in the space available under the title of item 10 where the new owner does not have or, if there is more than one new owner, where none of the new owners has a domicile or a real and effective industrial or commercial establishment on the territory of the Contracting Party whose Office is the Office named on the first page of the present request, except where a representative is indicated in item 9.

	11.1	Name of the natural person who signs or whose seal is used:
	11.2	Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the
		11.2.1 \square holder and/or applicant.
		11.2.2 new owner.
		11.2.3 representative.
	11.3	Date of signature or of sealing:
	11.4	Signature or seal:
12.	Fee	
	12.1	Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for the recordal of a change in ownership:
	12.2	Method of payment:
13.	Addi	tional Sheets and Attachments
		check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such theets and/or attachments:

Certificate of Transfer

in respect of registration(s) and/or application(s) for registration of mark(s)

submitted to the Office of	
For Office use only	

1. Certification

The undersigned transferor(s) and transferee(s) hereby certify that the ownership of the registration(s) and/or application(s) identified below has been transferred by contract.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present certificate c	concerns the transfer	of the following	registration(s)	and/or a	oplication(s):

- 2.1 Registration number(s):
- 2.2 Application number(s):1)

¹⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the transferor or its representative, that application may be identified by furnishing either:

⁽i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

⁽ii) a copy of the application, or

⁽iii) a representation of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the transferor or its representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the transferor or its representative.

5.	Goo	ds and/or Services Affected by the Transfer
	3.1	☐ Check this box where all the goods and/or services listed in the application(s) and/or registration(s) referred to in item 2 have been affected by the transfer.
	3.2	□ Check this box where item 2 mentions only one application or registration and where only some of the goods and/or services listed in that application or registration have been affected by the transfer and indicate the goods and/or services that have been affected by the transfer:
	3.3	□ Check this box where item 2 mentions more than one application or registration and if in respect of at least one of them the transfer has affected less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each application and/or registration, whether the transfer affected all the goods and/or services or only some of them. In respect of any application or registration where only some of the goods and/or services were affected by the transfer, make the indication in the way specified in item 3.2.
ŀ.	Trar	sferor(s)
	4.1	If the transferor is a natural person, the person's
		(a) family or principal name: ²)
		(b) given or secondary name(s):2)
	4.2	If transferor is a legal entity, the entity's full official designation:
	4.3	Address (including postal code and country):
		Telephone number(s): Telefacsimile number(s): E-mail address: (with the area code)
	4.4	☐ Check this box if there is more than one transferor; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 4.1 or 4.2 and 4.3.

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present certificate relates.

5.	Trai	nsferee(s)
	5.1	If the transferee is a natural person, the person's
		(a) family or principal name: ³)
		(b) given or secondary name(s):3)
	5.2	If the transferee is a legal entity, the entity's full official designation:
	5.3	Address (including postal code and country):
		Telephone number(s): Telefacsimile number(s): E-mail address: (with the area code)
	5.4	☐ Check this box if there is more than one transferee; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 5.1 or 5.2 and 5.3.
6.	Sig	natures or Seals
	6.1	Signature(s) or seal(s) of the transferor(s)
		6.1.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:
		6.1.2 Date of signature(s) or of sealing(s):
		6.1.3 Signature(s) or seal(s):
	6.2	Signature(s) or seal(s) of the transferee(s)
		6.2.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:
		6.2.2 Date of signature(s) or of sealing(s):
		6.2.3 Signature(s) or seal(s):
7.	Add	litional Sheets and Attachments
		Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the transferee or the names customarily used by the transferee.

Transfer Document

in respect of registration(s) and/or application(s) for registration of mark(s)

submitted to the Office of

For Office use only	

1. Declaration of Transfer

The undersigned transferor(s) transfers (transfer) to the undersigned transferee(s) the ownership of the registration(s) and/or application(s) identified below.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present document concerns the transfer of the following registration(s) and/or application(s):

- 2.1 Registration number(s):
- 2.2 Application number(s):1)

¹⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the transferor or its representative, that application may be identified by furnishing either:

⁽i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

⁽ii) a copy of the application, or

⁽iii) a representation of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the transferor or its representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the transferor or its representative.

3.	God	ods	and/or Services Affected by the	Transfer	
	3.1		Check this box where all the good ferred to in item 2 are affected by	ods and/or services listed in the app the transfer.	olication(s) and/or registration(s) re-
	3.2			ntions only one application or registation are affected by the transfer:	
	3.3		least one of them the transfer affer on an additional sheet, separately affects all the goods and/or servi	entions more than one application of ects less than all the goods and/or solve in respect of each application and/ores or only some of them. In resped/or services that are affected by the	ervices listed. In this case, indicate or registration, whether the transfer ct of any application or registration
4.	Trai	nsfe	eror(s)		
	4.1	lf t	he transferor is a natural person, th	he person's	
		(a)	family or principal name:2)		
		(b)	given or secondary name(s):2)		
	4.2	lf t	the transferor is a legal entity, the e	entity's full official designation:	
	4.3	Ad	Idress (including postal code and c	country):	
				Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
	4.4			an one transferor; in that case, list th the data referred to in items 4.1 or 4	

The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present document relates.

5.	Transferee(s)
----	---------------

5	.1	If the transferee is a natural person, (a) family or principal name: ³)	the person's	
		(b) given or secondary name(s):3)		
5	.2	If the transferee is a legal entity, the	entity's full official designation:	
5	.3	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
5	.4		nan one transferee; in that case, list n, the data referred to in items 5.1 or	
6. A	dd	itional Indications (see the Annex to	o this Form (attached))	
(t	he	furnishing of any of those indications	s is optional for the purposes of reco	rdal of the change in ownership)
] (Check this box if the Annex is used.		

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the transferee or the names customarily used by the transferee.

	7.1	Signature(s) or seal(s) of the transferor(s)
		7.1.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:
		7.1.2 Date of signature(s) or of sealing(s):
		7.1.3 Signature(s) or seal(s):
	7.2	Signature(s) or seal(s) of the transferee(s)
		7.2.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:
		7.2.2 Date of signature(s) or of sealing(s):
		7.2.3 Signature(s) or seal(s):
8.	Add	ditional Sheets, Attachments and Annex
		Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:
		Check this box if an Annex is enclosed and indicate the number of the pages of the Annex and the number of any additional sheets to the Annex:

Annex to Form No. 6

Additional Indications Relating to a Transfer Document (Item 6)

A.	Transf	fer of Goodwill or Business
	(a) 🗆	Check this box where the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of all the goods and/or services listed in the application(s) and/or registration(s) referred to in item 2 of the transfer document.
	(b) 🗆	Check this box where item 2 of the transfer document mentions only one application or registration and where the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of only some of the goods and/or services listed in that application or registration and indicate the goods and/or services in respect of which the transfer is made with the relevant goodwill or the business:
	(c) □	Check this box where item 2 of the transfer document mentions more than one application or registration and if in respect of at least one of them the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each application and/or registration, whether the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of all the goods and/or services or only some of them. In respect of any application or registration where the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of only some of the goods and/or services, make the indication in the way specified in item (b).
В.	Transf	fer of Rights Resulting from Use
	The rig	ghts, arising from the use of the mark, are transferred in respect of
	(a) 🗆	all registration(s) and/or application(s).
	(b) 🗆	only the following registration(s) and/or application(s):
c.	Transf	fer of the Right to Sue
		e transferee shall have the right to sue for past infringements.
D.	Consi	deration
	(a) 🗆	The transfer is effected in consideration for money received.
	(b) 🗆	The transfer is effected in consideration for money received and other good and valuable consideration.
	(c) 🗆	The transferor hereby acknowledges receipt of the above-mentioned consideration.
E.	Effect	ive Date of the Transfer
	(a) □	The transfer is effective as of the date of signature of the present transfer document.
	(b) 🗆	The transfer is effective as of the following date:

Request for the Correction of Mistake(s)

in registration(s) and/or application(s) for registration of marks

submitted to the Office of
For Office use only
Reference number of holder and/or applicant:1)
Reference number of representative:1)

1. Request for Correction

The correction(s) identified in the present request is (are) hereby requested.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present request concerns the following registration(s) and/or application(s):

- 2.1 Registration number(s):
- 2.2 Application number(s):2)
- 2.3

 If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ The reference number allotted by the holder and/or applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present request may be indicated in this space.

²⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or its representative, that application may be identified by furnishing either:

⁽i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

⁽ii) a copy of the application, or

⁽iii) a representation of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or its representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or its representative.

3.	Hol	der(s) and/or Applicant(s)		
	3.1	If the holder and/or applicant is a na (a) family or principal name: ³) (b) given or secondary name(s): ³)	tural person, the person's	
	3.2	If the holder and/or applicant is a leg	gal entity, the entity's full official desi	gnation:
	3.3	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
	3.4	☐ Check this box if there is more the sheet and indicate, in respect of	han one holder and/or applicant; in t each of them, the data referred to in	
4.	Rep	presentative		
	4.1	Name:		
	4.2	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
	4.3	Serial number of the power of attorn	ney:4)	
5.	Add	lress for Service		
6.	Indi	cation of Mistake(s) and Correction	n(s)	
	6.1	Data to be corrected:		
		Data as corrected:		
	6.2	☐ Check this box if the above space be corrected with the data as contact the corrected with		e on an additional sheet the data to

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present request relates.

⁴⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder and/or applicant or the representative.

	7.1	Name of the natural person who signs or whose seal is used:
	7.2	Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the
		7.2.1 holder and/or applicant.
		7.2.2 representative.
	7.3	Date of signature or of sealing:
	7.4	Signature or seal:
8.	Fee	
	8.1	Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for correction:
	8.2	Method of payment:
9.	Add	ditional Sheets and Attachments
		Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:
_		

Request for the Renewal of a Registration

submitted to the Office of
For Office use only
To Office use only
Reference number of holder:1)
Reference number of representative:1)

1. Indication That a Renewal is Sought

The renewal of the registration identified in the present request is hereby requested.

2. Registration Concerned

- 2.1 Registration number:
- 2.2 Filing date of the application which resulted in the registration:

Registration date:

¹⁾ The reference number allotted by the holder and/or the reference number allotted by the representative to the present request for renewal may be indicated in this space.

3.	Hol	lder(s)		
	3.1	If the holder is a natural person, the (a) family or principal name:2) (b) given or secondary name(s):2)	person's	
	3.2	If the holder is a legal entity, the enti	ity's full official designation:	
	3.3	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
	3.4	☐ Check this box if there is more t cate, in respect of each of them,	than one holder; in that case, list the the data referred to in items 3.1 or 3	
4.	Rep	resentative of the Holder		
	4.1	Name:		
	4.2	2 Address (including postal code and country):		
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:
	4.3	Serial number of the power of attorn	ney:3)	
5.	5. Address for Service of the Holder			

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which are recorded in respect of the registration to which the present request relates.

³⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder or the representative.

6.	Go	Goods and/or Services ⁴)				
	6.1	☐ Renewal is requested for all the	goods and/or services covered by the	ne registration.		
	6.2	☐ Renewal is only requested for the	ne following goods and/or services co	overed by the registration:5)		
	6.3	☐ Renewal is requested for all the	goods and/or services covered by th	e registration except the following:6)		
	6.4	☐ Check this box if the above spare	ce is insufficient and use an addition	al sheet.		
7.	7. Person, Other Than the Holder or the Representative of the Holder, who Files the Present Request for Renewal ⁷)					
		Check this box if the present request for renewal is filed by a person other than the holder or the representative of the holder.				
	7.1	7.1 If the person is a natural person, the person's				
		(a) family or principal name:				
		(b) given or secondary name(s):				
	7.2	7.2 If the person is a legal entity, the entity's full official designation:				
	7.3	7.3 Address (including postal code and country):				
		Telephone number(s): (with the area code)	Telefacsimile number(s): (with the area code)	E-mail address:		

⁴⁾ Check only one of boxes 6.1, 6.2 or 6.3.

⁵⁾ The list of the goods and/or services for which renewal is requested must be presented in the same way as it appears in the registration (grouping according to the classes of the Nice Classification, starting with an indication of the number of the relevant class and, where the goods or services belong to more than one class, presentation in the order of the classes of that Classification).

⁶⁾ The goods and/or services for which renewal is not requested must, where they belong to more than one class of the Nice Classification, be grouped according to the classes of that Classification, starting with an indication of the number of the relevant class and presented in the order of the classes of the said Classification.

⁷⁾ A person other than the holder or the representative of the holder may file a request for renewal only where the Contracting Party concerned allows it. Consequently, the present item cannot be completed if the Contracting Party whose Office is the Office identified on the first page of the present request for renewal does not allow a request for renewal to be filed by a person other than the holder or the representative of the holder.

	8.1	Name of the natural person who signs or whose seal is used:		
	8.2	2 Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the		
		8.2.1 holder.		
		8.2.2 representative of the holder.		
		8.2.3 person referred to in item 7.		
	8.3	Date of signature or of sealing:		
	8.4	. Signature or seal:		
9.	Fee	•		
	9.1	Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for renewal:		
	9.2	Method of payment:		
10.	Add	ditional Sheets and Attachments		
		Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:		

sheet.

Model International Form No. 9

Request for Recordal of License

in respect of application(s) and/or registered mark(s),

	submitted to the Office of	
	For Office use only	
	Reference indication of holder/applicant and/or licensee:1) Reference indication of representative of holder/applicant: licensee:1)	
1.	act that the registration(s) and/or application(s) mentioned in the is hereby requested.	present request is (are) the
2.	Application(s) Concerned ncerns the following registration(s) and/or application(s): r application number(s)	

2.2

If the space under item 2.1 is not sufficient, check this box and provide the information on an additional

¹⁾ Any reference indication allotted by the holder/applicant and/or licensee and/or any reference indication allotted by any of the representatives to the present request may be given in this space.

. Holder(s)/Applicant(s)

3.1	If the holder/applicant is a natural per (a) family or principal name:2) (b) given or secondary name(s):2)	erson, the person's	
3.2	If the holder/applicant is a legal entit		
	(a) the entity's full official designation		
	(b) the legal nature of the legal entity	•	den Alea Ianna et autoiale Alea Ianna Ianna
	(c) the State, and, where applicable tity is organized:	, the territorial unit within that State,	under the law of which the legal en-
3.3	Address (including postal code and	country):	
	Telephone number(s):3)	Telefacsimile number(s):3)	E-mail address:
	(with the area code)	(with the area code)	
3.4	☐ Check this box if there is more that	an one holder/applicant; in that case,	list the additional holders/applicants
	on a separate sheet and indica	te, in respect of each of them, the	
	and 3.3.		
. Rep	presentative of Holder(s)/Applicant	(s)	
4.1	Name:		
12	Address (including postal code and	country):	
4.2	Address (including postal code and	Country).	
	Telephone number(s):4)	Telefacsimile number(s):4)	E-mail address:
	(with the area code)	(with the area code)	
4.3	Registration number, if registered wi	ith the Office:	
41	Number allotted to the power of atto	ornev:5)	

^{5.} Address for Service of Holder(s)/Applicant(s)⁶)

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which appear in the records of the Office in respect of the holder/applicant of the registration(s)/application(s) to which the present request relates.

³⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁴⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁵⁾ Leave blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a number or if the number is not known to the holder/applicant or the representative.

⁶⁾ According to Article 4(2)(b), an address for service must be indicated in the space available under the title of item 5 where the holder/applicant does not have, or has not indicated, a domicile or a real and effective industrial or commercial establishment on the territory of the Contracting Party whose Office is the Office named on the first page of the present request, except where a representative is indicated in item 4.

	6.1	If the licensee is a natural person, the (a) family or principal name:	e person's	
		(b) given or secondary name(s):		
	6.2	If the licensee is a legal entity, (a) the entity's full official designation	n:	
		(b) the legal nature of the legal entity	<i>/</i> :	
		(c) the State, and, where applicable tity is organized:	the territorial unit within that State,	under the law of which the legal en-
	6.3	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s): ⁷) (with the area code)	Telefacsimile number(s): ⁷) (with the area code)	E-mail address:
	6.4	State of nationality of the licensee:		
	6.5	State of domicile of the licensee:		
	6.6	State of real and effective industrial	or commercial establishment of the I	icensee:
	6.7		nan one licensee; in that case, list eac each of them, the data referred to in	
7.	Rep	resentative of Licensee		
	7.1	Name:		
	7.2	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s):8) (with the area code)	Telefacsimile number(s):8) (with the area code)	E-mail address:
	7.3	Registration number, if registered wi	th the Office:	
	7.4	Number allotted to the power of atto	orney:9)	

⁷⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁸⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁹⁾ Leave blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a number or if the number is not known to the licensee or its representative

8.	Addres	es for Service of Licensee ¹⁰)
9.	Goods	and/or Services for Which the License Is Granted ¹¹)
	9.1 🗆	The license is granted for all the goods and/or services listed in the registration(s) and/or application(s) referred to in item 2.
	9.2 🗆	Only one registration and/or application is mentioned in item 2 and the license is only granted for some of the goods and/or services listed in that registration or application. The following goods and/or services are covered by the license:
	9.3 🗆	More than one registration and/or application is mentioned in item 2, and in respect of at least one of them, the license covers less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each registration and/or applications, whether the license covers all the goods and/or services or only some of them.
١0.	Kind of	f License ¹¹)
	10.1	The license is an exclusive license.
	10.2	The license is a sole license.
	10.3	The license is a non-exclusive license.
	10.4	The license concerns only the following part of the territory covered by the registration:

¹⁰⁾ According to Article 4(2)(b), an address for service must be indicated in the space available under the title of item 8 where the licensee does not have, or has not indicated, a domicile or a real and effective industrial or commercial establishment on the territory of the Contracting Party whose Office is the Office named on the first page of the present request, except where a representative is indicated in item 7.

¹¹) Check the appropriate boxes.

11.	Time	e Duration of the License
	11.1	☐ The license is limited in time and granted from to
		11.1.1 The license is subject to automatic extension.
	11.2	☐ The license is granted for an unlimited duration.
12.	Sign	ature or Seal ¹²)
	12.1	Name of the natural person who signs or whose seal is used:
	12.2	Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the
		12.2.1 \square holder and/or applicant.
		12.2.2 \square licensee.
		12.2.3 ☐ representative.
	12.3	Date of signature or of sealing:
	12.4	Signature or seal:
13.	Fee	
	13.1	Currency and amount of the fee paid in connection with the present request:
	13.2	Method of payment:
14.	Addi	itional Sheets
		Check this box if additional sheets are enclosed and indicate the total number of such sheets:

¹²⁾ If there is more than one person signing or whose seal is used, all of the indications under sub-items 12.1 to 12.4 should be given on an additional sheet

Model International Form No. 10

Statement of License

in	respect	of an	plication(s)	and/or	registered	mark(s).	

submitted to the Office of
For Office use only
Reference indication of holder/applicant and/or licensee:1) Reference indication of representative of holder/applicant: licensee:1)

1. Statement

The holder(s)/applicant(s) and licensee(s) hereby state that the registration(s) and/or application(s) identified below is (are) the subject of a license.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present statement concerns the following registration(s) and/or application(s):

- 2.1 Registration and/or application number(s):
- 2.2 \square If the space under item 2.1 is not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ Any reference indication allotted by the holder/applicant and/or licensee and/or any reference indication allotted by any of the representatives to the present request may be given in this space.

3. Holder(s)/Applicant(s)

;	3.1	If the holder/applicant is a natural person, the person's

(a) family or principal name:²)

(b) given or secondary name(s):2)

3.2 If the holder/applicant is a legal entity,

(a) the entity's full official designation:

(b) the legal nature of the legal entity:

(c) the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the legal entity is organized:

3.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):3)

(with the area code)

Telefacsimile number(s):3)

(with the area code)

E-mail address:

3.4 Check this box if there is more than one holder/applicant; in that case, list the additional holders/applicants on a separate sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 3.1 or 3.2 and 3.3.

4. Representative of Holder(s)/Applicant(s)

- 4.1 Name:
- 4.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):4) (with the area code)

Telefacsimile number(s):4) (with the area code)

E-mail address:

- 4.3 Registration number, if registered with the Office:
- 4.4 Number allotted to the power of attorney:

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which appear in the records of the Office in respect of the holder/applicant of the registration(s)/application(s) to which the present request relates.

³⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁴⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

Licensee	

5.7		han one licensee; in that case, list ea f each of them, the data referred to in	
5.7			
0.0	State of roar and officering modelina.		
5.6	State of real and effective industrial	or commercial establishment of the	licensee:
5.5	State of domicile of the licensee:		
5.4	State of nationality of the licensee:		
	Telephone number(s):5) (with the area code)	Telefacsimile number(s): ⁵) (with the area code)	E-mail address:
5.3	Address (including postal code and	I country):	
	(c) the State, and, where applicable tity is organized:	e, the territorial unit within that State,	under the law of which the legal en-
	(b) the legal nature of the legal entit	ty:	
0.2	(a) the entity's full official designation	on:	
5.2	If the licensee is a legal entity,		
	(a) family or principal name:(b) given or secondary name(s):		
5.1	If the licensee is a natural person, the	ne person's	

⁵⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁶⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁷⁾ Leave blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a number or if the number is not known to the licensee or the representative

۲.	GOC	Jus	and/or Services for which the License is Granted
	7.1		The license is granted for all the goods and/or services listed in the registration(s) and/or application(s referred to in item 2.
	7.2		Only one registration or application is mentioned in item 2 and the license is only granted for some of the goods and/or services listed in that registration or application. The following goods and/or services are covered by the license:
	7.3		More than one registration and/or application is mentioned in item 2, and in respect of at least one o them, the license covers less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each registration and/or applications, whether the license covers all the goods and/or services or only some of them.
8.	Kind	d of	f License ⁸)
	8.1		The license is an exclusive license.
	8.2		The license is a sole license.
	8.3		The license is a non-exclusive license.
	8.4		The license concerns only the following part of the territory covered by the registration:
9.	Tim	e P	eriod of License ⁸)
	9.1		The license is limited in time and granted
			from to
		9.1	.1 The license is subject to automatic extension.
	9.2		The license is granted for an unlimited time.

⁸⁾ Check the appropriate boxes.

10. Signatures or Seals9)

- 10.1 Signature(s) or seal(s) of the holder(s)/applicant(s):
 - 10.1.1 Name of the holder/applicant or, if the holder/applicant is a legal entity, name of the person who acts on behalf of the holder/applicant:
 - 10.1.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.1.3 Signature or seal:
- 10.2 Signature(s) or seal(s) of the licensee(s):
 - 10.2.1 Name of the licensee or, if the licensee is a legal entity, name of the person who acts on behalf of the licensee:
 - 10.2.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.2.3 Signature or seal:
- 10.3 Signature or seal of the representative of the holder(s)/applicant(s):
 - 10.3.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:
 - 10.3.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.3.3 Signature or seal:
- 10.4 Signature or seal of the representative of the licensee(s):
 - 10.4.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:
 - 10.4.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.4.3 Signature or seal:

11. Additional Sheets

	Check this box if	additional sheets	are enclosed	and indicate the	total numbe	r of such sha	eets:
\Box	OHECK HIS DOX II	auditional silects	are erroseu	and indicate the	; lulai Hullibe	i Ui Sucii Sii	CCIO.

⁹⁾ If there is more than one person signing or whose seal is used, all of the indications under sub-items 10.1 to 10.4 should be given on an additional sheet.

Model International Form No. 11

Statement of Amendment of License

in	respect	of	application(s	and/or	registered	mark(s)
	LOOPOOL	\sim	applicationit	, and or	rogiotoroa	I I I I I I I I I I I I I I I I I I I

	submitted to the Office of	
	For Office use only	
	Reference indication of holder/applicant and/or licensee:1) Reference indication of representative of holder/applicant: licensee:1)	
Statement		
	t(s) and licensee(s) hereby state that the registration(s) and/or app an amendment of license.	lication(s) identified below

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

1. Statement

The present statement concerns the following registration(s) and/or application(s):

- 2.1 Registration and/or application number(s):
- 2.2 \square If the space under item 2.1 is not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ Any reference indication allotted by the holder/applicant and/or licensee and/or any reference indication allotted by any of the representatives to the present request may be given in this space.

3.	Hol	der(s)/Applicant(s)		
	 3.1 If the holder/applicant is a natural person, the person's (a) family or principal name:²) (b) given or secondary name(s):²) 			
	3.2	If the holder/applicant is a legal entit (a) the entity's full official designation		
		(b) the legal nature of the legal entity	y:	
		(c) the State, and, where applicable tity is organized:	, the territorial unit within that State,	under the law of which the legal en
	3.3	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s):3) (with the area code)	Telefacsimile number(s): ³) (with the area code)	E-mail address:
	3.4	☐ Check this box if there is more that on a separate sheet and indicate and 3.3.	an one holder/applicant; in that case, te, in respect of each of them, the	
4.	Rep	presentative of Holder(s)/Applicant((s)	
	4.1	Name:		
	4.2	Address (including postal code and	country):	
		Telephone number(s): ⁴)	Telefacsimile number(s):4)	E-mail address:
		(with the area code)	(with the area code)	
	4.3	Registration number, if registered wi	th the Office:	

4.4 Number allotted to the power of attorney:

The names to be indicated under (a) and (b) are those which appear in the records of the Office in respect of the holder/applicant of the registration(s)/application(s) to which the present request relates.

³⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁴⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

5. L	icensee

5.1	(a) family or principal name:(b) given or secondary name(s):	ne person's	
5.2	If the licensee is a legal entity, (a) the entity's full official designation	on:	
	(b) the legal nature of the legal entit	y:	
	(c) the State, and, where applicable entity is organized:	e, the territorial unit within that Stat	e, under the law of which the legal
5.3	Address (including postal code and	country):	
	Telephone number(s): ⁵) (with the area code)	Telefacsimile number(s): ⁵) (with the area code)	E-mail address:
5.4	State of nationality of the licensee:		
5.5	State of domicile of the licensee:		
5.6	State of real and effective industrial	or commercial establishment of the	licensee:
5.7	☐ Check this box if there is more the sheet and indicate, in respect of	han one licensee; in that case, list ea each of them, the data referred to in	
6. Re	presentative of Licensee		
6.1	Name:		
6.2	Address (including postal code and	country):	
	Telephone number(s): ⁶) (with the area code)	Telefacsimile number(s):6) (with the area code)	E-mail address:
6.3	Registration number, if registered w	ith the Office:	
6.4	Number allotted to the power of atto	orney: ⁷)	

⁵⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁶⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁷⁾ Leave blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a number or if the number is not known to the licensee or the representative

7.	. Goods and/or Services for Which the License Is Amended				
	The nature and scope of the amendment is indicated on a separate sheet.				
8.	8. Kind of Amended License ⁸)				
	8.1				
	8.2 The amended license is a sole license.				
	8.3				
	8.4				
9.	Time Period of License ⁸)				
	9.1				
	from to				
	9.1.1				
	9.2 The amended license is granted for an unlimited time.				

⁸⁾ Check the appropriate boxes.

10. Signatures or Seals9)

- 10.1 Signature(s) or seal(s) of the holder(s)/applicant(s):
 - 10.1.1 Name of the holder/applicant or, if the holder/applicant is a legal entity, name of the person who acts on behalf of the holder/applicant:
 - 10.1.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.1.3 Signature or seal:
- 10.2 Signature(s) or seal(s) of the licensee(s):
 - 10.2.1 Name of the licensee or, if the licensee is a legal entity, name of the person who acts on behalf of the licensee:
 - 10.2.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.2.3 Signature or seal:
- 10.3 Signature or seal of the representative of the holder(s)/applicant(s):
 - 10.3.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:
 - 10.3.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.3.3 Signature or seal:
- 10.4 Signature or seal of the representative of the licensee(s):
 - 10.4.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:
 - 10.4.2 Date of signature or of sealing:
 - 10.4.3 Signature or seal:

11. Additional Sheets

Г	Check this box if addi	tional sheets are or	nclosed and indicate	the total numb	or of such	choote
L	J Check this box if addi	tional sneets are er	nciosea ana indicale	the total numb	er of Such	i sneets.

⁹⁾ If there is more than one person signing or whose seal is used, all of the indications under sub-items 10.1 to 10.4 should be given on an additional sheet

sheet.

Model International Form No. 12

Statement of Cancellation of License

in respect of application(s) and/or registered mark(s),

	submitted to the Office of
	For Office use only
	Reference indication of holder/applicant and/or licensee:1) Reference indication of representative of holder/applicant: licensee:1)
1.	Statement The holder(s)/applicant(s) and licensee(s) hereby state that the registration(s) and/or application(s) identified below is (are) the subject of a cancellation of license.
2.	Registration(s) and/or Application(s) Concerned
	The present statement concerns the following registration(s) and/or application(s):
	2.1 Registration and/or application number(s):
	2.2 If the space under item 2.1 is not sufficient, check this box and provide the information on an additiona

¹⁾ Any reference indication allotted by the holder/applicant and/or licensee and/or any reference indication allotted by any of the representatives to the present request may be given in this space.

3.	Hol	Ider(s)/Applicant(s)			
	3.1	If the holder/applicant is a natural per (a) family or principal name: ²) (b) given or secondary name(s): ²)	erson, the person's		
	3.2 If the holder/applicant is a legal entity,(a) the entity's full official designation:				
		(b) the legal nature of the legal entity	y:		
		(c) the State, and, where applicable tity is organized:	, the territorial unit within that State,	under the law of which the legal en	
	3.3	Address (including postal code and	country):		
		Telephone number(s):3) (with the area code)	Telefacsimile number(s): ³) (with the area code)	E-mail address:	
	3.4	☐ Check this box if there is more that on a separate sheet and indicate and 3.3.	an one holder/applicant; in that case, te, in respect of each of them, the		
4.	Rep	resentative of Holder(s)/Applicant((s)		
	4.1	Name:			
	4.2	Address (including postal code and	country):		
		Telephone number(s): ⁴) (with the area code)	Telefacsimile number(s): ⁴) (with the area code)	E-mail address:	

4.3 Registration number, if registered with the Office:

4.4 Number allotted to the power of attorney:

The names to be indicated under (a) and (b) are those which appear in the records of the Office in respect of the holder/applicant of the registration(s)/application(s) to which the present request relates.

³⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁴⁾ Even where the Office elects to request this information, the holder/applicant or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

Licensee

5.1	(a) family or principal name:(b) given or secondary name(s):	ne person's	
5.2	If the licensee is a legal entity, (a) the entity's full official designation	on:	
	(b) the legal nature of the legal entit	y:	
	(c) the State, and, where applicable tity is organized:	e, the territorial unit within that State,	under the law of which the legal en-
5.3	Address (including postal code and	country):	
	Telephone number(s): ⁵) (with the area code)	Telefacsimile number(s):5) (with the area code)	E-mail address:
5.4	State of nationality of the licensee:		
5.5	State of domicile of the licensee:		
5.6	State of real and effective industrial	or commercial establishment of the	icensee:
5.7	☐ Check this box if there is more the sheet and indicate, in respect of	nan one licensee; in that case, list ea each of them, the data referred to in	
6. Re	presentative of Licensee		
6.1	Name:		
6.2	Address (including postal code and	country):	
	Telephone number(s): ⁶) (with the area code)	Telefacsimile number(s):6) (with the area code)	E-mail address:
6.3	Registration number, if registered w	ith the Office:	
6.4	Number allotted to the power of atto	orney ⁷):	

⁵⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁶⁾ Even where the Office elects to request this information, the licensee or its representative has the option to refrain from providing such indications. Where they are given, they should include the country code (where appropriate) and area code.

⁷⁾ Leave blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a number or if the number is not known to the licensee or the representative

7. Goods and/or Services for Which the License Is Cancelled

8. Signatures or Seals8)

- 8.1 Signature(s) or seal(s) of the holder(s)/applicant(s):
 - 8.1.1 Name of the holder/applicant or, if the holder/applicant is a legal entity, name of the person who acts on behalf of the holder/applicant:
 - 8.1.2 Date of signature or of sealing:
 - 8.1.3 Signature or seal:
- 8.2 Signature(s) or seal(s) of the licensee(s):
 - 8.2.1 Name of the licensee or, if the licensee is a legal entity, name of the person who acts on behalf of the licensee:
 - 8.2.2 Date of signature or of sealing:
 - 8.2.3 Signature or seal:
- 8.3 Signature or seal of the representative of the holder(s)/applicant(s):
 - 8.3.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:
 - 8.3.2 Date of signature or of sealing:
 - 8.3.3 Signature or seal:
- 8.4 Signature or seal of the representative of the licensee(s):
 - 8.4.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:
 - 8.4.2 Date of signature or of sealing:
 - 8.4.3 Signature or seal:

9. Additional Sheets

☐ Check this box if additional sheets are enclosed and indicate the total number of such sheets:

⁸⁾ If there is more than one person signing or whose seal is used, all of the indications under sub-items 8.1 to 8.4 should be given on an additional sheet

Anmeldung zur Eintragung einer Marke

vorgelegt bei dem Amt
Nur vom Amt auszufüllen
Geschäftszeichen des Anmelders:1)
·
Geschäftszeichen des Vertreters: ¹)

1. Antrag auf Eintragung

Hiermit wird die Eintragung der in der vorliegenden Anmeldung wiedergegebenen Marke beantragt.

¹⁾ Hier kann das der vorliegenden Anmeldung vom Anmelder zugewiesene Geschäftszeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

2. Anmelder

4	2.1	Handelt es sich bei dem Anmelder u a) deren Familien- oder Hauptname b) deren Vor- oder Beiname(n): ²)		
4	2.2	Handelt es sich bei dem Anmelder u	ım eine juristische Person, deren voll	e amtliche Bezeichnung:
2	2.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):	
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
2	2.4	Staatsangehörigkeit (Staat):		
		Wohnsitz (Staat):		
		Niederlassung (Staat):3)		
2	2.5	Handelt es sich bei dem Anmelder u	ım eine juristische Person, so sind ar	nzugeben
		- deren Rechtsform:		
		 der Staat sowie gegebenenfalls of Recht die juristische Person gegrößen 	die Gebietseinheit dieses Staates, na ündet wurde:	ach dessen beziehungsweise deren

2.6 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehrere Anmelder handelt; in diesem Fall sind diese auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 2.1 oder 2.2, 2.3,

2.4 und 2.5 genannten Angaben zu machen.4)

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind entweder die vollen Namen oder die vom Anmelder üblicherweise benutzten Namen anzugeben.

^{3) &}quot;Niederlassung" bedeutet eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung.

⁴⁾ Sind mehrere Anmelder mit unterschiedlichen Anschriften auf dem Zusatzblatt aufgeführt und ist ein Vertreter nicht bestellt, so ist die Anschrift für Zuschriften auf dem Zusatzblatt zu unterstreichen.

3. Vertreter			
3.1 Der Anme	elder wird nicht vertreten.		
3.2 ☐ Der Anme	elder wird vertreten.		
3.2.1 Bezeic	hnung des Vertreters		
3.2.1.1	Name:		
3.2.1.2	2 Anschrift (einschließlich Postleit	tzahl und Land):	
	Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
	Vollmacht liegt dem Amt bereits ufende Nummer: ⁵)	vor.	
3.2.3 □ Die	e Vollmacht ist beigefügt.		
3.2.4 □ Die	e Vollmacht wird zu einem spätere	en Zeitpunkt vorgelegt.	
3.2.5 □ Ein	e Vollmacht ist nicht erforderlich.		
4. Zustellungsansc	hrift ⁶)		

⁵⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

⁶⁾ Unter Nummer 4 ist eine Zustellungsanschrift anzugeben, wenn der Anmelder keinen Wohnsitz oder keine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung oder, falls es sich um mehrere Anmelder handelt, keiner der Anmelder einen Wohnsitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei hat, deren Amt das auf der ersten Seite der vorliegenden Anmeldung genannte Amt ist, es sei denn, dass unter Nummer 3 ein Vertreter angegeben ist.

anzugeben.

5.	. Beanspruchung einer Priorität	
		Der Anmelder beansprucht hiermit folgende Priorität:
	5.1	Land (Amt) der Erstanmeldung: ⁷)
	5.2	Datum der Erstanmeldung:
	5.3	Nummer der Erstanmeldung (falls vorhanden):
	5.4	Die beglaubigte Kopie der Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird ⁸),
		5.4.1 liegt bei.
		5.4.2 $\ \square$ wird innerhalb von drei Monaten ab dem Anmeldedatum der vorliegenden Anmeldung vorgelegt.
	5.5	Die Übersetzung der beglaubigten Kopie
		5.5.1 liegt bei.
		5.5.2 wird innerhalb von drei Monaten ab dem Anmeldedatum der vorliegenden Anmeldung vorgelegt.

5.6 ☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, falls die Priorität mehrerer Anmeldungen beansprucht wird; in diesem Fall sind die Anmeldungen auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jede von ihnen sind die unter den Nummern 5.1, 5.2, 5.3, 5.4 und 5.5 genannten Angaben und die jeweiligen Waren und/oder Dienstleistungen

⁷⁾ Wurde die Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird, bei einem anderen als einem nationalen Amt eingereicht (z. B. OAPI, dem Benelux-Markenamt und dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt [Marken, Muster und Modelle]), so ist der Name dieses Amtes anstelle des Namens eines Landes anzugeben. Andernfalls ist nicht der Name des Amtes, sondern der Name des Landes anzugeben.

^{8) &}quot;Beglaubigte Kopie" bedeutet eine Kopie der Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird, für die das Amt, das die Anmeldung erhalten hat, die Übereinstimmung mit dem Original bestätigt.

6.	Eintragung(en) im Ursprungsland (beim Ursprungsamt) ⁹) □ Die Bescheinigung(en) über die Eintragung im Ursprungsland (beim Ursprungsamt) ist (sind) beigefügt.
7.	Schutz aufgrund einer Zurschaustellung auf einer Ausstellung Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn sich der Anmelder den Schutz aus der Zurschaustellung von Ware und/oder Dienstleistungen auf einer Ausstellung zunutze machen möchte. In diesem Fall sind die Einzelheite auf einem Zusatzblatt anzugeben.
8.	Darstellung der Marke 8.1 □ Die Marke ist ein sichtbares Zeichen. 8.1.1 Wiedergabe der Marke
	(8 cm × 8 cm)

⁹⁾ Diese Nummer ist auszufüllen, wenn der Anmelder bei Einreichung der Anmeldung Nachweise nach Artikel 6quinquies A(1) der Pariser Verbandsübereinkunft vorlegen möchte.

	8.2	□ Der Anmelder wünscht, dass das Amt die Marke in den von dem Amt benutzten üblichen Schriftzeichen einträgt und veröffentlicht.¹0)
	8.3	☐ Farbe wird als Unterscheidungsmerkmal der Marke beansprucht.
		8.3.1 Angabe der beanspruchten Farbe(n): ¹¹)
		8.3.2 In dieser (diesen) Farbe(n) ausgeführte Hauptbestandteile der Marke:
	8.4	☐ Es handelt sich um eine dreidimensionale Marke.
		☐ ¹²) unterschiedliche Ansichten der Marke sind beigefügt.
	8.5	Die Marke ist eine
		8.5.1 \square Hologramm-Marke.
		8.5.2 Bewegungsmarke.
		8.5.3 Farbmarke.
		8.5.4 Dositionsmarke.
	8.6	Gegebenenfalls nähere Angaben zu der (den) unter Nummer 8.5 genannten Marke(n). ¹³)
	8.7	¹⁴) Wiedergabe(n) der Marke in Schwarzweiß ist (sind) beigefügt.
	8.8	¹⁴) Wiedergabe(n) der Marke in Farbe ist (sind) beigefügt.
	8.9	☐ Die Marke ist ein nicht sichtbares Zeichen. 15)
9.	Trai	nsliteration der Marke
	Die	Marke oder ein Teil der Marke wird wie folgt transliteriert:
10.	Übe	ersetzung der Marke
	Die	Marke oder ein Teil der Marke wird wie folgt übersetzt:

¹⁰⁾ Dieser Wunsch ist unzulässig bei Marken, die bildliche Elemente enthalten oder aus solchen bestehen. Enthalten die Marken nach Auffassung des Amtes solche Elemente, so lässt das Amt den Wunsch des Anmelders unberücksichtigt und trägt die Marke so ein und veröffentlicht sie so, wie sie in dem Quadrat dargestellt ist.

¹¹⁾ Die Farbangabe kann aus dem Namen und/oder dem Code der beanspruchten Farbe(n) bestehen.

¹²⁾ Sind mehrere unterschiedliche Ansichten der Marke nicht in dem unter Nummer 8 vorgesehenen Quadrat enthalten, sondern beigefügt, so ist dieses Kästchen anzukreuzen und die Anzahl dieser unterschiedlichen Ansichten anzugeben.

¹³⁾ Hinsichtlich jeder dieser Markenformen kann das Amt einer Vertragspartei, je nachdem, was im Recht der Vertragspartei vorgeschrieben ist, eine oder mehrere Wiedergaben der Marke und n\u00e4here Angaben zur Marke verlangen.

¹⁴) Anzahl der Wiedergaben in Schwarzweiß und/oder in Farbe.

¹⁵⁾ Falls die Marke aus einem nicht sichtbaren Zeichen besteht, kann das Amt einer Vertragspartei, je nachdem, was im Recht der Vertragspartei vorgeschrieben ist, die Angabe der Markenform, eine oder mehrere Darstellungen der Marke und n\u00e4here Angaben zur Marke verlangen.

11.	Waren und/oder Dienstleistungen
	Namen der Waren und/oder Dienstleistungen: ¹⁶)
	□ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der obige Platz nicht ausreicht; in diesem Fall sind die Namen der Waren und/oder Dienstleistungen auf einem Zusatzblatt anzugeben.
12.	Erklärung über die Benutzungsabsicht oder über die tatsächliche Benutzung; Nachweis über die tatsächliche Benutzung
	12.1 ☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn eine Erklärung beigefügt ist.
	12.2 ☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn ein Nachweis über die tatsächliche Benutzung beigefügt ist.
13.	Erfordernisse bezüglich Sprachen
	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn ein Beiblatt beigefügt ist, um bei dem Amt geltende Spracherfordernisse zu erfüllen. ¹⁷)

¹⁶⁾ Gehören die Waren und/oder Dienstleistungen zu mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation, so müssen sie nach den Klassen dieser Klassifikation in Gruppen zusammengefasst werden. Die Nummer jeder Klasse muss angegeben werden, und die Waren und/oder Dienstleistungen, die zu derselben Klasse gehören, müssen nach der Angabe der Nummer der Klasse in einer Gruppe zusammengefasst werden. Die verschiedenen Gruppen von Waren oder Dienstleistungen müssen in der Reihenfolge der Klassen der Nizzaer Klassifikation angeordnet sein. Gehören alle Waren oder Dienstleistungen zu einer Klasse der Nizzaer Klassifikation, so muss die Nummer dieser Klasse angegeben werden.

¹⁷) Dieses Kästchen ist nicht zu benutzen, wenn das Amt nicht mehr als eine Sprache zulässt.

14.	Unters	chrift	oder	Siege	ŀ
-----	--------	--------	------	-------	---

	14.1	Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
	14.2	Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für
		14.2.1 ☐ den Anmelder.
		14.2.2 den Vertreter.
	14.3	Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
	14.4	Unterschrift oder Siegel:
15.	Gebi	ihr(en)
	15.1	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit der vorliegenden Anmeldung entrichteten Gebühr(en):
	15.2	Zahlungsweise:
16.	Zusa	tzblätter und Beiblätter
		ieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamt- ahl dieser Blätter:

Vollmacht

für Verfahren vor dem Amt
Nur vom Amt auszufüllen
Geschäftszeichen der Person, die den Vertreter bestellt: ¹)

1. Bestellung

Der Unterzeichner bestellt hiermit die unter Nummer 3 bezeichnete Person zu seinem Vertreter.

- 2. Name der Person, die den Vertreter bestellt2)
- 3. Vertreter
 - 3.1 Name:
 - 3.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n): Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl) (mit Vorwahl)

E-Mail-Adresse:

¹⁾ Hier kann das von der Person, die den Vertreter bestellt, der Vollmacht zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

²⁾ Handelt es sich bei der Person, die den Vertreter bestellt, um den Anmelder (oder einen der Anmelder), so ist der Name dieses Anmelders anzugeben, wie er in der (den) Anmeldung(en) angegeben ist, auf die sich diese Vollmacht bezieht. Handelt es sich bei der betreffenden Person um den Inhaber (oder einen der Inhaber), so ist der Name dieses Inhabers anzugeben, wie er im Markenregister eingetragen ist. Handelt es sich bei der betreffenden Person um einen anderen Beteiligten als den Anmelder oder Inhaber, so ist der volle Name der Person oder der von dieser Person üblicherweise benutzte Name anzugeben.

4. Betroffene Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en)

Diese Vollmacht betrifft
4.1 alle vorhandenen und künftigen Anmeldungen und/oder Eintragungen der Person, die den Vertreter bestellt, vorbehaltlich der auf einem Zusatzblatt angegebenen Ausnahmen.
4.2 ☐ folgende Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en):
4.2.1 die Anmeldung(en) betreffend folgende Marke(n):3)
4.2.2 die Anmeldung(en) mit der (den) folgenden Anmeldenummer(n) ⁴) sowie sämtliche sich daraus ergeber de(n) Eintragung(en):
4.2.3 die Eintragung(en) mit der (den) folgenden Eintragungsnummer(n):
4.2.4 Reicht der Platz unter der Nummer 4.2.1, 4.2.2 oder 4.2.3 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

³⁾ Diese Nummer ist auszufüllen, wenn die Vollmacht zusammen mit der (den) Anmeldung(en) bei dem Amt eingereicht wird.

⁴⁾ Ist die Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung beim Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder von seinem Vertreter zugewiesenes Geschäftszeichen.

5.	Umfang der Vollmacht				
	5.1	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Vertreter berechtigt ist, bei allen Handlungen als Vertreter aufzutreten, einschließlich der folgenden Handlungen, wenn es sich bei der Person, die den Vertreter bestellt um einen Anmelder oder einen Inhaber handelt:			
		5.1.1 Rücknahme der Anmeldung(en)			
		5.1.2 Urzicht auf die Eintragung(en)			
	5.2	□ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Vertreter nicht berechtigt ist, bei allen Handlungen als Vertreter aufzutreten; hier oder auf einem Zusatzblatt sind die Handlungen anzugeben, auf die sich die Vollmacht des Vertreters nicht erstreckt:			
6.	Unt	erschrift oder Siegel			
	6.1	Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:			
	6.2	Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:			
	6.3	Unterschrift oder Siegel:			

7. Zusatzblätter und Beiblätter

□ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamtzahl dieser Blätter:

Antrag auf Eintragung von Namens- und/oder Anschriftsänderungen

in Bezug auf Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken,

٧	orgelegt bei dem Amt
	Nur vom Amt auszufüllen
	hen des Inhabers Anmelders:1)
Geschäftszeic	hen des Vertreters:1)

1. Antrag auf Eintragung

Hiermit wird die Eintragung der in dem vorliegenden Antrag angegebenen Änderung(en) beantragt.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Der vorliegende Antrag bezieht sich auf die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en).

- 2.1 Eintragungsnummer(n):
- 2.2 Anmeldenummer(n):2)
- 2.3
 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber und/oder vom Anmelder zugewiesene Geschäftszeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

²) Ist die Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Darstellung der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung beim Amt eingegangen ist, und eines der Anmeldung vom Anmelder oder von seinem Vertreter zugewiesenen Geschäftszeichens.

3.	Inha	haber und/oder Anmelder					
	3.1	Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine natürliche Person, a) deren Familien- oder Hauptname: ³) b) deren Vor- oder Beiname(n): ³)					
	3.2	3.2 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine juristische Person, deren volle amtlicl Bezeichnung:					
	3.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):						
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:			
	3.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehrere Inhaber und/oder Anmelder handelt; diesem Fall sind diese auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nu mern 3.1 oder 3.2 und 3.3 genannten Angaben zu machen.						
4.	4. Vertreter						
	4.1	1 Name:					
	4.2	.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):					
	Telefonnummer(n): Telefaxnummer(n): E-Mail-Adresse: (mit Vorwahl)						

4.3 Laufende Nummer der Vollmacht:4)

5. Zustellungsanschrift

³⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die in der Anmeldung (den Anmeldungen) beziehungsweise für die Eintragung(en), auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, angegebenen beziehungsweise eingetragenen Namen anzugeben.

⁴⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber und/oder Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

6. Angabe der Änderung(en)				
	6.1	Zu ändernde Angaben:		
		Geänderte Angaben:5)		
	6.2	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der obige Platz nicht ausreicht; in diesem Fall sind die zu ändernden Angaben und die geänderten Angaben auf einem Zusatzblatt anzugeben.		
7.	Unt	erschrift oder Siegel		
	7.1	Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:		
	7.0			
	7.2	Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für		
		7.2.1 den Inhaber und/oder den Anmelder.		
		7.2.2 den Vertreter.		
	7.3	Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:		
	7.4	Unterschrift oder Siegel:		
8.	Gel	pühr		
	8.1	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Eintragung der Änderung(en) entrichteten Gebühr:		
	8.2	Zahlungsweise:		
9.	Zus	satzblätter und Beiblätter		
		Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamt- zahl dieser Blätter:		

⁵⁾ Hier sind der (die) geänderte(n) Name(n) und/oder die geänderte(n) Anschrift(en) anzugeben.

Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft

in Bezug auf Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken,

	vorgelegt bei dem Amt	
	Nur vom Amt auszufüllen	
	Geschäftszeichen des Inhabers	
	und/oder des Anmelders:1)	
	Geschäftszeichen des Vertreters:1)	
1. Antrag auf Eintragung	9	
Hiermit wird die Eintrag	gung der in dem vorliegenden Antrag angegebenen Änderung de	r Inhaberschaft beantragt

2.3 🗆 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Anga-

Der vorliegende Antrag bezieht sich auf die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

ben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

2.1 Eintragungsnummer(n):

2.2 Anmeldenummer(n):2)

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber und/oder vom Anmelder zugewiesene Geschäftszeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

²) Ist die Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung beim Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder von seinem Vertreter zugewiesenes Geschäftszeichen.

3.	Waren und/oder Dienstleistungen, die von der Änderung betroffen sind			
	3.1		Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn die Änderung alle in der (den) unter Nummer 2 genannten Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en) aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen betrifft.	
	3.2		Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 nur eine Anmeldung oder Eintragung genannt wird und die Änderung nur einige der in dieser Anmeldung oder Eintragung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen betrifft; Angabe der Waren und/oder Dienstleistungen, die in der Anmeldung oder Eintragung des neuen Eigentümers erscheinen sollen (in diesem Fall verbleiben die nicht angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen in der Anmeldung oder Eintragung des Anmelders oder Inhabers):	
	3.3		Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 mehrere Anmeldungen oder Eintragungen genannt werden und die Änderung bei mindestens einer von ihnen nicht alle aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. In diesem Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Anmeldung und/oder Eintragung einzeln anzugeben, ob die Änderung alle oder nur einige Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. Betrifft bei einer Anmeldung und/oder Eintragung die Änderung nur einige Waren und/oder Dienstleistungen, so sind die Angaben in der unter Nummer 3.2 beschriebenen Weise zu machen.	
4.	Gru	ndl	age für die Änderung der Inhaberschaft	
	4.1		Die Änderung der Inhaberschaft ergibt sich aus einem Vertrag.	
		Eir	nes der folgenden Dokumente ist beigefügt:	
		4.1	I.1 ☐ eine Kopie des Vertrags, deren Übereinstimmung mit dem Original beglaubigt ist.	
		4.1	I.2 ☐ ein Auszug aus dem Vertrag, dessen Übereinstimmung mit dem Original beglaubigt ist.	
		4.1	I.3 ☐ eine Bestätigung des Rechtsübergangs.	
		4.1	I.4 □ ein Dokument über den Rechtsübergang.	
	4.2		Die Änderung der Inhaberschaft ergibt sich aus einem Unternehmenszusammenschluss.	
			ne Kopie des folgenden Dokuments zum Nachweis des Unternehmenszusammenschlusses, deren Übereinmmung mit dem Original beglaubigt ist, ist beigefügt:	
		4.2	2.1 ☐ ein Auszug aus dem Handelsregister.	
		4.2	2.2 ein anderes von der zuständigen Behörde ausgestelltes Dokument.	
	4.3		Die Änderung der Inhaberschaft ergibt sich weder aus einem Vertrag noch aus einem Unternehmenszusammenschluss.	
		4.3	3.1 ☐ Eine Kopie eines Dokuments zum Nachweis der Änderung, deren Übereinstimmung mit dem Original beglaubigt ist, ist beigefügt.	

5.	Inhabe	r und/	oder /	Anmelo	ler
----	--------	--------	--------	--------	-----

5.1	1 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine natürliche Person,				
	a) deren Familien- oder Hauptnam	e: ³)			
	b) deren Vor- oder Beiname(n):3)				
5.2	Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:				
5.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
	Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:		
5.4	5.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn sich die Änderung auf mehrere Inhaber und/oder Anmelder au wirkt; in diesem Fall sind diese auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unt den Nummern 5.1 oder 5.2 und 5.3 genannten Angaben zu machen.				
5.5	und/oder der Anmelder seinen I Änderung zu beantragen; es ist	Namen und/oder seine Anschrift geäl ein Dokument beizufügen, aus den	er Anmelder oder einer der Inhaber ndert hat, ohne die Eintragung dieser n ersichtlich ist, dass es sich bei der und/oder dem Anmelder um dieselbe		
6. Ver	treter des Inhabers und/oder des	Anmelders			
6.1	Name:				
6.2	2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
	Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:		
6.3	Laufende Nummer der Vollmacht:4)				

³⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die in der Anmeldung (den Anmeldungen) beziehungsweise für die Eintragung(en), auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, angegebenen beziehungsweise eingetragenen Namen anzugeben.

⁴⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber und/oder Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

7. Zustellungsanschrift des Inhabers und/oder des Anmelders

8. Ne	ue(r) Eigentümer			
8.1	 8.1 Handelt es sich bei dem neuen Eigentümer um eine natürliche Person, a) deren Familien- oder Hauptname:⁵) b) deren Vor- oder Beiname(n):⁵) 			
8.2	8.2 Handelt es sich bei dem neuen Eigentümer um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung			
8.3	8.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):			
	Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	

8.4 Staatsangehörigkeit (Staat):

Wohnsitz (Staat):

Niederlassung (Staat):6)

- 8.5 Handelt es sich bei dem neuen Eigentümer um eine juristische Person, so sind anzugeben
 - deren Rechtsform:
 - der Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit dieses Staates, nach dessen beziehungsweise deren Recht die juristische Person gegründet wurde:
- 8.6 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehrere neue Eigentümer handelt; in diesem Fall sind diese auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 8.1 oder 8.2, 8.3, 8.4 und 8.5 genannten Angaben zu machen.⁷)

⁵⁾ Unter den Buchstaben a und b sind entweder die vollen Namen des neuen Eigentümers oder die von dem neuen Eigentümer üblicherweise benutzten Namen anzugeben.

^{6) &}quot;Niederlassung" bezieht sich auf eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung.

⁷⁾ Sind mehrere neue Inhaber mit unterschiedlichen Anschriften auf dem Zusatzblatt aufgeführt und ist ein Vertreter nicht bestellt, so ist die Anschrift für Zuschriften auf dem Zusatzblatt zu unterstreichen.

9. Vertreter des neuen Eigentümers						
9.1 Der neue Eigentümer wird nicht vertreten.						
9.2 \square Der neue	Eigentümer wird vertreten.					
9.2.1 Bezeic	chnung des Vertreters					
9.2.1.1	1 Name:					
9.2.1.2	2 Anschrift (einschließlich Pos	tleitzahl und Land):				
	Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:			
	e Vollmacht liegt dem Amt bere ufende Nummer: ⁸)	eits vor.				
9.2.3 □ Die	e Vollmacht ist beigefügt.					
9.2.4 □ Die	e Vollmacht wird zu einem spä	teren Zeitpunkt vorgelegt.				
9.2.5 ☐ Ein	ne Vollmacht ist nicht erforderli	ich.				
10. Zustellungsansc	chrift des neuen Eigentümers	s 9)				

⁸⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem neuen Eigentümer oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

⁹⁾ Unter Nummer 10 ist eine Zustellungsanschrift anzugeben, wenn der neue Eigentümer keinen Wohnsitz oder keine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung oder, falls es sich um mehrere neue Eigentümer handelt, keiner der neuen Eigentümer einen Wohnsitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei hat, deren Amt das auf der ersten Seite des vorliegenden Antrags genannte Amt ist, es sei denn, dass unter Nummer 9 ein Vertreter angegeben ist.

11. U	ntersc	hrift (oder	Siegel
-------	--------	---------	------	--------

	11.1	Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
	11.2	Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für
		11.2.1
		11.2.2 ☐ den neuen Eigentümer.
		11.2.3 ☐ den Vertreter.
	11.3	Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
	11.4	Unterschrift oder Siegel:
12.	Gebi	ühr
	12.1	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft entrichteten Gebühr:
	12.2	Zahlungsweise:
13.	Zusa	itzblätter und Beiblätter
		lieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamt- ahl dieser Blätter:

Bestätigung des Rechtsübergangs

in Bezug auf Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken,

V	orgelegt bei dem Amt
	Nur vom Amt auszufüllen

1. Bestätigung

Hiermit bestätigen der (die) unterzeichnete(n) Übertragende(n) und Erwerber, dass die Inhaberschaft der unten angegebenen Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) durch Vertrag übertragen wurde.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Die vorliegende Bestätigung bezieht sich auf den Rechtsübergang folgender Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

2.1 Eintragungsnummer	(n):
-----------------------	----	----

- 2.2 Anmeldenummer(n):1)
- 2.3
 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Ist die Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Übertragenden oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Übertragenden oder seines Vertreters die Anmeldung beim Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Übertragenden oder von seinem Vertreter zugewiesenes Geschäftszeichen.

3.	Waı	en	und/oder Dienstleistungen, die	von dem Rechtsübergang betroffe	n sind
	3.1			, wenn der Rechtsübergang alle in de ung(en) aufgeführten Waren und/ode	
	3.2		wird und der Rechtsübergang nu	n, wenn unter Nummer 2 nur eine Ar ur einige der in dieser Anmeldung oc it; Angabe der Waren und/oder Dien	der Eintragung aufgeführten Waren
	3.3		nannt werden und der Rechtsüb und/oder Dienstleistungen betriff Eintragung einzeln anzugeben, o tungen betrifft. Betrifft bei einer	n, wenn unter Nummer 2 mehrere An bergang bei mindestens einer von ih t. In diesem Fall ist auf einem Zusatz b der Rechtsübergang alle oder nur Anmeldung oder Eintragung die Änd gaben in der unter Nummer 3.2 besch	nen nicht alle aufgeführten Waren blatt für jede Anmeldung und/oder einige Waren und/oder Dienstleisderung nur einige Waren und/oder
4.	Übe	ertra	agende(r)		
	4.1		ndelt es sich bei dem Übertragend		
		a) deren Familien- oder Hauptname: ²)			
		D)	deren Vor- oder Beiname(n): ²)		
	4.2	4.2 Handelt es sich bei dem Übertragenden um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:			n volle amtliche Bezeichnung:
	4.3	4.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):			
				Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
	4.4			n, wenn es sich um mehrere Übertra zugeben, und für jeden von ihnen aben zu machen.	

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die in der Anmeldung (den Anmeldungen) beziehungsweise für die Eintragung(en), auf die sich die vorliegende Bestätigung bezieht, angegebenen beziehungsweise eingetragenen Namen anzugeben.

5.	Erw	verber				
	5.1	Handelt es sich bei dem Erwerber um eine natürliche Person,				
		a) deren Familien- oder Hauptname	-3)			
		b) deren Vor- oder Beiname(n):3)				
	5.2	Handelt es sich bei dem Erwerber ur	m eine juristische Person, deren volle	e amtliche Bezeichnung:		
	5.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):			
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:		

6. Unterschriften oder Siegel

6.1 Unterschrift(en) oder Siegel des (der) Übertragenden

genannten Angaben zu machen.

6.1.1 Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):

5.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehrere Erwerber handelt; in diesem Fall sind diese auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 5.1 oder 5.2 und 5.3

- 6.1.2 Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des Siegels (der Siegel):
- 6.1.3 Unterschrift(en) oder Siegel:
- 6.2 Unterschrift(en) oder Siegel des Erwerbers (der Erwerber)
 - 6.2.1 Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):
 - 6.2.2 Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des Siegels (der Siegel):
 - 6.2.3 Unterschrift(en) oder Siegel:

7. Zusatzblätter und Beiblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen,	wenn Zusatzblätter	und/oder Beiblätte	r beigefügt sind;	Angabe der 0	Gesamt-
zahl dieser Blätter:					

³⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die vollen Namen des Erwerbers oder die von dem Erwerber üblicherweise benutzten Namen anzugeben.

Dokument über den Rechtsübergang

in Bezug auf Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken,

vorgelegt bei dem Amt
Nur vom Amt auszufüllen

1. Erklärung über den Rechtsübergang

Der (Die) unterzeichnete(n) Übertragende(n) überträgt (übertragen) dem (den) unterzeichneten Erwerber(n) die Inhaberschaft der unten bezeichneten Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en).

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Das vorliegende Dokument betrifft den Rechtsübergang folgender Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

- 2.1 Eintragungsnummer(n):
- 2.2 Anmeldenummer(n):1)
- 2.3 ☐ Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Ist die Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Übertragenden oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Übertragenden oder seines Vertreters die Anmeldung beim Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Übertragenden oder von seinem Vertreter zugewiesenes Geschäftszeichen.

3.	Wa	Waren und/oder Dienstleistungen, die von dem Rechtsübergang betroffen sind			
	3.1	3.1 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Rechtsübergang alle in der (den) unter Nummer 2 genannter Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en) aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen betrifft.			
	3.2		wird und der Rechtsübergang nu	n, wenn unter Nummer 2 nur eine Ar ur einige der in dieser Anmeldung o ft; Angabe der Waren und/oder Dier	der Eintragung aufgeführten Waren
	3.3		nannt werden und der Rechtsüt und/oder Dienstleistungen betriff Eintragung einzeln anzugeben, o tungen betrifft. Betrifft bei einer	n, wenn unter Nummer 2 mehrere Ar bergang bei mindestens einer von ih ft. In diesem Fall ist auf einem Zusat: bb der Rechtsübergang alle oder nur Anmeldung oder Eintragung die Än gaben in der unter Nummer 3.2 besc	nnen nicht alle aufgeführten Waren zblatt für jede Anmeldung und/oder einige Waren und/oder Dienstleis- derung nur einige Waren und/oder
4.	Übe	ertra	agender (Übertragende)		
	4.1	На	ındelt es sich bei dem Übertragen	den um eine natürliche Person,	
		a) deren Familien- oder Hauptname: ²)			
		b) deren Vor- oder Beiname(n):2)			
	4.2	На	ındelt es sich bei dem Übertragen	den um eine juristische Person, dere	n volle amtliche Bezeichnung:
	4.3	I.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):			
			lefonnummer(n): it Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
	4.4			n, wenn es sich um mehrere Übertra zugeben, und für jeden von ihnen aben zu machen.	

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die in der Anmeldung (den Anmeldungen) beziehungsweise für die Eintragung(en), auf die sich das vorliegende Dokument bezieht, angegebenen beziehungsweise eingetragenen Namen anzugeben.

5.	ı	a) deren Familien- oder Hauptname	_	
		b) deren Vor- oder Beiname(n):3)		
5.	2	Handelt es sich bei dem Erwerber u	m eine juristische Person, deren volle	amtliche Bezeichnung:
5.	3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):	
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
5.	4	•	, wenn es sich um mehrere Erwerber I nd für jeden von ihnen sind die unter	,
6. Z	us	atzangaben (siehe die Anlage dieses	s Formblatts [beigefügt])	
([(Die Vorlage dieser Angaben für die Zwecke der Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft ist freigestellt.)			er Inhaberschaft ist freigestellt.)
]	Dieses Kästchen ist anzukreuzen, we	nn die Anlage benutzt wird.	

³⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die vollen Namen des Erwerbers oder die von dem Erwerber üblicherweise benutzten Namen anzugeben.

7. Unterschriften oder Siegel

7	7.1	Unter	schrift(en) oder Siegel des (der) Übertragenden
		7.1.1	Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):
		7.1.2	Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des Siegels (der Siegel):
		7.1.3	Unterschrift(en) oder Siegel:
7	7.2	Unter	schrift(en) oder Siegel des Erwerbers (der Erwerber)
		7.2.1	Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):
		7.2.2	Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des Siegels (der Siegel):
		7.2.3	Unterschrift(en) oder Siegel:
8. Z	Zus	atzblä	itter, Beiblätter und Anlage
			Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamt eser Blätter:
			Kästchen ist anzukreuzen, wenn eine Anlage beigefügt ist; Angabe der Anzahl der Seiten der Anlage und zahl etwaiger Zusatzblätter zu der Anlage:

Anlage des Formblatts Nr. 6

Zusätzliche Angaben zu einem Dokument über den Rechtsübergang (Nummer 6)

A.	Rechtsübergang des Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts
	a) Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Rechtsübergang des ent- sprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts für alle Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt, die in der (den) unter Num- mer 2 des Dokuments über den Rechtsübergang genannten Anmel- dung(en) und/oder Eintragung(en) aufgeführt sind.
	b) Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 des Dokuments über den Rechtsübergang nur eine Anmeldung oder Eintragung genannt ist und wenn der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts nur für einige der in dieser Anmeldung oder Eintragung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt; Angabe der Waren und/oder Dienstleistungen, für die der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts erfolgt:
	c) Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 des Dokuments über den Rechtsübergang mehrere Anmeldungen oder Eintragungen genannt sind und wenn bei mindestens einer von ihnen der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts nicht für alle aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt. In diesem Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Anmeldung und/oder Eintragung einzeln anzugeben, ob der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts für alle oder nur für einige Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt. Erfolgt bei einer Anmeldung oder Eintragung der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts nur für einige Waren und/oder Dienstleistungen, so ist die Angabe in der unter Buchstabe b beschriebenen Weise zu machen.
В.	Übertragung von Rechten, die sich aus der Benutzung ergeben
	Die Rechte, die sich aus der Benutzung der Marke ergeben, werden übertragen
	a) 🗌 für alle Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en).
	b) 🗆 nur für die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):
c.	Übertragung der Klagebefugnis
	☐ Der Erwerber hat das Recht, gegen bisherige Verletzungen zu klagen.
D.	Gegenleistung
	a) 🗆 Der Rechtsübergang erfolgt gegen Geld.
	b) \square Der Rechtsübergang erfolgt gegen Geld und aufgrund anderer geldwerter Gegenleistungen.
	c) Hiermit bestätigt der Übertragende den Erhalt der oben genannten Gegenleistung.
E.	Tag des Wirksamwerdens des Rechtsübergangs
	a) Der Rechtsübergang wird an dem Tag wirksam, an dem das vorliegen- de Dokument über den Rechtsübergang unterschrieben wird

b) \square Der Rechtsübergang wird mit folgendem Tag wirksam: ...

Antrag auf Berichtigung von Fehlern

in Eintragungen von Marken und Anmeldungen zur Eintragung von Marken,

vorgelegt bei dem Amt
Nur vom Amt auszufüllen
Trail Form Film add_drainon
Geschäftszeichen des Inhabers und/oder des Anmelders: ¹)
Geschäftszeichen des Vertreters:1)

1. Antrag auf Berichtigung

Hiermit wird (werden) die in dem vorliegenden Antrag genannte(n) Berichtigung(en) beantragt.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Der vorliegende Antrag betrifft die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

- 2.1 Eintragungsnummer(n):
- 2.2 Anmeldenummer(n):2)
- 2.3
 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber und/oder Anmelder zugewiesene Geschäftszeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

²) Ist eine Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung beim Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder von seinem Vertreter zugewiesenes Geschäftszeichen.

3.	Inha	Inhaber und/oder Anmelder			
	3.1	 3.1 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine natürliche Person, a) deren Familien- oder Hauptname:³) b) deren Vor- oder Beiname(n):³) 			
	3.2	3.2 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine juristische Person, deren volle amt Bezeichnung:			
	3.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):		
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	
	3.4	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuze diesem Fall sind diese auf einer Nummern 3.1 oder 3.2 und 3.3 g	m Zusatzblatt anzugeben, und für j		
4.	Ver	treter			
	4.1	Name:			
	4.2	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):		
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	
	4.3	Laufende Nummer der Vollmacht:4)			
5.	Zus	stellungsanschrift			
6.	Ang	Angabe der Fehler und Berichtigungen			
	6.1	Zu berichtigende Angaben:			
		Berichtigte Angaben:			

tigenden und die berichtigten Angaben auf einem Zusatzblatt anzugeben.

6.2 $\ \square$ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der obige Platz nicht ausreicht; in diesem Fall sind die zu berich-

³⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die in der Anmeldung (den Anmeldungen) beziehungsweise für die Eintragung(en), auf die sich das vorliegende

Dokument bezieht, angegebenen beziehungsweise eingetragenen Namen anzugeben.

4) Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber und/oder Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

7.	Unter	schrift	oder	Siegel

	7.1	Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
	7.2	Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für
		7.2.1
		7.2.2 ☐ den Vertreter.
	7.3	Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
	7.4	Unterschrift oder Siegel:
_		
8.	Get	pühr
8.		bühr Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Berichtigung entrichteten Gebühr:
8.	8.1	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Berichtigung entrichteten
	8.1	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Berichtigung entrichteten Gebühr:
	8.1 8.2 Zuss	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Berichtigung entrichteten Gebühr: Zahlungsweise:

Antrag auf Erneuerung einer Eintragung

vorgelegt bei dem Amt
Nur vom Amt auszufüllen
Coochäftereichen des Inhahereit)
Geschäftszeichen des Inhabers:1)
Geschäftszeichen des Vertreters:1)

1. Antrag auf Erneuerung

Hiermit wird die Erneuerung der im vorliegenden Antrag bezeichneten Eintragung beantragt.

2. Betroffene Eintragung

- 2.1 Eintragungsnummer:
- 2.2 Anmeldedatum der Anmeldung, aus der sich die Eintragung ergeben hat:

Datum der Eintragung:

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag auf Erneuerung vom Inhaber zugewiesene Geschäftszeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

3.	Inha	nhaber			
	3.1	Handelt es sich bei dem Inhaber um a) deren Familien- oder Hauptname b) deren Vor- oder Beiname(n):2)	,		
	3.2	Handelt es sich bei dem Inhaber um	eine juristische Person, deren volle	amtliche Bezeichnung:	
	3.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	
	3.4	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen einem Zusatzblatt anzugeben, ur genannten Angaben zu machen.	nd für jeden von ihnen sind die unter		
4.	Ver	treter des Inhabers			
	4.1	Name:			
	4.2	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):		
		Telefonnummer(n): (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	
	4.3	Laufende Nummer der Vollmacht: ³)			

5. Zustellungsanschrift des Inhabers

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die für die Eintragung, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, eingetragenen Namen anzugeben.

³⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

0.	vvai	en	und/oder Dienstielstungen+)		
	6.1		Die Erneuerung wird für alle Ware tragt.	en und/oder Dienstleistungen, auf die	e sich die Eintragung bezieht, bean-
	6.2 Die Erneuerung wird nur für folgende Waren und/oder Dienstleistungen, auf die sich die Eintragung bezieht beantragt:5)				
	6.3		Die Erneuerung wird für alle Wa Ausnahme der folgenden beantra	ren und/oder Dienstleistungen, auf o agt: ⁶)	die sich die Eintragung bezieht, mit
	6.4		Dieses Kästchen ist anzukreuzer zu benutzen.	n, wenn der obige Platz nicht ausreic	ht; in diesem Fall ist ein Zusatzblatt
7.			n vorliegenden Antrag auf Erne m den Vertreter des Inhabers ha	uerung einreichende Person, soferandel \mathbf{t}^7	rn es sich weder um den Inhabei
	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Antrag auf Erneuerung von einer anderen Person als dem Inhaber oder dem Vertreter des Inhabers eingereicht wird.				
	7.1 Handelt es sich bei dem Antragsteller um eine natürliche Person,				
	a) deren Familien- oder Hauptname:				
	b) deren Vor- oder Beiname(n):				
	7.2	На	ndelt es sich bei dem Antragstelle	er um eine juristische Person, deren v	volle amtliche Bezeichnung:
	7.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
			efonnummer(n): t Vorwahl)	Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:

⁴⁾ Nur eines der Kästchen 6.1, 6.2 oder 6.3 ist anzukreuzen.

⁵⁾ Das Verzeichnis der Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Verlängerung beantragt wird, muss in derselben Weise wiedergegeben werden, wie es in der Eintragung erscheint (Zusammenfassung in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei mit der Angabe der Nummer der entsprechenden Klasse zu beginnen ist, und, wenn die Waren oder Dienstleistungen zu mehreren Klassen gehören, Anordnung in der Reihenfolge der Klassen dieser Klassifikation).

⁶⁾ Die Waren und/oder Dienstleistungen, für die keine Erneuerung beantragt wird, müssen, wenn sie zu mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation gehören, nach den Klassen dieser Klassifikation in Gruppen zusammengefasst werden, wobei mit der Angabe der Nummer der entsprechenden Klasse zu beginnen ist und die Anordnung in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation zu erfolgen hat.

⁷⁾ Eine andere Person als der Inhaber oder der Vertreter des Inhabers kann den Antrag auf Erneuerung nur dann einreichen, wenn die betreffende Vertragspartei dies zulässt. Demnach kann diese Nummer nicht ausgefüllt werden, wenn die Vertragspartei, deren Amt auf der ersten Seite des vorliegenden Antrags auf Erneuerung als Amt angegeben ist, nicht zulässt, dass ein Antrag auf Erneuerung von einer anderen Person als dem Inhaber oder dem Vertreter des Inhabers eingereicht wird.

8. Unterschrift oder Siegel

	8.1	Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
	8.2	Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für
		8.2.1 ☐ den Inhaber.
		8.2.2 den Vertreter.
		8.2.3
	8.3	Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
	8.4	Unterschrift oder Siegel:
9.	Geb	bühr
	9.1	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Erneuerung entrichteten Gebühr:
	9.2	Zahlungsweise:
10.	Zus	atzblätter
		Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamtzahl dieser Blätter:

1. Antrag

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

2.1 Eintragungs- und/oder Anmeldungsnummer(n):

auf einem Zusatzblatt zu machen.

Der vorliegende Antrag betrifft die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 9

Antrag auf Eintragung einer Lizenz

in Bezug auf Anmeldungen und eingetragene Marken,

	vorgelegt bei dem Amt	
	Nur vom Amt auszufüllen	
	Geschäftszeichen des Inhabers/Anmelders und/oder des Lizenznehmers:1) Geschäftszeichen des Vertreters des Inhabers/Anmelders:1) Geschäftszeichen des Vertreters des Lizenznehmers:1)	
Antrag ☐ Hiermit wird bean	tragt, die Tatsache einzutragen, dass die in diesem Antrag g	enannte(n) Fintragung(en)

2.2 $\ \square$ Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber/Anmelder und/oder Lizenznehmer und/oder einem Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

ა.	innaber/Anmeider	

4.4	Der Vollmacht zugewiesene	Nummer: ⁵)		
4.3	Nummer der Eintragung, falls	s beim Amt eingetragen:		
	Telefonnummer(n): ⁴) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ⁴) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	
4.2	Anschrift (einschließlich Post	leitzahl und Land):		
4.1	Name:			
4. Ver	treter des Inhabers/Anmeld	<u> </u>	Za maonon.	
3.4	die weiteren Inhaber/Ann		naber/Anmelder handelt; in diesem Fal nzugeben, und für jeden von ihnen sir zu machen	
	Telefonnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	
3.3	Anschrift (einschließlich Post	eleitzahl und Land):		
	,		ates, nach dessen beziehungsweise	deren
	a) deren volle amtliche Bezeb) deren Rechtsform:	eichnung:		
3.2	Handelt es sich bei dem Inha	aber/Anmelder um eine juristische Pe	rson,	
	b) deren Vor- oder Beiname	(n): ²)		
	a) deren Familien- oder Hau	ptname:2)		

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die Namen anzugeben, die hinsichtlich des Inhabers/Anmelders der Eintragung(en)/Anmeldung(en), auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, in den Akten des Amtes stehen.

³) Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁴⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁵⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die Nummer dem Inhaber/Anmelder oder dem Vertreter nicht bekannt ist.

⁶⁾ Nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b ist unter Nummer 5 eine Zustellungsanschrift anzugeben, wenn der Inhaber/Anmelder einen Wohnsitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei, deren Amt das auf der ersten Seite des vorliegenden Antrags genannte Amt ist, nicht hat oder nicht angegeben hat, es sei denn, dass unter Nummer 4 ein Vertreter angegeben ist.

o. Lizenzneniner	6.	Lizenznehmer
------------------	-----------	--------------

	6.1	Handelt es sich bei dem Lizenznehna) deren Familien- oder Hauptnameb) deren Vor- oder Beiname(n):	,	
	6.2	Handelt es sich bei dem Lizenznehn a) deren volle amtliche Bezeichnung	•	
		b) deren Rechtsform:		
		c) der Staat sowie gegebenenfalls e Recht die juristische Person gegr	die Gebietseinheit dieses Staates, na ündet wurde:	ach dessen beziehungsweise deren
	6.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):	
		Telefonnummer(n): ⁷) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ⁷) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
	6.4	Staat, dessen Staatsangehöriger de	r Lizenznehmer ist:	
	6.5	Staat, in dem der Lizenznehmer sein	nen Wohnsitz hat:	
	6.6	Staat, in dem der Lizenznehmer ein Handelsniederlassung hat:	e tatsächliche und nicht nur zum So	chein bestehende gewerbliche oder
	6.7	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuze jeder weitere Lizenznehmer auf unter den Nummern 6.1 bis 6.6 g	einem gesonderten Blatt anzugebei	
7.	Ver	reter des Lizenznehmers		
	7.1	Name:		
	7.2	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):	
		Telefonnummer(n):8) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n):8) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
	7.3	Nummer der Eintragung, falls beim	Amt eingetragen:	
	7.4	Der Vollmacht zugewiesene Numme	or:9)	

⁷⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁸⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁹⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die Nummer dem Lizenznehmer oder dem Vertreter nicht bekannt ist.

8.	Zust	ell	ungsanschrift des Lizenznehmers (0)
9.	War	en	und/oder Dienstleistungen, für welche die Lizenz erteilt wird ¹¹)
	9.1		Die Lizenz wird für alle Waren und/oder Dienstleistungen erteilt, die in der (den) unter Nummer 2 genannten Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) aufgeführt sind.
	9.2		Unter Nummer 2 ist nur eine Eintragung und/oder Anmeldung genannt, und die Lizenz wird nur für einige der in dieser Eintragung oder Anmeldung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen erteilt. Die Lizenz bezieht sich auf folgende Waren und/oder Dienstleistungen:
	9.3		Unter Nummer 2 sind mehrere Eintragungen und/oder Anmeldungen genannt, und bei mindestens einer von ihnen bezieht sich die Lizenz nicht auf alle aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen. In diesem Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Eintragung und/oder Anmeldung einzeln anzugeben, ob sich die Lizenz auf alle oder nur einige Waren und/oder Dienstleistungen bezieht.
١0.	Art o	der	Lizenz ¹¹)
	10.1		Die Lizenz ist eine ausschließliche Lizenz.
	10.2		Die Lizenz ist eine Alleinlizenz.
	10.3		Die Lizenz ist eine nicht ausschließliche Lizenz.
	10.4		Die Lizenz betrifft nur den folgenden Teil des von der Eintragung abgedeckten Gebiets:

¹⁰⁾ Nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b ist unter Nummer 8 eine Zustellungsanschrift anzugeben, wenn der Lizenznehmer einen Wohnsitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei, deren Amt das auf der ersten Seite des vorliegenden Antrags genannte Amt ist, nicht hat oder nicht angegeben hat, es sei denn, dass unter Nummer 7 ein Vertreter angegeben ist.

¹¹) Zutreffende Kästchen ankreuzen.

11.	Lauf	zeit der Lizenz
	11.1	☐ Die Laufzeit der Lizenz ist begrenzt; sie wird für den Zeitraum
		vom bis erteilt.
		11.1.1 Die Lizenz wird automatisch verlängert.
	11.2	☐ Die Lizenz wird ohne Laufzeitbegrenzung erteilt.
12.	Unte	erschrift oder Siegel ¹²)
	12.1	Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
	12.2	Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für
		12.2.1 ☐ den Inhaber und/oder den Anmelder.
		12.2.2 ☐ den Lizenznehmer.
		12.2.3 den Vertreter.
	12.3	Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
	12.4	Unterschrift oder Siegel:
13.	Gebi	ühr
	13.1	Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag entrichteten Gebühr:
	13.2	Zahlungsweise:
14.	Zusa	atzblätter
		Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamtzahl dieser Blätter:

¹²⁾ Wenn mehrere Personen unterschreiben oder die Siegel mehrerer Personen benutzt werden, sollen alle Angaben zu den Nummern 12.1 bis 12.4 auf einem Zusatzblatt gemacht werden.

Lizenzerklärung

in Bezug auf Anmeldungen und eingetragene Marken,

vorgelegt bei dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

1. Erklärung

Der (Die) Inhaber/Anmelder und der (die) Lizenznehmer erklären, dass die nachstehende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) Gegenstand einer Lizenz ist (sind).

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Die vorliegende Erklärung betrifft die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

- 2.1 Eintragungs- und/oder Anmeldungsnummer(n):
- 2.2 \square Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber/Anmelder und/oder Lizenznehmer und/oder einem Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

In	haber/	Anme	der

3.1	Handelt es sich bei dem Inhabea) deren Familien- oder Hauptrb) deren Vor- oder Beiname(n):	•	erson,
3.2	Handelt es sich bei dem Inhabe a) deren volle amtliche Bezeich	er/Anmelder um eine juristische Ponnung:	erson,
	b) deren Rechtsform:		
	c) der Staat sowie gegebenen Recht die juristische Person		aates, nach dessen beziehungsweise deren
3.3	Anschrift (einschließlich Postleit	tzahl und Land):	
	Telefonnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
3.4	die weiteren Inhaber/Anmel		nhaber/Anmelder handelt; in diesem Fall sind anzugeben, und für jeden von ihnen sind die n zu machen.
4. V er	treter des Inhabers/Anmelders	der Inhaber/Anmelder)	
4.1	Name:		
4.2	Anschrift (einschließlich Postlei	tzahl und Land):	
	Telefonnummer(n): ⁴) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ⁴) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
4.3	Nummer der Eintragung, falls b	eim Amt eingetragen:	
4.4	Der Vollmacht zugewiesene Nu	mmer:	

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die Namen anzugeben, die hinsichtlich des Inhabers/Anmelders der Eintragung(en)/Anmeldung(en), auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, in den Akten des Amtes stehen.

³⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁴⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

Lizenznehmer

	b.4	Der Vollmacht zugewiesene Numme	er:')	
		Nummer der Eintragung, falls beim		
		Telefonnummer(n):6) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ⁶) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
	6.2	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):	
	6.1	Name:		
6.	Ver	treter des Lizenznehmers		
	5.7		einem gesonderten Bla	ehrere Lizenznehmer handelt; in diesem Fall ist tt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die nachen.
	5.6	Staat, in dem der Lizenznehmer ein Handelsniederlassung hat:	ne tatsächliche und nich	t nur zum Schein bestehende gewerbliche oder
	5.5	Staat, in dem der Lizenznehmer seir	nen Wohnsitz hat:	
	5.4	Staat, dessen Staatsangehöriger de	er Lizenznehmer ist:	
		Telefonnummer(n): ⁵) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ⁵) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:
	5.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):	
		c) der Staat sowie gegebenenfalls Recht die juristische Person gegi		s Staates, nach dessen beziehungsweise derer
		b) deren Rechtsform:		
	0.2	a) deren volle amtliche Bezeichnung	•	613011,
	5.2	b) deren Vor- oder Beiname(n):Handelt es sich bei dem Lizenznehn	mer um eine iuristische P	erean
	5.1	a) deren Familien- oder Hauptname		erson,

⁵⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁶⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁷⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die Nummer dem Lizenznehmer oder dem Vertreter nicht bekannt ist.

7.	wai	ren	und/oder Dienstielstungen, für weiche die Lizenz erteilt wird°)
	7.1		Die Lizenz wird für alle Waren und/oder Dienstleistungen erteilt, die in der (den) unter Nummer 2 genann ten Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) aufgeführt sind.
	7.2		Unter Nummer 2 ist nur eine Eintragung und/oder Anmeldung genannt, und die Lizenz wird nur für einige der in dieser Eintragung oder Anmeldung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen erteilt. Die Lizenz bezieht sich auf folgende Waren und/oder Dienstleistungen:
	7.3		Unter Nummer 2 sind mehrere Eintragungen und/oder Anmeldungen genannt, und bei mindestens eine von ihnen bezieht sich die Lizenz nicht auf alle aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen. In diesen Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Eintragung und/oder Anmeldung einzeln anzugeben, ob sich die Lizenz auf alle oder nur einige Waren und/oder Dienstleistungen bezieht.
8.	Art	der	Lizenz ⁸)
	8.1		Die Lizenz ist eine ausschließliche Lizenz.
	8.2		Die Lizenz ist eine Alleinlizenz.
	8.3		Die Lizenz ist eine nicht ausschließliche Lizenz.
	8.4		Die Lizenz betrifft nur den folgenden Teil des von der Eintragung abgedeckten Gebiets:
9.	Lau	ıfzei	t der Lizenz ⁸)
	9.1		Die Lizenz hat eine begrenzte Laufzeit; sie wird für den Zeitraum vom bis erteilt.
		9.1	.1 Die Lizenz wird automatisch verlängert.
	9.2		Die Lizenz wird ohne Laufzeitbegrenzung erteilt.

⁸⁾ Zutreffende Kästchen ankreuzen.

10. Unterschriften oder Siegel9)

- 10.1 Unterschrift(en) oder Siegel des Inhabers/Anmelders (der Inhaber/Anmelder):
 - 10.1.1 Name des Inhabers/Anmelders oder, falls der Inhaber/Anmelder eine juristische Person ist, Name der für den Inhaber/Anmelder handelnden Person:
 - 10.1.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.1.3 Unterschrift oder Siegel:
- 10.2 Unterschrift(en) oder Siegel des Lizenznehmers (der Lizenznehmer):
 - 10.2.1 Name des Lizenznehmers oder, falls der Lizenznehmer eine juristische Person ist, Name der für den Lizenznehmer handelnden Person:
 - 10.2.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.2.3 Unterschrift oder Siegel:
- 10.3 Unterschrift oder Siegel des Vertreters des Inhabers/Anmelders (der Inhaber/Anmelder):
 - 10.3.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
 - 10.3.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.3.3 Unterschrift oder Siegel:
- 10.4 Unterschrift oder Siegel des Vertreters des Lizenznehmers (der Lizenznehmer):
 - 10.4.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
 - 10.4.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.4.3 Unterschrift oder Siegel:

11. Zusatzblätter

⁹⁾ Wenn mehrere Personen unterschreiben oder die Siegel mehrerer Personen benutzt werden, sollen alle Angaben zu den Nummern 10.1 bis 10.4 auf einem Zusatzblatt gemacht werden.

Erklärung über die Änderung einer Lizenz

in Bezug auf Anmeldungen und eingetragene Marken,

vorgelegt bei dem Amt
Nur vom Amt auszufüllen
Geschäftszeichen des Inhabers/Anmelders
und/oder des Lizenznehmers:1)

des Inhabers/Anmelders:1)

des Lizenznehmers:1)

Geschäftszeichen des Vertreters

1. Erklärung

Der (Die) Inhaber/Anmelder und der (die) Lizenznehmer erklären, dass die nachstehende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) Gegenstand einer geänderten Lizenz ist (sind).

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Die vorliegende Erklärung betrifft die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

- 2.1 Eintragungs- und/oder Anmeldungsnummer(n):
- 2.2 \square Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber/Anmelder und/oder Lizenznehmer und/oder einem Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

3.	Inhaber/Anmelder				
	3.1	Handelt es sich bei dem Inhaber/An a) deren Familien- oder Hauptname b) deren Vor- oder Beiname(n):2)	_		
	3.2	Handelt es sich bei dem Inhaber/An a) deren volle amtliche Bezeichnung	•		
		b) deren Rechtsform:			
		c) der Staat sowie gegebenenfalls Recht die juristische Person gegr	die Gebietseinheit dieses Staates, na ründet wurde:	ach dessen beziehungsweise deren	
	3.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
		Telefonnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:	
	3.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehrere Inhaber/Anmelder handelt; in diesem Fall sin die weiteren Inhaber/Anmelder auf einem gesonderten Blatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind di unter den Nummern 3.1 oder 3.2 und 3.3 genannten Angaben zu machen.				

4. Vertreter des Inhabers/Anmelders (der Inhaber/Anmelder)

- 4.1 Name:
- 4.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):4) (mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):4) (mit Vorwahl)

E-Mail-Adresse:

- 4.3 Nummer der Eintragung, falls beim Amt eingetragen:
- 4.4 Der Vollmacht zugewiesene Nummer:

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die Namen anzugeben, die hinsichtlich des Inhabers/Anmelders der Eintragung(en)/Anmeldung(en), auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, in den Akten des Amtes stehen.

³⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁴⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

	ehmer

	5.1	Handelt es sich bei dem Lizenznehmer um eine natürliche Person, a) deren Familien- oder Hauptname: b) deren Vor- oder Beiname(n):				
	5.2	Handelt es sich bei dem Lizenznehmer um eine juristische Person, a) deren volle amtliche Bezeichnung:				
		b) deren Rechtsform:				
		c) der Staat sowie gegebenenfalls e Recht die juristische Person gegr	die Gebietseinheit dieses Staates, na ründet wurde:	ach dessen beziehungsweise deren		
	5.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):			
		Telefonnummer(n): ⁵) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ⁵) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:		
	5.4	Staat, dessen Staatsangehöriger de	r Lizenznehmer ist:			
	5.5	Staat, in dem der Lizenznehmer seinen Wohnsitz hat:				
	5.6	Staat, in dem der Lizenznehmer eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat:				
	5.7	☐ Dieses Kästchen ist anzukreuze jeder weitere Lizenznehmer auf unter den Nummern 5.1 bis 5.6 g	einem gesonderten Blatt anzugebei			
6.	Ver	reter des Lizenznehmers				
	6.1	Name:				
	6.2	Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
		Telefonnummer(n):6) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n):6) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:		
	6.3	Nummer der Eintragung, falls beim	Amt eingetragen:			
	6.4	Der Vollmacht zugewiesene Numme	er: ⁷)			

⁵⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁶⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁷⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die Nummer dem Lizenznehmer oder dem Vertreter nicht bekannt ist.

7.	7. Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Lizenz geändert worden ist				
	Art	unc	I Umfang der Änderung werden auf einem gesonderten Blatt angegeben.		
8.	Art	deı	geänderten Lizenz ⁸)		
	8.1		Die geänderte Lizenz ist eine ausschließliche Lizenz.		
	8.2		Die geänderte Lizenz ist eine Alleinlizenz.		
	8.3		Die geänderte Lizenz ist eine nicht ausschließliche Lizenz.		
	8.4		Die geänderte Lizenz betrifft nur den folgenden Teil des von der Eintragung abgedeckten Gebiets:		
9.	9. Laufzeit der Lizenz ⁸)				
	9.1		Die geänderte Lizenz hat eine begrenzte Laufzeit; sie wird für den Zeitraum vom bis erteilt.		
		9.	1.1 Die geänderte Lizenz wird automatisch verlängert.		
	9.2		Die geänderte Lizenz wird ohne Laufzeitbegrenzung erteilt.		

⁸⁾ Zutreffende Kästchen ankreuzen.

10. Unterschriften oder Siegel⁹)

- 10.1 Unterschrift(en) oder Siegel des Inhabers/Anmelders (der Inhaber/Anmelder):
 - 10.1.1 Name des Inhabers/Anmelders oder, falls der Inhaber/Anmelder eine juristische Person ist, Name der für den Inhaber/Anmelder handelnden Person:
 - 10.1.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.1.3 Unterschrift oder Siegel:
- 10.2 Unterschrift(en) oder Siegel des Lizenznehmers (der Lizenznehmer):
 - 10.2.1 Name des Lizenznehmers oder, falls der Lizenznehmer eine juristische Person ist, Name der für den Lizenznehmer handelnden Person:
 - 10.2.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.2.3 Unterschrift oder Siegel:
- 10.3 Unterschrift oder Siegel des Vertreters des Inhabers/Anmelders (der Inhaber/Anmelder):
 - 10.3.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
 - 10.3.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.3.3 Unterschrift oder Siegel:
- 10.4 Unterschrift oder Siegel des Vertreters des Lizenznehmers (der Lizenznehmer):
 - 10.4.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
 - 10.4.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 10.4.3 Unterschrift oder Siegel:

11. Zusatzblätter

☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamtzahl dieser Blätter:

⁹⁾ Wenn mehrere Personen unterschreiben oder die Siegel mehrerer Personen benutzt werden, sollen alle Angaben zu den Nummern 10.1 bis 10.4 auf einem Zusatzblatt gemacht werden.

Erklärung über die Löschung einer Lizenz

in Bezug auf Anmeldungen und eingetragene Marken,

vorgelegt bei dem Amt	
Nur vom Amt auszufüllen	

Geschäftszeichen des Inhabers/Anmelders und/oder des Lizenznehmers:1)
Geschäftszeichen des Vertreters des Inhabers/Anmelders:1)
Geschäftszeichen des Vertreters des Lizenznehmers:1)

1. Erklärung

Der (Die) Inhaber/Anmelder und der (die) Lizenznehmer erklären, dass die nachstehende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) Gegenstand einer gelöschten Lizenz ist (sind).

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Die vorliegende Erklärung betrifft die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

- 2.1 Eintragungs- und/oder Anmeldungsnummern:
- 2.2 \square Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber/Anmelder und/oder Lizenznehmer und/oder einem Vertreter zugewiesene Geschäftszeichen angegeben werden.

	abe		

3.1	Handelt es sich bei dem Inhaber/Anmelder um eine natürliche Person, a) deren Familien- oder Hauptname: ²) b) deren Vor- oder Beiname(n): ²)				
3.2	3.2 Handelt es sich bei dem Inhaber/Anmelder um eine juristische Person,a) deren volle amtliche Bezeichnung:				
	b) deren Rechtsform:				
	c) der Staat sowie gegebenenfalls Recht die juristische Person ge		Staates, nach dessen beziehungsweise deren		
3.3	Anschrift (einschließlich Postleitzah	nl und Land):			
	Telefonnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n): ³) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:		
3.4	4 ☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehrere Inhaber/Anmelder handelt; in diesem Fall sind die weiteren Inhaber/Anmelder auf einem gesonderten Blatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 3.1 oder 3.2 und 3.3 genannten Angaben zu machen.				
4. V er	treter des Inhabers/Anmelders (d	er Inhaber/Anmelder)			
4.1	Name:				
4.2	2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
	Telefonnummer(n): ⁴) (mit Vorwahl)	Telefaxnummer(n):4) (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse:		
4.3	Nummer der Eintragung, falls beim	n Amt eingetragen:			
4.4	4 Der Vollmacht zugewiesene Nummer:				

²⁾ Unter den Buchstaben a und b sind die Namen anzugeben, die hinsichtlich des Inhabers/Anmelders der Eintragung(en)/Anmeldung(en), auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, in den Akten des Amtes stehen.

³⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁴⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Inhaber/Anmelder oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

Lizenznehmer

6.

5.1	1 Handelt es sich bei dem Lizenznehmer um eine natürliche Person,				
	a) deren Familien- oder Hauptname:b) deren Vor- oder Beiname(n):				
5.2	Handelt es sich bei dem Lizenznehn a) deren volle amtliche Bezeichnung	·			
	a) deleti volle attitiiche bezeichhan	y.			
	b) deren Rechtsform:				
	c) der Staat sowie gegebenenfalls d gegründet wurde:	lie Gebietseinheit dieses Staates, nac	ch deren Recht die juristische Person		
5.3	Anschrift (einschließlich Postleitzahl	und Land):			
	Telefonnummer(n):5)	Telefaxnummer(n):5)	E-Mail-Adresse:		
	(mit Vorwahl)	(mit Vorwahl)			
5.4	Staat, dessen Staatsangehöriger de	r Lizenznehmer ist:			
5.5	Staat, in dem der Lizenznehmer sein	nen Wohnsitz hat:			
5.6	Staat, in dem der Lizenznehmer eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat:				
5.7	Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehrere Lizenznehmer handelt; in diesem Fall ist jeder weitere Lizenznehmer auf einem gesonderten Blatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 5.1 bis 5.6 genannten Angaben zu machen.				
Ver	treter des Lizenznehmers				
6.1	Name:				
6.2					
0.2	2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):				
	Telefonnummer(n):6)	Telefaxnummer(n):6)	E-Mail-Adresse:		
	(mit Vorwahl)	(mit Vorwahl)			
6.3	Nummer der Eintragung, falls beim	Amt eingetragen:			
6.4	4 Der Vollmacht zugewiesene Nummer: ⁷)				

⁵⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁶⁾ Selbst wenn das Amt diese Angaben verlangt, kann der Lizenznehmer oder sein Vertreter davon absehen, sie zu machen. Werden sie gemacht, so sollen sie (gegebenenfalls) die Vorwahl des Landes und des Ortes einschließen.

⁷⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die Nummer dem Lizenznehmer oder dem Vertreter nicht bekannt ist.

7. Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Lizenz gelöscht worden ist

Art und Umfang der Löschung werden auf einem gesonderten Blatt angegeben.

8. Unterschriften oder Siegel8)

- 8.1 Unterschrift(en) oder Siegel des Inhabers/Anmelders (der Inhaber/Anmelder):
 - 8.1.1 Name des Inhabers/Anmelders oder, falls der Inhaber/Anmelder eine juristische Person ist, Name der für den Anmelder/Inhaber handelnden Person:
 - 8.1.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 8.1.3 Unterschrift oder Siegel:
- 8.2 Unterschrift(en) oder Siegel des Lizenznehmers (der Lizenznehmer):
 - 8.2.1 Name des Lizenznehmers oder, falls der Lizenznehmer eine juristische Person ist, Name der für den Lizenznehmer handelnden Person:
 - 8.2.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 8.2.3 Unterschrift oder Siegel:
- 8.3 Unterschrift oder Siegel des Vertreters des Inhabers/Anmelders (der Inhaber/Anmelder):
 - 8.3.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
 - 8.3.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 8.3.3 Unterschrift oder Siegel:
- 8.4 Unterschrift oder Siegel des Vertreters des Lizenznehmers (der Lizenznehmer):
 - 8.4.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:
 - 8.4.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:
 - 8.4.3 Unterschrift oder Siegel:

9. Zusatzblätter

☐ Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter beigefügt sind; Angabe der Gesamtzahl dieser Blätter:

⁸⁾ Wenn mehrere Personen unterschreiben oder wenn die Siegel mehrerer Personen benutzt werden, sollen alle Angaben zu den Nummern 8.1 bis 8.4 auf einem Zusatzblatt gemacht werden.

Ergänzende Entschließung der Diplomatischen Konferenz zum Markenrechtsvertrag von Singapur und zu seiner Ausführungsordnung

Resolution by the Diplomatic Conference Supplementary to the Singapore Treaty on the Law of Trademarks and the Regulations thereunder

(Übersetzung)

- The Diplomatic Conference for the Adoption of a Revised Trademark Law Treaty, held in Singapore in March 2006, agreed that the Treaty adopted by the Conference would be named "Singapore Treaty on the Law of Trademarks" (hereinafter referred to as "the Treaty").
- When adopting the Treaty, the Diplomatic Conference agreed that the words "procedure before the Office" in Article 1(viii) would not cover judicial procedures under the Contracting Parties' legislation.
- Acknowledging the fact that the Treaty provides for effective and efficient trademark formality procedures for Contracting Parties, the Diplomatic Conference understood that Articles 2 and 8, respectively, did not impose any obligations on Contracting Parties to:
 - (i) register new types of marks, as referred to in Rule 3, paragraphs (4), (5) and (6) of the Regulations; or
 - (ii) implement electronic filing systems or other automation systems.

Each Contracting Party shall have the option to decide whether and when to provide for the registration of new types of marks, as referred to above.

- 4. With a view to facilitating the implementation of the Treaty in Developing and Least Developed Countries (LDCs), the Diplomatic Conference requested the World Intellectual Property Organization (WIPO) and the Contracting Parties to provide additional and adequate technical assistance comprising technological, legal and other forms of support to strengthen the institutional capacity of those countries to implement the Treaty and enable those countries to take full advantage of the provisions of the Treaty.
- 5. Such assistance should take into account the level of technological and economic development of beneficiary countries. Technological support would help improve the information and communication technology infrastructure of those countries, thus contributing to narrowing the technological gap between Contracting Parties. The Diplomatic Conference noted that some countries underlined the importance of the Digital Solidarity Fund (DSF) as being relevant to narrowing the digital divide.
- 6. Furthermore, upon entry into force of the Treaty, Contracting Parties will undertake to exchange and share, on a multilateral basis, information and experience on legal, technical and institutional aspects regarding the implementation of the Treaty and how to take full advantage of opportunities and benefits resulting therefrom.
- 7. The Diplomatic Conference, acknowledging the special situation and needs of LDCs, agreed that LDCs shall be accorded special and differential treatment for the implementation of the Treaty, as follows:

- Die Diplomatische Konferenz zur Annahme eines revidierten Markenrechtsvertrags, die im März 2006 in Singapur stattfand, hat vereinbart, den von der Konferenz angenommenen Vertrag als "Markenrechtsvertrag von Singapur" (im Folgenden als "Vertrag" bezeichnet) zu bezeichnen.
- Bei der Annahme des Vertrags ist die Diplomatische Konferenz übereingekommen, dass gerichtliche Verfahren nach den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien von dem Ausdruck "Verfahren vor dem Amt" in Artikel 1 Ziffer viii nicht erfasst werden.
- In Anerkennung der Tatsache, dass der Vertrag praxistaugliche und effiziente markenrechtliche Formvorschriften für die Vertragsparteien vorsieht, war sich die diplomatische Konferenz einig darüber, dass die Artikel 2 und 8 keine Verpflichtung der Vertragsparteien begründen,
 - die in Regel 3 Absätze 4, 5 und 6 der Ausführungsordnung genannten neuen Markenformen zu registrieren beziehungsweise
 - ii) Systeme für die elektronische Anmeldung oder andere Automatisierungssysteme einzuführen.

Jede Vertragspartei hat die Möglichkeit, zu entscheiden, ob und wann sie die Registrierung der genannten neuen Markenformen vorsieht.

- 4. Im Hinblick auf die Erleichterung der Durchführung des Vertrags in den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern hat die Diplomatische Konferenz die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und die Vertragsparteien aufgefordert, zusätzlich geeignete fachliche Hilfe, bestehend aus technologischer, rechtlicher und sonstiger Unterstützung, zu leisten, um die institutionelle Fähigkeit dieser Länder zur Durchführung des Vertrags zu stärken und es ihnen zu ermöglichen, aus dem Vertrag vollen Nutzen zu ziehen.
- 5. Bei dieser Hilfe soll das Niveau der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung der begünstigten Länder berücksichtigt werden. Die technologische Unterstützung würde zur Verbesserung der Infrastruktur dieser Länder auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie und damit zu einer Verringerung des technologischen Abstands zwischen den Vertragsparteien beitragen. Die Diplomatische Konferenz nahm zur Kenntnis, dass einige Länder die Bedeutung des Fonds für digitale Solidarität (DSF) für die Überwindung des digitalen Grabens betonten.
- 6. Ferner werden sich die Vertragsparteien bei Inkrafttreten des Vertrags zu einem multilateralen Informations- und Erfahrungsaustausch über rechtliche, technische und institutionelle Aspekte der Durchführung des Vertrags und über die umfassende Nutzung der sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Vorteile verpflichten.
- 7. Unter Berücksichtigung der besonderen Lage und der besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder hat die Diplomatische Konferenz vereinbart, ihnen in folgender Weise eine besondere und differenzierte Behandlung bei der Durchführung des Vertrags zu gewähren:

- (a) LDCs shall be the primary and main beneficiaries of technical assistance by the Contracting Parties and the World Intellectual Property Organization (WIPO);
- (b) such technical assistance includes the following:
 - assistance in establishing the legal framework for the implementation of the Treaty,
 - (ii) information, education and awareness raising as regards the impact of acceding to the Treaty,
 - (iii) assistance in revising administrative practices and procedures of national trademark registration authorities.
 - (iv) assistance in building up the necessary trained manpower and facilities of the IP Offices, including information and communication technology capacity to effectively implement the Treaty and its Regulations.
- 8. The Diplomatic Conference requested the Assembly to monitor and evaluate, at every ordinary session, the progress of the assistance related to implementation efforts and the benefits resulting from such implementation.
- 9. The Diplomatic Conference agreed that any dispute that may arise between two or more Contracting Parties with respect to the interpretation or the application of this Treaty should be settled amicably through consultation and mediation under the auspices of the Director General.

- a) Die am wenigsten entwickelten Länder werden die ersten und hauptsächlichen Begünstigten der von den Vertragsparteien und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) geleisteten fachlichen Hilfe sein;
- b) diese fachliche Hilfe wird Folgendes umfassen:
 - Hilfe bei der Schaffung des rechtlichen Rahmens zur Durchführung des Vertrags,
 - ii) Information, Schulung und Schärfung des Bewusstseins im Hinblick auf die Auswirkungen des Beitritts zum Vertrag,
 - Hilfe bei der Überarbeitung der Verwaltungspraxis und Verwaltungsverfahren der einzelstaatlichen Behörden für die Eintragung von Marken,
 - iv) Hilfe beim Aufbau des nötigen qualifizierten Personalstamms und bei der erforderlichen Ausstattung der Ämter für geistiges Eigentum, vor allem auch im informations- und kommunikationstechnologischen Bereich, zur wirksamen Durchführung des Vertrags und seiner Ausführungsordnung.
- Die Diplomatische Konferenz hat die Versammlung gebeten, die Fortschritte im Bereich der Hilfe bei den Durchführungsanstrengungen und die sich aus der Durchführung ergebenden Vorteile zu beobachten und auf jeder ordentlichen Tagung zu bewerten.
- 9. Die Diplomatische Konferenz ist übereingekommen, dass Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags durch Konsultationen und Vermittlung unter der Schirmherrschaft des Generaldirektors gütlich beigelegt werden sollen.

Denkschrift

I. Allgemeines

1. Ziel und Inhalt des Vertrags

Der Markenrechtsvertrag von Singapur (Singapore Treaty on the Law of Trademarks - STLT) der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) vom 27. März 2006 basiert auf dem Markenrechtsvertrag (Trademark Law Treaty -TLT) vom 27. Oktober 1994 und entwickelt diesen fort. Daher enthält er eine Vielzahl von Regelungen, die zum Teil wortlautgleich bereits Bestandteil des Markenrechtsvertrags sind. Darüber hinaus werden einige Bereiche im Markenrechtsvertrag von Singapur erstmals geregelt. Er dient wie bereits der Markenrechtsvertrag der Vereinheitlichung der Verfahren zur Anmeldung einer Marke nach dem Recht der ihm angehörenden Mitglieder (im Folgenden: Vertragspartei). In materiell-rechtlicher Hinsicht trifft er nur punktuell Regelungen. In erster Linie werden die Markeneintragungsverfahren der Vertragsparteien vereinfacht und vereinheitlicht. Markenanmelder, die Markenschutz bei einer Vertragspartei erlangen wollen, sollen dort möglichst standardisierte Verfahrensbedingungen vorfinden. Dadurch soll es Anmeldern ermöglicht werden, in einem für sie fremden Rechtssystem zeit- und kostengünstig Markenschutz zu erlangen. Die Bundesrepublik Deutschland hat dem Markenrechtsvertrag mit Gesetz vom 11. Februar 2002 (BGBI. 2002 II S. 174) zugestimmt. Dieser ist für die Bundesrepublik Deutschland am 16. Oktober 2004 in Kraft getreten (BGBI. 2004 II S. 1407).

In beiden Verträgen werden Maximalanforderungen formuliert, die eine Vertragspartei zur Erlangung eines Schutzrechts verlangen darf. Darüber hinausgehende Anforderungen dürfen nur gestellt werden, soweit der Vertrag dies ausdrücklich zulässt. Bereits der Markenrechtsvertrag enthält Maximalanforderungen im Hinblick auf Markenanmeldungen, Vollmachtserteilungen, Anträge auf Namens- und Adressenänderungen sowie Änderungen der Inhaberschaft einer Marke und die Abschaffung von Beglaubigungs- und Legalisationserfordernissen für Unterschriften. Er enthält ferner ein Verbot, Handelsregisterauszüge zu verlangen, und die Verpflichtung, Eintragungen für jeweils mehrere Waren- oder Dienstleistungsklassen vorzunehmen und Standardformblätter zu akzeptieren. Soweit die amtliche Übersetzung des Markenrechtsvertrags von Singapur geringfügige sprachliche Abweichungen gegenüber im Vertragstext gleichlautenden Bestimmungen des Markenrechtsvertrags enthält, ist dies der Vereinheitlichung der amtlichen Übersetzungen verschiedener WIPO-Verträge geschuldet.

Die wesentlichen Neuerungen im Markenrechtsvertrag von Singapur gegenüber dem Markenrechtsvertrag sind folgende: Die Regelungen über Nachrichten sind gegenüber dem Markenrechtsvertrag erheblich vereinfacht und zusammengefasst. Ferner regelt der Markenrechtsvertrag von Singapur die Abhilfe bei Fristversäumnissen sowie die Eintragung von Lizenzen in das Markenregister, soweit dies nach dem Recht eines Mitgliedstaats vorgesehen ist. Da die Eintragung von Lizenzen dem deutschen Markenrecht fremd ist, haben die entsprechenden Regelungen des Vertrags für Deutschland keine praktischen Auswirkungen. Es wird ferner bestimmt, dass die Vertragsparteien des Markenrechtsvertrags von Singapur eine gemeinsame Versammlung haben. Diese Versammlung kann die Ausführungsordnung und die Muster der Form-

blätter in der Regel mit Dreiviertelmehrheit ändern. In materiell-rechtlicher Hinsicht enthält der Vertrag abweichend vom Markenrechtsvertrag keine den Anwendungsbereich des Vertrags einschränkende eigene Definition einer Marke. Damit werden von ihm sämtliche Marken erfasst, die nach dem Recht einer Vertragspartei zulässig sind. Wegen des Inhalts der einzelnen Bestimmungen wird auf die Erläuterungen unter II. verwiesen.

Die Zustimmung zu dem Vertrag erfordert keine Änderungen oder Ergänzungen im deutschen Markengesetz oder in der Markenverordnung. Der Beitritt Deutschlands zu dem Vertrag ist ein Zeichen, dass Deutschland die voranschreitende internationale Harmonisierung des Markenrechts unterstützt. Insgesamt wird der Vertrag international nur zu einer Verfahrensstraffung bei Markenanmeldungen führen, wenn ihm möglichst viele Staaten beitreten.

2. Ausführungsordnung

Der Vertrag enthält im Anhang eine Ausführungsordnung mit zehn Regeln sowie zwölf Mustern internationaler Formblätter für die wichtigsten Verfahrenshandlungen.

Durch die Regeln werden einzelne Bestimmungen des Vertrags präzisiert. Sie enthalten nähere Bestimmungen zur Angabe von Namen und Anschriften (Regel 2) und legen Maximalanforderungen fest, die Vertragsparteien an die Wiedergabe der Marke bei der Anmeldung stellen dürfen (Regel 3). Sie enthalten Einzelheiten zur Vertretung und zur Zustellungsanschrift (Regel 4), zum Anmeldedatum (Regel 5) und zu Nachrichten gegenüber dem Amt, insbesondere zu Unterschriften und zur Übermittlung in elektronischer Form (Regel 6). Außerdem sind Einzelheiten zur Laufzeit und zur Erneuerung einer Eintragung (Regel 8), zur Abhilfe bei Fristversäumnissen (Regel 9) und zu Anträgen im Zusammenhang mit Lizenzen (Regel 10) geregelt. Soweit einzelne Regeln oder Teile davon von größerer praktischer Bedeutung sind, werden diese detailliert unter II. in Verbindung mit dem Artikel dargestellt, den sie jeweils ergänzen.

Die Muster internationaler Formblätter sind so gefasst, dass sie jeweils alle Bedingungen, die eine Vertragspartei nach diesem Vertrag verlangen darf, enthalten (Artikel 8 Absatz 5). Entspricht der Inhalt einer Nachricht gegenüber dem Amt einem der Muster, kann das Amt diese nicht aus formalen Gründen zurückweisen. Nach § 14 der Verordnung zur Ausführung des Markengesetzes (Markenverordnung – MarkenV) können beim Deutschen Patent- und Markenamt auch fremdsprachige Formblätter eingereicht werden, wenn sie in deutscher Sprache ausgefüllt sind und das jeweilige Formblatt einem Muster internationaler Formblätter nach diesem Vertrag entspricht. Bei den Mustern handelt es sich im Einzelnen um Formblätter für die Anmeldung der Eintragung einer Marke, für die Vollmacht, für den Antrag auf Eintragung von Namens- oder Anschriftenänderungen, für den Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft von Marken, für die Bestätigung des Rechtsübergangs von Marken, für den Antrag auf Berichtigung von Fehlern in Eintragungen und Anmeldungen, für den Antrag auf Erneuerung einer Eintragung, für den Antrag auf Eintragung einer Lizenz, für die Lizenzerklärung und die Erklärung über die Änderung oder Löschung einer Lizenz.

3. Ergänzende Entschließung der Diplomatischen Konferenz

In der Ergänzenden Entschließung wird unter anderem klargestellt, dass keine Vertragspartei verpflichtet ist, bestimmte neue Markenformen zu registrieren oder ein System zur elektronischen Anmeldung einzuführen. Ferner werden die WIPO und die Vertragsstaaten aufgefordert, die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder durch geeignete fachliche Hilfe bei der Durchführung des Vertrags zu unterstützen. Die fachliche Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder soll insbesondere aus der Hilfe bei der Schaffung eines rechtlichen Rahmens zur Durchführung des Vertrags und der Hilfe beim Auf- und Ausbau der Ämter für geistiges Eigentum in personeller und technologischer Hinsicht bestehen. Die Versammlung soll die Fortschritte der Hilfe bei den Durchführungsanstrengungen beobachten und auf jeder ordentlichen Tagung bewerten. Zwischen den Vertragsparteien soll ein Erfahrungsaustausch über rechtliche, technische und institutionelle Aspekte der Durchführung des Vertrags stattfinden.

4. Sprachen

Der Vertrag ist gemäß Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe a in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache gleichermaßen verbindlich. In Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags ist vorgesehen, dass der Generaldirektor der WIPO nach Konsultierung der beteiligten Vertragsparteien eine amtliche Fassung in deutscher Sprache erstellt.

5. Inkrafttreten

Der Vertrag tritt gemäß Artikel 28 Absatz 2 drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von zehn Staaten oder zwischenstaatlichen Organisationen in Kraft. Da Australien als zehnter Staat den Vertrag am 16. Dezember 2008 ratifiziert hat, ist er am 16. März 2009 in Kraft getreten. Insgesamt haben bisher 62 Staaten den Vertrag unterzeichnet. Bis jetzt ist der Vertrag in 24 Staaten in Kraft (Stand: 8. Februar 2012).*) Für die Bundesrepublik Deutschland tritt der Vertrag gemäß Artikel 28 Absatz 3 drei Monate nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde in Kraft.

II. Besonderes

Zu Artikel 1 (Kurzbezeichnungen)

Der Artikel enthält die Legaldefinitionen der im Vertrag verwendeten Kurzbezeichnungen. Soweit diese bereits im Markenrechtsvertrag enthalten sind, stimmen die Definitionen überein.

Ziffer v bezeichnet wie bereits im Markenrechtsvertrag natürliche und juristische Personen als mögliche Markeninhaber. Dies schließt nicht aus, dass bestimmte Personengesellschaften, die in § 7 Nummer 3 des Markengesetzes (MarkenG) zusätzlich ausdrücklich genannt werden, nach deutschem Recht Inhaber einer Marke werden können. Für den Anmelder günstigere Regelungen sind stets zulässig, und die Regelungen, die für juristische Personen gelten, können analog auf Personengesellschaften angewendet werden.

Zu Artikel 2 (Marken, auf die der Vertrag Anwendung findet)

Im Unterschied zum Markenrechtsvertrag findet der Vertrag nicht nur Anwendung auf Marken in Form von sichtbaren Zeichen, sondern auf alle Marken, die nach dem Recht der jeweiligen Vertragspartei als Marken eintragbar sind. Der Vertrag verzichtet damit auf eine eigene Definition der Marke und knüpft insbesondere auch nicht an die Definition des Artikels 15 des WTO-Übereinkommens über handelsrelevante Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Übereinkommen) an. Damit wird den geänderten wirtschaftlichen Bedürfnissen und technischen Möglichkeiten Rechnung getragen. Der Vertrag erstreckt sich insbesondere auch auf Hologramme, Hörmarken und Geruchsmarken, die im deutschen Recht durch § 3 Absatz 1 MarkenG bereits als schutzfähige Zeichen anerkannt sind. Wie im Markenrechtsvertrag sind Kollektivmarken, Gewährleistungsmarken und Garantiemarken von dem Vertrag aber ausgenommen.

Zu Artikel 3 (Anmeldung)

Artikel 3 mit den Maximalanforderungen an Anmeldungen gehört mit den nachfolgenden Artikeln 4 bis 6 zu den zentralen Regelungen des Vertrages, die zur Vereinfachung und Harmonisierung der Verfahrensvorschriften der einzelnen Vertragsparteien führen sollen. Er entspricht weitestgehend Artikel 3 des Markenrechtsvertrags.

Absatz 1 begrenzt die Formalitäten und die Angaben, welche die Eintragungsbehörde einer Vertragspartei (im Folgenden: Amt) verlangen darf, durch eine umfangreiche Liste der Anforderungen auf das Notwendige. Zu den notwendigen Angaben zählen unter anderem der Antrag mit dem Namen und der Anschrift des Anmelders und gegebenenfalls des Vertreters und die Bezeichnung der Waren und/oder Dienstleistungen, für die die Eintragung beantragt wird. Von Bedeutung ist insbesondere Absatz 2, der vorsieht, dass mit einem einzigen Antrag mehrere Waren und/oder Dienstleistungen in einer oder mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation angemeldet werden können. Die Vorschrift wird durch die Regeln 2 und 3 der Ausführungsordnung präzisiert, wobei Regel 3 der Ausführungsordnung unter anderem die Anzahl der einzureichenden Markenwiedergaben begrenzt und Bestimmungen zu neuartigen Markenformen wie Hologrammmarken, Bewegungsmarken, Farbmarken, Positionsmarken, dreidimensionalen und nicht sichtbaren Marken enthält. Der Charakter einer ansonsten abschließenden Liste von Maximalanforderungen zeigt sich auch in Absatz 4, der ausdrücklich verbietet, die Vorlage von Handelsregisterauszügen oder sonstigen Nachweisen über die Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit zu verlangen.

Formblatt Nummer 1 ist so aufgebaut, dass von dem Anmelder alle notwendigen Angaben abgefragt werden und ihm damit die Anmeldung erleichtert wird.

Zu Artikel 4 (Vertretung; Zustellungsanschrift)

Artikel 4 enthält detaillierte Regelungen über die Vertretung und entspricht inhaltlich weitestgehend Artikel 4 des Markenrechtsvertrags. Das Amt kann verlangen, dass im Ausland niedergelassene Anmelder durch einen entsprechend dem anwendbaren Recht vor dem Amt berufenen Vertreter vertreten werden (Absatz 1). Bei Anmeldern oder sonstigen Beteiligten, die keinen Sitz in dem von der Vertragspartei vorgeschriebenen Gebiet haben, kann das

^{*)} Australien, Bulgarien, Dänemark, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Frankreich, Italien, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Mongolei, Polen, Republik Moldau, Rumänien, Russische Föderation, Schweden, Schweiz, Serbien, Singapur, Slowakei, Spanien, Ukraine, Vereinigte Staaten.

Amt verlangen, dass sie einen Vertreter bestellen und/oder eine Zustellungsanschrift in dem Gebiet der Vertragspartei haben (Absatz 2). Die erteilte Vollmacht kann sich auf eine oder mehrere sowie auf bestehende und zukünftige Anmeldungen und/oder Eintragungen beziehen. Umgekehrt kann die Vollmacht auch auf bestimmte Fälle beschränkt werden. Wird eine Mitteilung von einem Vertreter vorgenommen, der seine Vollmacht nicht vorlegt oder vorgelegt hat, kann von diesem der Nachweis des Vertretungsverhältnisses verlangt werden.

Formblatt Nummer 2 enthält ein Muster für die Vollmachtserteilung.

Zu Artikel 5 (Anmeldedatum)

Artikel 5 entspricht nahezu vollständig Artikel 5 des Markenrechtsvertrags und regelt die zulässigen Mindestanforderungen für die Zuweisung eines Anmeldedatums. Diese werden im Wesentlichen auf einen Katalog von fünf Punkten beschränkt: das Eintragungsersuchen, Angaben zur Identität des Anmelders, die Verbindungsdaten des Anmelders oder seines Vertreters, eine ausreichend deutliche Darstellung der Marke und die Liste der Waren und Dienstleistungen, für die die Eintragung erfolgen soll (Absatz 1). Außerdem kann die Entrichtung einer Eintragungsgebühr als weitere Voraussetzung für die Zuweisung eines Anmeldedatums festgelegt werden (Absatz 2).

Zu Artikel 6 (Eine einzige Eintragung für Waren und/oder Dienstleistungen in mehreren Klassen)

Die Ämter sind nach Artikel 3 Absatz 2 verpflichtet, Anmeldungen zu akzeptieren, unabhängig davon, ob sie verschiedene Klassen der Nizzaer Klassifikation betreffen oder nicht. Artikel 6 ergänzt diese Regelung dahin gehend, dass Anmeldungen in verschiedenen Klassen zu einer einzigen Eintragung führen. Allerdings kann jede Vertragspartei nach Artikel 29 Absatz 2 einen Vorbehalt erklären, dass Artikel 6 nicht anwendbar ist.

Zu Artikel 7 (Teilung der Anmeldung und der Eintragung)

Der Wortlaut des Artikels 7 entspricht dem des Artikels 7 des Markenrechtsvertrags. Er ergänzt im Interesse des Anmelders Artikel 6 und lässt in Absatz 1 die Teilung der Anmeldung für verschiedene Klassen in bestimmten Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen zu. Hat ein Dritter gegen die Anmeldung nur Widerspruch in Bezug auf eine bestimmte Waren- oder Dienstleistungsklasse erhoben, kann der Anmelder durch Teilung der Anmeldung die Eintragung für die übrigen nicht streitigen Klassen erreichen. Die Marke wird nur für den streitigen Bereich nicht eingetragen. Da im deutschen Recht kein Widerspruch gegen die Anmeldung einer Marke zulässig ist, sondern erst gegen deren Eintragung, kann Absatz 1 in Deutschland nicht angewendet werden. Absatz 2 sieht jedoch für Vertragsparteien, in denen wie in Deutschland nur gegen die Eintragung der Marke vorgegangen werden kann, vor, dass auch eine Teilung der bereits erfolgten Eintragung zulässig ist, wenn die Rechtswirksamkeit der Eintragung angefochten wird. § 46 Absatz 2 MarkenG sieht die Möglichkeit der Teilung einer Marke nach deren Eintragung bereits vor.

Zu Artikel 8 (Nachrichten)

Artikel 8 regelt die maximal zulässigen Formen von Nachrichten gegenüber dem Amt. Regel 6 der Ausführungsordnung ergänzt Artikel 8. Gegenüber dem Markenrechts-

vertrag wurden die Regelungen erheblich vereinfacht und in einem Artikel zusammengefasst. Jede Vertragspartei kann frei entscheiden, ob sie Nachrichten in Papierform, in elektronischer Form oder in anderen Formen zulässt (Absatz 1). Papierform in dem Sinne sind auch Telefaxe. Bei Nachrichten in Papierform kann jede Vertragspartei verlangen, dass diese unterschrieben sind. Weitergehende Voraussetzungen wie notarielle Beglaubigungen oder Echtheitsbescheinigungen sind nicht zulässig, es sei denn, es handelt sich um einen Verzicht auf eine Eintragung und das in dem Gebiet der Vertragspartei geltende Recht sieht eine solche Voraussetzung vor. Darüber hinaus kann eine Vertragspartei nur weitere Nachweise verlangen, wenn das Amt begründete Zweifel an der Echtheit einer Unterschrift auf der Nachricht in Papierform hat (Absatz 3). Bezüglich Nachrichten in elektronischer Form kann eine Vertragspartei insbesondere die Bescheinigung der Echtheit der Unterschrift durch ein von ihr vorgeschriebenes elektronisches System verlangen (Absatz 4 in Verbindung mit Regel 6 Absatz 6 der Ausführungsordnung). Absatz 5 schreibt vor, dass jede Vertragspartei Nachrichten akzeptieren muss, deren Inhalt einem in der Ausführungsordnung vorgesehenen Muster eines internationalen Formblatts entspricht.

Absatz 2 regelt, dass jedes Amt nur Nachrichten in einer bei dem jeweiligen Amt zugelassenen Sprache akzeptieren muss. Bei Nachrichten in einer anderen Sprache kann das Amt verlangen, dass innerhalb einer angemessenen Frist eine Übersetzung durch einen amtlichen Übersetzer vorgelegt wird. Bestätigungen, notarielle Beglaubigungen, Echtheitsbescheinigungen, Legalisationen oder andere Beurkundungen dürfen nur verlangt werden, soweit der Vertrag dies vorsieht.

Zu Artikel 9 (Klassifikation von Waren und/oder Dienstleistungen)

Artikel 9 schreibt zwingend die Verwendung der Nizzaer Klassifikation für die Klasseneinteilung bei der Eintragung vor. Dabei müssen die Waren oder Dienstleistungen in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation zusammengefasst werden. Außerdem wird klargestellt, dass die Zuordnung in eine oder mehrere Klassen ohne Einfluss auf die Beurteilung der Ähnlichkeit der Waren oder Dienstleistungen ist. Die Vorschrift entspricht wörtlich Artikel 9 des Markenrechtsvertrags.

Zu Artikel 10 (Änderungen des Namens oder der Anschrift)

Artikel 10 benennt die maximal zulässigen Anforderungen an die Nachricht von Namens- oder Anschriftenänderungen des Markeninhabers. Er entspricht weitgehend Artikel 10 des Markenrechtsvertrags. Über Artikel 10 hinausgehende Voraussetzungen dürfen von den Vertragsparteien nicht aufgestellt werden. Besondere Nachweise dürfen nur verlangt werden, wenn das Amt begründete Zweifel an der Glaubhaftigkeit der Angaben hat (Absatz 5).

Für Änderungen im Sinne des Artikels 10 kann der Markeninhaber das Formblatt Nummer 3 der Ausführungsordnung verwenden.

Zu Artikel 11 (Änderung der Inhaberschaft)

Artikel 11 enthält Regelungen zu Änderungen in der Person des Markeninhabers. Wie in Artikel 10 werden maximal zulässige Anforderungen festgelegt. Inhaltlich entspricht Artikel 11 weitestgehend Artikel 11 des Markenrechtsvertrags. Im Vergleich zu Artikel 10 gibt Artikel 11 den Vertragsparteien mehr Möglichkeiten, bestimmte Voraussetzungen für den Nachweis des Wechsels der Inhaberschaft einer Marke vorzusehen. Zu den zulässigen Voraussetzungen gehören insbesondere die Angabe des Namens und der Anschrift des alten Inhabers und des neuen Eigentümers oder eines Vertreters und bei juristischen Personen deren Rechtsform und die Angabe des Staates, nach dessen Recht die juristische Person gegründet ist. Ferner darf nur die Vorlage bestimmter Dokumente verlangt werden. Die Vorlage in beglaubigter Form ist nur in bestimmten Fällen zulässig. Besondere Nachweise dürfen sonst nur verlangt werden, wenn das Amt begründete Zweifel an der Glaubhaftigkeit der Angaben hat (Absatz 4).

Für einen Änderungsantrag darf eine Gebühr erhoben werden (Absatz 1). Absatz 2 erstreckt die genannten Regelungen auch auf Fälle, in denen erst eine Anmeldung, aber noch keine Eintragung erfolgt ist.

Die Ausführungsordnung enthält Muster für Formblätter für den Antrag auf Eintragung der Änderung der Inhaberschaft (Formblatt Nummer 4) und für die Bestätigung des Rechtsübergangs (Formblätter Nummer 5 und 6).

Für das Eintragungsverfahren bei Rechtsübergang vor dem Deutschen Patent- und Markenamt gilt § 27 MarkenG, der den Anforderungen des Vertrags genügt.

Zu Artikel 12 (Berichtigung eines Fehlers)

Artikel 12 enthält Regelungen zur Berichtigung von Fehlern. Die Vorschrift entspricht inhaltlich weitestgehend Artikel 12 des Markenrechtsvertrags. Es werden Erfordernisse festgelegt, die von den Vertragsparteien maximal gestellt werden dürfen. Darüber hinausgehende Erfordernisse sind unzulässig. Das Amt ist lediglich berechtigt, bei begründeten Zweifeln an dem Vorliegen eines Fehlers weitere Nachweise zu verlangen.

Die Ausführungsordnung enthält in Formblatt 7 ein Muster für die Berichtigung von Fehlern. § 45 MarkenG erfüllt die Anforderungen von Artikel 12.

Zu Artikel 13 (Laufzeit und Erneuerung der Eintragung)

Die Laufzeit der ersten Eintragung und einer jeden Erneuerung, die der Verlängerung nach deutschem Markenrecht entspricht, muss nach Absatz 5 zehn Jahre betragen. Damit wird eine einheitliche Laufzeit für Markenrechte und deren Erneuerung hinsichtlich aller Vertragsparteien festgelegt, die deutlich über die Mindestschutzdauer von sieben Jahren gemäß Artikel 18 des TRIPS-Übereinkommens hinausgeht. Die Laufzeiten wurden gegenüber dem Markenrechtsvertrag nicht verändert.

Nach § 47 Absatz 1 MarkenG beginnt die zehnjährige Schutzfrist in Deutschland bereits mit dem Anmeldetag, nicht erst mit dem Tag der Eintragung. Da Absatz 5 im Hinblick auf den Beginn der Schutzfrist offen formuliert ist und das deutsche Recht bei Berechnung der Schutzfrist die Dauer von Anwartschaft und Vollrecht zusammenzählt, ist keine Änderung des Markengesetzes notwendig.

Absatz 1 enthält die maximal zulässigen Erfordernisse für einen Erneuerungsantrag. Absatz 2 sieht vor, dass über den Vertrag hinausgehende Erfordernisse nicht gestellt werden dürfen, zum Beispiel die Wiedergabe der Marke. Hat das Amt Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben oder Bestandteilen des Antrags, kann es die Vorlage weiterer Nachweise verlangen (Absatz 3). Eine Überprüfung der Eintragung dem Grunde nach ist bei Erneuerungsanträgen nicht zulässig (Absatz 4). Jede Vertragspartei kann allerdings gemäß Artikel 29 Absatz 3 in engen Grenzen einen Vorbehalt erklären.

Die Erneuerung der Eintragung kann von der Entrichtung einer Gebühr abhängig gemacht werden. Dabei kann für die Entrichtung der Gebühr und die Stellung des Erneuerungsantrags eine Frist festgelegt werden, innerhalb derer die Gebühr entrichtet bzw. der Antrag eingereicht sein muss.

Das Formblatt Nummer 8 der Ausführungsordnung enthält ein Muster für einen Erneuerungsantrag.

Zu Artikel 14 (Abhilfe bei Fristversäumnissen)

Artikel 14 regelt, dass die Vertragsparteien für den Fall der Fristversäumnis im Anmeldungs- bzw. Eintragungsverfahren vor dem Amt die Möglichkeit der Abhilfe vorsehen müssen. Die Vorschrift trifft keine Regelung über Rechtsbehelfe im gerichtlichen Verfahren. Der Markenrechtsvertrag enthält keine vergleichbare Vorschrift.

Die Vorschrift unterscheidet zwischen der Abhilfe vor Fristablauf und nach Fristablauf. Absatz 1 stellt klar, dass die Vertragsparteien die Verlängerung einer Frist im Verfahren vor dem Amt auf Antrag schon vor deren Ablauf gewähren können; hierzu sind sie jedoch nicht verpflichtet.

Absatz 2 regelt den Fall, dass eine Frist bereits versäumt wurde. Die Vertragsparteien müssen dann von den Abhilfemöglichkeiten Fristverlängerung, Fortsetzung des Verfahrens oder Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mindestens eine gewähren. Die Fristverlängerung muss mindestens zwei Monate ab dem Tag des Ablaufs der betreffenden Frist betragen (Regel 9 Absatz 1 Ziffer ii der Ausführungsordnung). Für bestimmte Fälle der Fristversäumnis muss keine Abhilfemöglichkeit zur Verfügung gestellt werden (Absatz 3 in Verbindung mit Regel 9 Absatz 4 der Ausführungsordnung). Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Abhilfe bereits gewährt wurde, eine Frist für die Einreichung eines Abhilfeantrags versäumt wurde oder wenn es um Prioritätsfragen geht.

In Deutschland besteht nach § 91 MarkenG bei unverschuldeter Versäumung einer Frist gegenüber dem Deutschen Patent- und Markenamt die Möglichkeit, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu beantragen. Voraussetzungen und Rechtsfolge der Wiedereinsetzung nach § 91 MarkenG genügen den Anforderungen des Vertrags. Neben der Wiedereinsetzung besteht bei Versäumung einer vom Deutschen Patent- und Markenamt im Anmeldeverfahren gesetzten Frist in Deutschland nach § 91a MarkenG die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen die Weiterbehandlung der Anmeldung zu beantragen. Beide Rechtsinstitute können nebeneinander bestehen bleiben, da Artikel 14 Absatz 2 des Vertrags ausdrücklich mehrere Abhilfemöglichkeiten zulässt. Artikel 78 der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke (ABI. L 78 vom 24.3.2009, S. 1) regelt die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für Gemeinschaftsmarken.

Für die Abhilfe kann die Entrichtung einer Gebühr verlangt werden (Absatz 4). Hinsichtlich der formellen Anforderungen an einen Antrag auf Abhilfe gilt Artikel 8 über Nachrichten gegenüber dem Amt (Absatz 5). Weitere Anforderungen formeller Art ergeben sich aus Regel 9 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 15 (Verpflichtung zur Einhaltung der Pariser Verbandsübereinkunft)

Artikel 15 verpflichtet die Vertragsparteien zur Einhaltung der Vorschriften der Pariser Verbandsübereinkunft. Da Deutschland Mitglied des Pariser Verbandes ist, ergibt sich aus der Vorschrift kein innerstaatlicher Umsetzungsbedarf

Zu Artikel 16 (Dienstleistungsmarken)

Artikel 16 verpflichtet die Vertragsparteien zur Eintragung von Dienstleistungsmarken und deren Gleichbehandlung mit Warenmarken. Im deutschen Markenrecht wird dies durch § 3 Absatz 1 MarkenG gewährleistet, der einen identischen Schutz der Kennzeichen für Waren und Dienstleistungen vorsieht. Die Gleichbehandlung von Warenmarken und Dienstleistungsmarken ist auch nach dem TRIPS-Übereinkommen geboten.

Zu Artikel 17 (Antrag auf Eintragung einer Lizenz)

Die Artikel 17 bis 20 treffen Regelungen im Zusammenhang mit der Eintragung von Lizenzen in das Markenregister. Diese Regelungen sind gegenüber dem Markenrechtsvertrag neu. Artikel 17 regelt die Anforderungen, die an die Eintragung einer Lizenz an einer Marke in das Markenregister gestellt werden dürfen. Die Artikel 17 bis 20 betreffen jedoch nur die Vertragsparteien, nach deren Recht eine Eintragung von Markenlizenzen in das Markenregister überhaupt vorgesehen ist. Sie enthalten keine Verpflichtung, die Möglichkeit der Eintragung von Lizenzen nach nationalem oder regionalem Recht einzuführen. In Deutschland ist die Eintragung einer Lizenz weder durch das Markengesetz vorgesehen noch für die Wirksamkeit der Lizenz erforderlich (vgl. Hacker in Ströbele/Hacker, Markengesetz, 10. Auflage 2012, § 30 Rn. 38). § 30 MarkenG, der Regelungen zu Lizenzen enthält, hat einen anderen Regelungsbereich als die Artikel 17 bis 20. Die Vorschrift regelt lediglich die vertragliche Einräumung eines Nutzungsrechts an der Marke durch den Markeninhaber oder einen anderen an der Marke Berechtigten (z. B. einen Nießbraucher) als Lizenzgeber an den Lizenznehmer und die Geltendmachung von Rechten aus der Lizenz. Artikel 22 der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke betrifft gleichfalls in erster Linie die vertragliche Einräumung einer ausschließlichen oder nicht ausschließlichen Lizenz und die Geltendmachung von Rechten aus der Lizenz. Absatz 5 jener Vorschrift sieht allerdings vor, dass die Erteilung oder Übertragung einer Lizenz an einer Gemeinschaftsmarke auf Antrag eines Beteiligten in das Register eingetragen und veröffentlicht wird.

Aus den Artikeln 17 bis 20 ergibt sich für Deutschland kein Regelungsbedarf.

Zu Artikel 18 (Antrag auf Änderung oder Löschung der Eintragung einer Lizenz)

Artikel 18 benennt die Erfordernisse, die an Anträge auf Änderung oder Löschung einer Lizenzeintragung gestellt werden dürfen.

Zu Artikel 19 (Wirkungen der Nichteintragung einer Lizenz)

Artikel 19 untersagt den Vertragsparteien, an die Nichteintragung einer Lizenz bestimmte nachteilige Rechtsfolgen zu knüpfen: Die Nichteintragung einer Lizenz berührt nicht die Gültigkeit der Eintragung einer Marke oder deren Schutz. Die Eintragung einer Lizenz darf nicht zur Voraussetzung für die Geltendmachung von Rechten aus der Lizenz gemacht werden. Mangels Eintragungsfähigkeit von Markenlizenzen nach dem Markengesetz begründet die Vorschrift für Deutschland keinen Regelungsbedarf.

Zu Artikel 20 (Angabe der Lizenz)

Artikel 20 betrifft allein solche Vertragsparteien, deren Recht den Hinweis verlangt, dass die Marke unter einer Lizenz benutzt wird. Die Vorschrift untersagt, an die Nichtbefolgung dieses Erfordernisses bestimmte Sanktionen zu knüpfen. Für Deutschland begründet sie keinen Regelungsbedarf, da eine entsprechende Hinweispflicht im deutschen Recht nicht besteht.

Zu Artikel 21 (Stellungnahme im Fall einer beabsichtigten Zurückweisung)

Artikel 21 gewährt dem Anmelder oder einem sonstigen Antragsteller für den Fall, dass seine Anmeldung oder sein Antrag zurückgewiesen werden soll, ein Recht zur vorherigen Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist. Dies entspricht dem Grundsatz rechtlichen Gehörs, der für das Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt in § 59 Absatz 2 MarkenG normiert ist.

Zu Artikel 22 (Ausführungsordnung)

Artikel 22 bezieht die dem Vertrag beigefügte Ausführungsordnung ausdrücklich in den Vertrag ein. Die Bestimmung umreißt den Inhalt der Regeln der Ausführungsordnung, verweist auf die Formblätter und statuiert für den Kollisionsfall den Vorrang des Vertrages vor der Ausführungsordnung. Die Ausführungsordnung enthält insbesondere Regeln über Einzelheiten zur Durchführung des Vertrages und verwaltungstechnische Erfordernisse. Die Vorschrift entspricht insoweit Artikel 17 des Markenrechtsvertrags.

Darüber hinaus bestimmt Artikel 22, welche Stimmenmehrheiten für Änderungen der Ausführungsordnung notwendig sind (Absätze 2 und 3). Dafür bedarf es einer Dreiviertelmehrheit, wenn nicht in der Ausführungsordnung die Einstimmigkeit für die Änderung bestimmter Vorschriften vorgesehen ist.

Zu Artikel 23 (Versammlung)

Artikel 23 sieht – anders als der Markenrechtsvertrag – für die Vertragsparteien eine gemeinsame Versammlung vor. Er regelt deren Zusammensetzung und Aufgaben sowie die Einzelheiten der Beschlussfassung. Dazu gehören insbesondere Regelungen zur Beschlussfähigkeit, zur Stimmenabgabe und zur erforderlichen Mehrheit. Für Vertragsparteien, die nicht Staaten sind, gelten gewisse Sonderregeln. Durch die Errichtung einer Versammlung sind Ergänzungen und Änderungen der Ausführungsordnung und der Muster der internationalen Formblätter erheblich vereinfacht worden. Im Rahmen des Markenrechtsvertrags bedarf es dafür noch jeweils einer diplomatischen Konferenz.

Absatz 2 zählt die Aufgaben der Versammlung auf. Hierzu zählen insbesondere die Entwicklung des Vertra-

ges sowie die Änderung der Ausführungsordnung und der Muster der internationalen Formblätter. Der Vertrag selbst kann nur durch eine diplomatische Konferenz geändert oder revidiert werden (vgl. Artikel 25).

In Absatz 3 ist die Beschlussfähigkeit der Versammlung geregelt. Dafür ist grundsätzlich erforderlich, dass die Hälfte ihrer Mitglieder, die Staaten sind, in der Versammlung vertreten ist. Wird dieses Quorum nicht erreicht, so ist ein schriftliches Verfahren vorgesehen, wenn wenigstens ein Drittel der Mitglieder, die Staaten sind, bei der Tagung der Versammlung anwesend ist. In dem schriftlichen Verfahren können die Staaten, deren Vertreter bei der Beschlussfassung nicht anwesend waren, innerhalb von drei Monaten ihre Stimme abgeben. Auf diese Weise kann sowohl die erforderliche Beschlussfähigkeit erreicht werden als auch die Beschlussfassung erfolgen.

Absatz 4 regelt die Beschlussfassung in der Versammlung. Diese soll ihre Beschlüsse möglichst im Konsens fassen. Kommt kein Konsens zustande, ist eine Abstimmung vorgesehen. Dabei verfügt jeder Vertragsstaat über eine Stimme. Die Vertretung eines Staates durch einen anderen Staat ist nicht möglich. Nimmt eine zwischenstaatliche Organisation anstelle ihrer Mitgliedstaaten an der Abstimmung teil, verfügt sie über so viele Stimmen, wie dies der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die gleichzeitig dem Vertrag angehören. Gibt die zwischenstaatliche Organisation ihre Stimme mit Wirkung für ihre Mitgliedstaaten ab, so sind ihre Mitgliedstaaten von der Abstimmung ausgeschlossen. Gibt umgekehrt nur ein Mitgliedstaat seine Stimme selbst ab, ist die zwischenstaatliche Organisation von der Abstimmung ausgeschlossen.

Nach Absatz 5 fasst die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Vorschrift des Artikels 22 Absatz 2 und 3 bleibt davon unberührt.

Absatz 6 sieht vor, dass die Versammlung nach Einberufung durch den Generaldirektor der WIPO in der Regel zusammen mit der Generalversammlung der WIPO tagt.

Nach Absatz 7 kann sich die Versammlung eine eigene Geschäftsordnung geben, die auch Regeln zur Einberufung außerordentlicher Tagungen enthalten kann.

Zu Artikel 24 (Internationales Büro)

Artikel 24 behandelt die Aufgaben des Internationalen Büros und des Generaldirektors. Im Markenrechtsvertrag fehlt eine vergleichbare Vorschrift. Absatz 1 weist dem Internationalen Büro die mit dem Vertrag verbundenen Verwaltungsaufgaben zu. Dazu gehört insbesondere die Vorbereitung der Sitzungen der Versammlung sowie der von ihr gebildeten Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen. Das Internationale Büro besorgt das Sekretariat der Sitzungen.

Der Generaldirektor beruft die Sitzungen der von der Versammlung gebildeten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen ein (Absatz 2). Er oder eine von ihm bezeichnete Person nimmt an den Sitzungen ohne Stimmrecht teil und versieht dabei die Aufgabe des Sekretärs des jeweiligen Organs (Absatz 3).

Absatz 4 trifft nähere Bestimmungen für Revisionskonferenzen (vgl. Artikel 25). Das Internationale Büro ist für deren Vorbereitung nach Weisung der Versammlung zuständig. Es kann bei der Vorbereitung Mitgliedstaaten, zwischenstaatliche Organisationen sowie internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen beteiligen. An den Beratungen der Revisionskonferenz nehmen der Generaldirektor sowie die von ihm bestimmten Personen ohne Stimmrecht teil.

Nach Absatz 5 nimmt das Internationale Büro im Übrigen alle weiteren Aufgaben wahr, die ihm nach dem Vertrag übertragen werden.

Zu Artikel 25 (Revision oder Änderung)

Artikel 25 regelt die Möglichkeit einer Revision oder Änderung des Vertrages. Hierzu ist im Gegensatz zu einer Änderung der Ausführungsordnung und der Muster internationaler Formblätter, die durch die Versammlung geändert werden können (vgl. Artikel 23 Absatz 2), eine diplomatische Konferenz notwendig. Über deren Einberufung hat die Versammlung zu entscheiden.

Zu Artikel 26 (Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden)

Nach Artikel 26 können nicht nur Vertragsstaaten der WIPO Mitglied des Vertrags werden, sondern auch zwischenstaatliche Organisationen, deren Mitgliedstaaten sämtlich der WIPO angehören. Die zwischenstaatliche Organisation muss über eine eigene Markenbehörde verfügen, bei der Marken mit Wirkung für das Gebiet eingetragen werden können, auf das der Gründungsvertrag der zwischenstaatlichen Organisation Anwendung findet. Mit dieser Regelung ist der Europäischen Union im Hinblick auf die Gemeinschaftsmarke wie bereits im Markenrechtsvertrag die Möglichkeit einer Mitgliedschaft eröffnet.

Staaten und zwischenstaatliche Organisationen werden bei vorheriger Unterzeichnung des Vertrags durch Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde, andernfalls durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde Vertragspartei (Absatz 2).

Zu Artikel 27 (Anwendung des TLT 1994 und dieses Vertrags)

Artikel 27 regelt die Anwendbarkeit des Markenrechtsvertrags vom 27. Oktober 1994 und des Markenrechtsvertrags von Singapur. Absatz 1 stellt klar, dass zwischen Vertragsparteien, die Vertragsparteien beider Verträge sind, allein der Markenrechtsvertrag von Singapur zur Anwendung kommt. Ist hingegen nur eine Seite Vertragspartei beider Verträge, während die andere Seite lediglich Partei des Markenrechtsvertrags vom 27. Oktober 1994 ist, kommt im beiderseitigen Verhältnis allein dieser Vertrag zur Anwendung (Absatz 2).

Zu Artikel 28 (Inkrafttreten; Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts)

Artikel 28 bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags. Nach Absatz 2 tritt der Vertrag drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von zehn Staaten oder zwischenstaatlichen Organisationen in Kraft. Dies war am 16. März 2009 der Fall. Für weitere Staaten oder zwischenstaatliche Organisationen entfaltet der Vertrag drei Monate nach Hinterlegung ihrer jeweiligen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde Wirkung (Absatz 3).

Zu Artikel 29 (Vorbehalte)

Nach Artikel 29 können die Vertragsparteien bestimmte zeitlich unbefristete, aber jederzeit zurücknehmbare Vorbehalte in Bezug auf bestimmte Regeln des Vertrags erklären. Absatz 1 erlaubt dies für verbundene Marken, Defensivmarken und abgeleitete Marken in Bezug auf die Vorschriften über den Inhalt der Anmeldung, das Anmeldedatum, die Teilbarkeit der Anmeldung oder Eintragung, die Form der Einreichung von Mitteilungen, die Änderung der Inhaberschaft sowie die Laufzeit und Verlängerung der Eintragung. Eine weitestgehend entsprechende Bestimmung sah bereits Artikel 21 des Markenrechtsvertrags vor. Deutschland hat bereits bei dem Beitritt zu diesem Vertrag keine Vorbehalte erklärt, da das deutsche Recht in den genannten Punkten nicht von den Bestimmungen des Markenrechtsvertrags abweicht.

Absatz 2 erlaubt einen Vorbehalt in Bezug auf die Vorschrift über die Eintragung von Waren oder Dienstleistungen in mehreren Klassen (Artikel 6).

Absatz 3 erlaubt einen Vorbehalt in Bezug auf den in Artikel 13 Absatz 4 enthaltenen Ausschluss der Sachprüfung bei Verlängerungsanträgen für bestimmte Dienstleistungsmarken.

Absatz 4 erlaubt es, entgegen Artikel 19 Absatz 2 die Eintragung von Markenlizenzen zur Vorbedingung für gewisse Rechte des Lizenznehmers zu machen, sofern nach dem Recht des Vertragsstaats oder der zwischenstaatlichen Organisation Markenlizenzen eintragungsfähig sind.

Die Bundesrepublik Deutschland macht von den möglichen Vorbehalten nach den Absätzen 2 bis 4 keinen Gebrauch, da das Markengesetz auch insoweit nicht von den Bestimmungen des Vertrags abweicht.

Zu Artikel 30 (Kündigung des Vertrags)

Artikel 30 regelt die Kündigung des Vertrags. Diese ist durch eine an den Generaldirektor der WIPO gerichtete Notifikation möglich. Es gilt eine Kündigungsfrist von einem Jahr.

Zu Artikel 31 (Vertragssprachen; Unterzeichnung)

Absatz 1 Buchstabe a bestimmt die sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen, nämlich Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch, zu den verbindlichen Sprachen des Vertrags.

Zu Artikel 32 (Verwahrer)

Artikel 32 bestimmt den Generaldirektor der WIPO zum Verwahrer des Vertrags.

